



Politische Berichte

Nummer 25 / 12. Jahrgang

6. Dezember 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

Gesundheit: Teurer, schlechter

Kapitalisten verlangen rücksichtslose Kürzungen, Frau Hasselfeld spurt, spürt aber Widerstand

Angesichts des hohen Kapitalbedarfs u. a. für die Ostexpansion verlangen die Kapitalistenverbände, daß das „System der sozialen Sicherung in einer Weise konstruiert sein (soll), die der Kapitalbildung förderlich ist“ (1), d. h. ihre Krankenkassen füllt. Die Regeln der Verteilung des Wohl-

stands dürften dessen Entstehung nicht behindern. Nur so könnte die sog. Anspruchsinflation an die sozialen Sicherungssysteme gebrochen werden. Alle bisherigen Kürzungen im Gesundheitswesen hätten das nicht geschafft und seien deshalb „ordnungspolitisch unsauber“ (2) gewesen.

Im Koalitionsausschuß von CDU/CSU und FDP werden weitgehende Einschränkungen der Gesundheitsversorgung durch die gesetzlichen Krankenversicherung diskutiert. Sie wird zu einer Notfallversorgung. Das treibt die Lohnabhängigen in die Arme privater Krankenversicherer, wenn sie es zahlen können, sonst ins Elend.

Zunächst ginge es darum, die „Vollzugsdefizite“ (3) bei der Umsetzung des Gesundheitsreformgesetzes aufzuheben: Für Medikamente ohne Festbetrag gilt der Abgabepreis am 1. 1. 92 als solcher. Preissteigerungen sind von den Patienten zu zahlen. Ab Mitte 1993 zahlen die Versicherten 15 % für diese Medikamente, bis zu 10 DM. Das Gesundheitsministerium wird am 30. 6. 92 Richtlinien für die Verordnungen der niedergelassenen Ärzte erlassen, die eine

Steuerung der ärztlichen Tätigkeit und Sanktionen erlauben. Dasselbe gilt für Richtlinien zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsprüfungen. Gegen den Widerstand der Ärzte soll die Krankenversicherungskarte eingeführt werden, um die Kontrolle des ambulanten Gesundheitswesens zu verbessern. Die Gesamtvergütung für die kassenärztliche Tätigkeit bleibt im Rahmen der Entwicklung der Grundlohnsumme, egal wie viel die Ärzte zu arbeiten haben. Die Wirtschaftlichkeitsprüfungen in Krankenhäusern mit der Konsequenz von Kündigung der Versorgungsaufträge werde durchgesetzt.

Zum zweiten ging es um Kürzungen von Versicherungsleistungen. Zu Lasten des Bundeshaushalts sollen 8 Mrd. DM gespart werden. Sog. versicherungsfremde Leistungen (Schwanger-

schaftsabbrüche, beitragsfreie Versicherung der Frauen mit Kindern während der Dauer des Erziehungsurlaubs, Mutterschaftsgeld) sollen aus Steuern zumindest bezuschußt werden, 10 % der Alkohol- und Tabaksteuer seien der Krankenversicherung zu geben und die Mehrwertsteuer auf Medikamente von 14 auf 7 % zu senken.

Über Kürzungen im Umfang von 17,7 Mrd. DM an bisherigen Ansprüchen der Lohnabhängigen auf Versicherungsleistungen wird im weiteren diskutiert. Allein 7 Mrd. DM können „gespart“ werden, wenn die gesetzliche Krankenversicherung für Zahnersatz nichts mehr bezahlt. 1,7 Mrd. sollen die Patienten selber für ihre Brillen zahlen. Ungefähr eine Mrd. DM sollen die Patienten aufbringen durch die Zuzahlung von 10 DM je Krankenhaustag über den 14. Tag hinaus. Eine Erhöhung dieses Tagegeldes auf 15 DM kostete den Patienten 300 Mio DM im Jahr. Müßten die Patienten 10 % der ambulanten Kosten zahlen, kämen sie zusammen auf 2,7 Mrd. DM. Bei einer 10 % Beteiligung an den Zahnarztkosten müßten sie rund 700 Mio. DM zahlen. Das Sterbegeld soll ganz entfallen, 1,5 Mrd. DM. Das „Einfrieren“ der Arzthonorare würde mit 1,9 Mrd. DM bei Ärzten und 1,1 Mrd. DM bei Zahnärzten und Zahntechnikern zu Buche schlagen, der Preisstop bei Arzneien mit 1,1 Mrd. DM. Verschiedene Modelle zur Selbstbeteiligung, die jährlich 5-10 Mrd. DM auf die Versicherten verlagern, sind in Umlauf.

In den Krankenhäusern schließlich soll die Bezahlung nach Fallpauschalen umgestellt werden, zunächst im chirurgischen Bereich, was die Behandlungsqualität vor allem der schwerer kranken und älteren Patienten noch weiter verschlechtert. Die Wirtschaftlichkeitsprüfungen sollen verstärkt werden.

Einspruch kommt von allen Betroffenen. Frau Hasselfeld bezieht sich zu demotieren, nichts sei beschlossen. Der VdK warnt vor einer „Stimmungsmache“ gegen das Solidarprinzip in der Sozialversicherung und kündigt bundesweite Kampfkaktionen an für den Fall, „daß die permanenten Versuche sozialer Systemveränderung weiter um sich greifen“.

(1) Sachverständigenrats-Gutachten 1991; (2) Handelsblatt, 18. 11. 91; (3) Heinz-Adolf Hörsken, CDA, im Handelsblatt vom 12. 11. 1991 — (sul)

Stahl: Warnstreiks gegen Lohnzumutungen



Die vierte Tarifverhandlung bei Stahl wurde von der IG Metall am 28. 11. nach einhalb Stunden ohne neuen Termin abgebrochen. Der Grund: Die Kapitalisten blieben bei ihrem „Angebot“, die Verhandlungen bis Mai 1992 bei einer Zahlung von monatlich 100 DM auszusetzen. Auch Arbeitgeberpräsident Murmann erklärte inzwischen, die „Trendwende“ in punkto Lohn müsse bei Stahl erreicht werden. Mehrere zehntausend Beschäftigte beteiligten sich an Warnstreiks. Bild: Kundgebung während der letzten Metalltarifaufeinanderstetzungen. — (wof)



Bundesjustizminister Kinkel hat ein Gesetz zur „Begrenzung der Mietanhebungen“ angekündigt. In drei Jahren dürften Mieten um nicht mehr als 20 % angehoben werden. SPD-Sprecher Großmann hat gleich ausgerechnet, daß damit in vier Jahren 44 % Mietsteigerung möglich bleiben. Wohnungen, die nach 1981 fertiggestellt wurden, werden von dieser Klausel gar nicht berührt. — (rül, Bild: af/mz)

Daimler-Benz und Wolgarepublik

Völlig neue Dimension deutscher Siedlerpolitik in Rußland

„Es war ein fruchtbares und erfolgreiches Zusammentreffen“, verkündete Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzender Edzard Reuter nach seinem Treffen mit dem russischen Ministerpräsidenten Jelzin. Auf dem Weg zur Eroberung des sowjetischen Marktes setzt Daimler-Benz neue Marken: Am 15. 11. 1991 unterschrieb Daimler-Benz mit dem russischen Konzern Avtrokon eine Vereinbarung über die Lizenzfertigung des Reisebusses Typ O 303. Ab 1996 sollen 2500 Busse pro Jahr in Lizenz gefertigt werden, circa 25 Prozent des jährlichen sowjetischen Bedarfs. Über eine Unimog-Fertigung in Lizenz hat Edzard Reuter mit Jelzin am 23. 11. 1991 verhandelt. Danach plant Daimler-Benz eine Teilverlagerung aus dem Werk Gaggenau in Baden nach Rußland. In einer Pilotanlage sollen zunächst jährlich 10000 bis 20000 Einheiten pro Jahr im Zweischichtbetrieb gefertigt werden.

Bei ihrer Expansionspolitik in der Sowjetunion betreiben Daimler-Benz und die baden-württembergische Landesregierung eine Umorientierung. Nicht mehr die Metropolen Leningrad (St. Petersburg) und Moskau stehen im Mittelpunkt, sondern das industrielle Kerngebiet im südlichen Ural. Hier, wo zahlreiche Rohstoffe lagern, eine gut ausgebildete Arbeiterschaft existiert und Zulieferindustrien und Infrastruktur vorhanden sind, will die Landesregierung ein Zentrum für Mittelstandsförderung errichten.

Daneben treiben die Bonner Bundesregierung und die baden-württembergi-

sche Landesregierung mit Wucht den Aufbau der Wolgarepublik zu einem industriellen und kulturellen Kerngebiet voran. In einer Situation, in der die sowjetische Administration zerfällt und eine neue noch nicht besteht oder funktioniert, versichern sich Daimler-Benz und Regierung der rund zwei Millionen deutschstämmigen Siedler. Sie sollen — nach Bonner Erklärung — die erst-rangigen Empfänger bundesdeutscher Investitionen sein.

Die baden-württembergische Landesregierung will eine Patenschaft mit der Wolgarepublik schließen und bei Planung und Erschließung behilflich sein. Die Bundesregierung hat für 1991 und 1992 ein 150 Millionen D-Mark schweres Programm aufgelegt, um den Lebensstandard der Siedler zu heben und sie zum Erwerb von Land und Betrieben zu ermuntern. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Horst Waffenschmidt, erläuterte im Mai 1991 auf einer Pressekonferenz und jetzt anlässlich des Jelzin-Besuchs noch einmal die Zielpunkte der „Hilfen“: „Grundsätzlich sind die Unterstützungsleistungen darauf angelegt, die Deutschen zu fördern, und zwar nachhaltig. Sie sollen Hilfe zur Selbsthilfe sein. Investitionshilfen haben Vorrang vor Konsumtionshilfen.“ Die zwei Millionen Deutschstämmigen sollen zum Garanten großdeutscher Expansion aufgebaut werden, als Unternehmer, als Großbauer und überhaupt als Deutsche mit sichtbar gehobenem Lebensstandard. — (ros)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

EKD-Studie fordert einheitliches Bleiberecht für Roma

Die EKD verlangt ein bundeseinheitlich geregeltes Bleiberecht für staatenlose Roma in der BRD. Außerdem bekräftigt die EKD die Forderung der Roma nach Entschädigung der NS-Opfer unter den Sinti und Roma. Die EKD erklärt ausdrücklich, das nordrhein-westfälische Projekt der Reintegration der Roma in Jugoslawien sei gescheitert, allerdings vor allem wegen der Verhältnisse in Jugoslawien. Die von der Bundesregierung angestrebte „Flüchtlingspolitik“ der Hilfe in den Herkunftsländern sei zu begrüßen. Die EKD hofft auf Beteiligung bei dieser Einmischung des west-deutschen Imperialismus. — (uld)

RWE festigt Stellung auf dem Energiemarkt

Der RWE-Konzern, größtes BRD-Monopol auf dem Energiemarkt, baut auch nach der Übernahme der BRD-Filialen von Texaco vor einiger Zeit seine Stellung auf dem Weltenergiemarkt weiter aus. Am 24. 11. gab der Konzernvorstand bekannt, man habe sich mit dem US-Chemiekonzern DuPont auf die Übernahme von 50 % des Kapitals der

„Consolidated Coal Company“ geeinigt. Consol läßt derzeit vor allem in den USA jährlich 54 Mio. Tonnen Steinkohle fördern, die Förderung soll auf 70 Mio. Tonnen ausgeweitet werden, gehört also zu den größten US-Steinkohleunternehmen. Die RWE beteilige sich, so RWE-Chef Gieske, an dem „ertragreichsten US-Bergbauunternehmen“. — (rül)

Anhörung zu Kriegsverbrechen während des Golfkrieges

Etwa 500 Leute kamen zu dem vom 29. 11. bis 1. 12. in Stuttgart von der Gesellschaft Kultur des Friedens und dem Friedenskomitee 2000 organisierten bundesweiten Tribunal. Erklärtes Ziel der Veranstalter war es, mit Augenzeugen und Experten die bislang ignorierten oder gar gefeierten „Untaten der amerikanischen Armee und ihrer Alliierten“ sowie „mögliche Rechtsbrüche der Bundesregierung“ zusammenzutragen und zu bewerten. Themen der verschiedenen Foren und Arbeitsgruppen waren u. a. das Versagen der UNO, eine Bewertung des Golfkrieges aus der Sicht der beteiligten Völker, Rüstungsexporte, die Rolle der Medien. Die *Stuttgarter Zeitung* setzte ihre Diskreditierung von

Kriegsgegnern fort und warf den Veranstaltern, vor allem dem von ihr so titulierten „Chefankläger“ Ramsey Clark, „Einseitigkeit und Vorverurteilung“ der USA und der Alliierten vor. — (evc)

Mit Antifaschismus Deutschtum verwirkt

Vom Oberverwaltungsgericht in Koblenz wurde jetzt die Klage eines deutschstämmigen Polen, dem der Vertriebenenrat ausbezogen worden war, abgewiesen. Die Behörde hatte die Vergangenheit des deutschen Vaters recherchiert. Dieser war in Westpreußen geboren, geriet 1944 als Soldat der Deutschen Wehrmacht in US-Kriegsgefangenschaft und meldete sich dann zur polnischen Exilarmee. Wer auf Seiten Polens im II. Weltkrieg gegen den deutschen Faschismus gekämpft hat, hat laut dem jetzt ergangenen Urteil des OVG Koblenz seinen Anspruch auf sein „Deutsch-Sein“ verwirkt. Das gelte auch für die Nachfahren. Ein Richter erläuterte, die Volkszugehörigkeit setze auch ein „inneres Bekenntnis“ voraus. Dagegen habe der Vater des Klägers durch den Eintritt in die Exilarmee ein eindeutiges Bekenntnis gegen das deutsche Volkstum abgelegt. — (frr)

§ 218: ZdK droht mit Verfassungsklagen

Gleich mehrfach verteilt das „Zentralkomitee der deutschen Katholiken“ in einer am 25. 11. verabschiedeten Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen zum Schwangerschaftsabbruch das Verdikt „verfassungsfeindlich“. Die PDS/LL und die Gruppe Bündnis 90 / Die Grünen würden „fundamentale Prinzipien unserer Rechtsordnung“ negieren. Ihre Entwürfe seien „nicht nur verfassungsfeindlich, sondern auch frauenfeindlich und menschenverachtend“, hetzt das ZdK. Auch die von FDP und SPD vorgelegten Entwürfe für eine „Fristenregelung“ seien „ethisch unverantwortlich und verfassungswidrig“. Dringend will das ZdK eine schärfere Strafverfolgung von Abtreibungen: „Das ZdK fordert alle Abgeordneten, vor allem aber jene, die sich ausdrücklich unter einen christlichen Anspruch stellen, auf diese Abwägungen mit dem ganzen Ernst vorzunehmen, den eine Entscheidung auf Leben und Tod fordert, und nichts unversucht zu lassen, um den seit Jahren praktizierten schrecklichen Mißbrauch der geltenden Rechtsvorschriften zum Schwangerschaftsabbruch zu beseitigen.“ — (rül)

Aktuell in Bonn

Vor und hinter dem Haushalt

Am 29. 11. wurde in Bonn die Debatte zum Bundeshaushalt 92 abgeschlossen. Dreierlei bleibt bemerkenswert: 1. In diesem wird offen eine Neuverschuldung von 45 Milliarden Mark ausgewiesen. 2. In der Debatte wurde vorgerechnet: Die größten neuen Staatsschulden sind in „Sonderetats“, die keinerlei parlamentarischer Kontrolle unterliegen, versteckt (Bundesbahn, Reichsbahn, Telekom, Post, Treuhand, Kreditentwicklungsfonds, Fonds Deutsche Einheit). Bis 1995 belaufe sich, so die SPD, die hier versteckte Staatsschuld bereits auf 750 Milliarden Mark. 3. Zahlt Bonn 1992 offen ausgewiesene 55 Milliarden Mark für Zinsen, vor allem für die in der Regel wohlhabenden Inhaber von Staatspapieren.

Bundesrat gegen Bonns Steuerpolitik

Die von der Koalition geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer und Abschaffung der Gewerbesteuer wurde im Bundesrat am 1. 12. abgelehnt. CDU/CSU und insbesondere FDP erklärten, sie hielten an diesen — verbraucherfeindlichen und unternehmerfreundlichen — Plänen fest. Möllemann sattelte noch eins drauf: Auch die Spitzensteuersätze bei Einkommens- und Körperschaftsteuer müßten gesenkt werden. Die Position der SPD, anstatt der Mehrwertsteueranhebung den „Solidaritätsbeitrag“ zu verlängern, kann ebenso wenig überzeugen, wie deren Andeutung, wenn Bonn an der höheren Mehrwertsteuer festhalte, müsse Bonn den Ländern eben „viel zahlen“.

Kommunen werden ausgetrocknet

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände äußerte Kritik am Bonner Steuerkonzept. Vor allem die geplante Abschaffung der Gewerbesteuer und die Senkung der Gewerbeertragssteuer wirke sich für sie für die Gemeinde-Finanzen nachteilig aus. Auch Vorschläge zu einer teilweisen Kompensation der Verluste seien unbefriedigend, u.a. weil es bei diesen Kompensationen keine „Gestaltungsmöglichkeit“ wie im Fall der von den Gemeinden mitbestimmbaren Höhe der Gewerbesteuer mehr gebe. Auf dem selben Treffen wandten sich die Kommunen auch gegen die zunehmenden Versuche, das Recht der Gemeinden in den neuen Ländern, sich im Energiesektor im Rahmen der Selbstverwaltung unternehmerisch zu betätigen, zu Gunsten der Energiekonzerne zu beschneiden.

Gegen Bundesbank-Zentralisierung

Bei der von der Bundesregierung angestrebten Zentralisierung der Bundesbank (Verringerung der Zahl der Landeszentralbanken von elf auf neun, kein Aufbau neuer LZBs im Annexionsgebiet) bahnt sich ein ernsthafter Konflikt mit den Ländern an. Der Bundesrat lehnte den Gesetzentwurf am 29. 11. mit Zweidrittelmehrheit in erster Lesung

ab. Der rheinland-pfälzische Finanzminister kündigte eine Verfassungsklage gegen den Gesetzentwurf an. Mit seiner Forderung an die Regierung, ihren Entwurf zurückzuziehen und stattdessen 1997 bei der Errichtung der EG-Zentralbank einen neuen Entwurf vorzulegen, deutete er aber gleichzeitig bereits an, daß die SPD, wenn es um „Europa“ geht, zu vielem bereit ist.

Verfassungsausschuß gebildet

Der „Verfassungsausschuß“ ist Ende November gebildet worden. Dem Ausschuß gehören 32 Bundestagsabgeordnete und 32 Vertreter der Bundesländer an. Bis März 1993 soll er ein Paket von Verfassungsänderungen vorlegen, die teils bereits im „Einigungsvertrag“ zwischen Bundesregierung und DDR-Regierung angekündigt waren, zum Teil danach von verschiedenen Seiten verlangt worden waren. Das „Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund neuer Länder“, dem u.a. der „Bündnis 90“-Abgeordnete Ullmann angehört, verlangte, der Ausschuß müsse öffentlich und ohne Zeitdruck tagen.

Sieger-„Recht“

Die Bundesregierung hat einen weiteren Gesetzentwurf vorgelegt, der in der Ex-DDR mit Völkerrechtsnormen unvereinbares Siegerrecht einführt. Ein Gesetz „zur Bereinigung von SED-Unrecht“ (Ds. 12/1608, 15. 11. 1991) stuft u.a. alle Urteile von DDR-Gerichten wegen „landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“ sowie wegen „Boykotttätigkeit“ (Verstoß gegen Artikel 6 Abs. 2 der DDR-Verfassung von 1949) als „rechtsstaatswidrig“ ein. Alle in der DDR nach 1949 verurteilten NATO-Spione werden nunmehr nachträglich entschädigt und „freigesprochen“.

Post und Bahn

Verkehrsminister Krause hat betont, 1992 müsse mit der Bahn-Privatisierung ernst gemacht werden. In die zu gründende Deutsche Bahn AG müßten Schritt für Schritt profitable Teile von Reichsbahn und Bundesbahn eingebracht werden. Zuvor allerdings werden bei beiden Bahnen massiv Schulden produziert, die vor der Privatisierung beim Staat, den Steuerzahlenden, hängen bleiben sollen. Dasselbe Spiel bei der Post. 1991 ist das erste Jahr, wo die Post auch als Gesamtunternehmen rote Zahlen schreibt. Der profitable Bereich Telekom soll privatisiert, die Schulden im „gelben“ Bereich für die Steuerzahlenden nochmals erhöht werden.

Was kommt demnächst?

Am 9. und 10. 12. tagt im niederländischen Maastricht die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der EG über das weitere Vorgehen bei der Bildung einer „Politischen Union“ und der EG-Währungsunion. Am 13. Dezember enden die Beratungen des Bundestags in diesem Jahr. Am 19. Dezember tagt letztmalig in diesem Jahr der Bundesrat.

IGM-Frauenkonferenz: Gegen Pogrome!

Beschlüsse der Bundesfrauenkonferenz gegen Rassismus und Ausländerunterdrückung

Ein wichtiges Thema der 14. IGM-Bundesfrauenkonferenz, die vom 14. bis 16. November in Essen stattfand, war die Forderung nach Maßnahmen gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung und gegen zunehmende Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß. Zahlreiche Rednerinnen ergriffen dazu das Wort. Insgesamt fünf Initiativanträge und eine Entschließung wurden dazu ganz bzw. fast einstimmig verabschiedet.

Hervorzuheben ist, daß die Anträge wie auch die Diskussionsbeiträge sich nicht auf frauenspezifische Aspekte der Probleme beschränken, sondern z.T. sehr umfassende Ursachen untersuchen und Forderungen erheben: Keine Änderung des Art. 16 GG, Definition der Begriffe „Bürger“ und „Volk“ nach dem Einwohnerprinzip, keine Sammellager, Übernahme von Patenschaften z.B. auch durch IGM-Vorstandsmitglieder (was von Klaus Zwickel als guter Vorschlag unterstützt wurde).

Noch etwas unterentwickelt scheint dagegen die Diskussion des Zusammenhangs von Ausländerrechten und Arbeiterrechten zu sein. In der künftigen Diskussion sollten deshalb die diskriminierenden Bestimmungen z.B. des Arbeitsförderungsgesetzes weiter in den Blickpunkt gerückt werden. — (ahn/AGM. Eine ausführlichere Dokumentation der Beschlüsse der Konferenz ist im Nachrichtenheft Stahl- und Metallindustrie 25/91 nachzulesen.)

Initiativantrag 3: „Ohne Zweifel kann man die brutalen und blutigen Angriffe und Anschläge der Neofaschisten und Rechtsextremisten in Deutschland, in Ost und West, gegen Asylbewerber, Aussiedler und nicht-deutsche Bürgerinnen und Bürger ... als Vorbote eines Pogroms auffassen, die für uns, für alle demokratischen Kräfte und Organisationen Alarmsignale sind.“

Jedes herrschende Klima, jede Stimmung in einer Gesellschaft, steht im direkten Zusammenhang mit der offiziellen Politik und der Haltung der Verantwortlichen in Wirtschaft und Gesellschaft.

... Die 14. Frauenkonferenz der IG Metall stellt fest, daß die seit über 35 Jahren betriebene sogenannte „Ausländerbeschäftigungspolitik“ weder die soziale noch die gesellschaftliche Integration vorangetrieben hat. Im Gegenteil. Sie hat vielmehr isoliert, ausgegrenzt, verdrängt und das gesellschaftliche Klima zusehends vergiftet. Sie ist letztlich in eine Sackgasse geraten ...

Vom Vorstand der IG Metall erwartet die Frauenkonferenz, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften gegen jegliche Form von Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit im Betrieb, am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit einzutreten, über die Hintergründe der Menschenfeindlichkeit, des Rechtsextremismus und des Rassismus aufzuklären, praktische Solidarität mit

den betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu üben und für die Um- und Durchsetzung folgender Forderungen alle Kräfte zu mobilisieren:

Neudefinition von Art. 116 GG

1. Es muß Schluß sein mit der polemischen Diskussion über das Asylrecht und dessen vermeintlichen Mißbrauch ...

2. Die Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt ein faktisches Einwanderungsland. Diese Realität muß akzeptiert und anerkannt werden. Daraus folgt die zwingende Notwendigkeit, durch eine moderne Einwanderungspolitik und ein entsprechendes Einwanderungsgesetz die künftige Einwanderung zu gestalten. Maßstab dabei dürfen nicht die Bedürfnisse der Wirtschaft, sondern müssen die Bedürfnisse der Menschen sein, die zu Recht vor Unterdrückung, Verfolgung, Armut, Elend, Hunger fliehen wollen. Die Bundesrepublik Deutschland als eines der reichsten Industrieländer der Welt trägt ein großes Stück Mitverantwortung an der Armut der Menschen in den Ländern der sogenannten Dritten Welt!

3. Die rechtliche und die politische Gleichstellung und Gleichberechtigung der nicht-deutschen Bürgerinnen und Bürger ist zu verwirklichen. Ihnen dürfen die bürgerlichen Rechte nicht länger verweigert werden ...

Es ist falsch, die nicht-deutschen Bürgerinnen und Bürger als „Ausländer“ zu bezeichnen, geschweige denn zu behandeln ... Sie sind entweder eingewanderte oder aber auch geborene Inländerinnen und Inländer; deshalb dürfen sie nicht mehr unter das sogenannte „Ausländergesetz“ fallen und müssen aus dem Joch dieses reaktionären Gesetzes befreit werden.

4. Die Begriffe „Bürger und Volk“ müssen der gesellschaftlichen Realität entsprechend definiert und in das Grundgesetz, bzw. in eine notwendige neue gesamtdeutsche Verfassung aufgenommen werden.

... ist es notwendig, entsprechend dem Verfassungsentwurf des „Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder“ den Artikel 116 GG folgendermaßen neu zu formulieren:

„Artikel 116 GG: 1. Bürgerin oder Bürger im Sinne dieser Verfassung ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Einwohnerin oder Einwohner seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig ihren oder seinen ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland genommen hat. 2. Die Gesamtheit aller Bürgerinnen und Bürger bildet das Volk im Sinne dieser Verfassung.“ ...“

Warum Fremdenfeindlichkeit

Initiativantrag 2: „... Die Geschichte unseres Landes mahnt uns, nicht tatenlos den täglichen Menschenrechtsverletzungen zuzusehen. Nicht noch einmal sollen unschuldige Menschen, die in unserem Land nach einer menschenwürdigen

Überlebensperspektive für sich suchen, zu Sündenböcken für die ungerechte Umverteilungspolitik der Regierung zugunsten der Reichen und Vermögenden gemacht werden.

Ergebnis dieser ungerechten Verteilungspolitik sind Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Sozialabbau, Steuererhöhungen, Umweltvergiftung. Perspektivlosigkeit einerseits. Andererseits erreichten die Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen 1990 die Rekordhöhe von 425 Mrd. DM, mehr als doppelt so viel wie 1982. Besonders profitieren davon die 400 reichsten Unternehmerfamilien, wie z.B. Thurn und Taxis, Flick, Quandt, Oetker, v. Siemens, Henkel, v. Finck.

Die sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen für die Mehrheit der Menschen sowie der Mangel an Informationen über die tatsächlichen Verursacher davon sind Ursachen der Fremdenfeindlichkeit. Auslöser ist die unsachgemäße Asyldebatte der Regierung, für die Bundeskanzler Kohl und sein Innenminister Schäuble die Hauptverantwortung tragen.

Abschaffung der Sammellager

Die Delegierten der 14. Frauenkonferenz der IG Metall fordern den Vorstand auf

1. eine bundesweite Aufklärungs- und Informationskampagne in allen Medien und über die Verwaltungsstellen zu starten

* über die tatsächliche Ursache des Finanzmangels der Städte und Gemeinden, der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit. In Verbindung damit sollen einprägsam aufbereitete Fakten dargestellt werden

* über das Verhältnis von Asylbewerberinnen zu AussiedlerInnen

* über das Verhältnis von Asylgewährung in unserem und anderen Ländern

* darüber, daß ca. 70 % der derzeitigen Asylsuchenden aus den Ländern Ost- und SüdEuropas kommen, wie z.B. Jugoslawien, Rumänien, Türkei, Bulgarien

* über den Finanzbeitrag der ausländischen MitbürgerInnen zu unserem Bundeshaushalt.

Das Material soll auf Plakatwänden, Flugblättern, in Radio- und Filmspots, Presseinformationen und Referentenleitfäden, Schulungs- und Werbefilmen aufbereitet werden und vom Vorstand selbst eingesetzt und allen Verwaltungsstellen in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden ...

3. auf die Parteien, die Bundesregierung ... einzuwirken,

* daß das Grundrecht auf Asyl (§ 16 des GG) unverändert erhalten bleibt

* daß Sammellager für Asylsuchende nicht eingerichtet bzw. wieder abgeschafft werden

* daß die erkennungsdienstliche Behandlung von Asylsuchenden eingestellt wird

* daß sie Sachleistungen und Geld (besonders für Lebensmittel) erhalten ...“

Bankarbeitgeber wollen Zeichen für 1992 setzen

Am 2. Verhandlungstag gab es ein Angebot von gerade 4,2 Prozent mehr Gehalt

Nachdem es in verschiedenen Branchen gelungen war, etwas höhere Lohn- und Gehaltsabschlüsse zu erzielen, halten die Arbeitgeber es an der Zeit, die Lage insbesondere in

Ostdeutschland zu nutzen und diesen Trend radikal umzukehren. Zum 31. 12. 91 endet der Gehaltstarif des privaten Bankgewerbes. Seit November laufen die Verhandlungen.

Am 18. November, dem ersten Verhandlungstag der Bankentarifrunde, verweigerten die Arbeitgeber ausdrücklich ein Angebot. Stattdessen malten sie eine Rezession an die Wand, verwiesen auf die Kosten für ihre Expansion in den ostdeutschen Ländern und drohten mit der zu erwartenden Konkurrenz auf dem europäischen Binnenmarkt. Gestützt auf die Aussagen der „Fünf Weisen“ machten sie die Tarifabschlüsse der anderen Branchen in diesem Jahr für Arbeitslosigkeit und das Preisniveau verantwortlich und prophezeiten, ein weiteres Anschrauben der Lohn-Preis-Spirale triebe den Leitzins weiter in die Höhe. Das Bankgewerbe sei zur Umkehr entschlossen und wolle Zeichen für 1992 setzen.

Der Forderungskatalog der HBV ist Ausdruck davon, daß die Widersprüche der Bankbeschäftigten zu ihren Arbeitsbedingungen umfangreicher sind und tiefer greifen, als die Arbeitgeber eingestehen wollen oder können: Die Gehaltsforderung beträgt 10,5 %, mindestens jedoch 350 DM, für die Auszubildenden werden 250 DM gefordert, die Schichtzulagen sollen auf 325 DM (für

2-Schicht) und auf 650 DM (für 3-Schicht) erhöht werden. Neben Arbeitszeitverkürzung von 39 auf 35 Wochen-Stunden, für die ein Stufenplan bis 1995 gefordert wird, sollen Regelungen zur arbeitnehmerorientierten Arbeitszeitgestaltung und zur Personalbemessung vereinbart werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Problem „Familie und Beruf“, zu dem über Tarifvereinbarungen Verhandlungen aufgenommen werden sollen. Darüberhinaus werden Freistellungsansprüche für Azubis zur Prüfungsvorbereitung und die Anerkennung von Berufsjahren, die vor Vollendung des 20. Lebensjahres erbracht wurden, gefordert.

Abgesehen davon, ob es vernünftig ist, einen Fächer von nicht gehaltspezifischen Forderungen quasi zur Verrechnung bei Gehaltstarifauseinandersetzung mit auf den Tisch zu legen, und ob die einzelnen Forderungen geeignet sind oder nicht, zeigen sie doch aber, daß die Bankbeschäftigten zunehmend unter der erheblichen Leistungsverdichtung leiden und immer mehr unter Druck geraten, die Lohnarbeit in der Bank selber

nicht mehr mit ihren Reproduktionsbedingungen für diese vereinbaren zu können.

Doch die Arbeitgeber drohen: Nach Jahren mit Ertragslagen, deren Großartigkeit zu beschreiben Worte fehlen, relativieren und differenzieren sie jetzt ihre Gewinne, um den Eindruck zu erwecken, auch sie gerieten in die Nähe einer wirtschaftlichen Notlage. Dabei verweisen sie auf die Schwierigkeiten z.B. der DG Bank und der BfG, auf die Massenentlassungen im Bankgewerbe in den USA und Japan, auf die Bankenkrise in der Schweiz und auf die europäische Konkurrenz.

Die Situation verschärft sich also und die Unzufriedenheit wächst. Zwar ist es möglich, daß es den Banken gelingt, in der Tarifpolitik eine andere Richtung zu erzwingen und ihren Angestellten, die schlecht organisiert sind, einen niedrigen Abschluß aufzudrücken. Doch die Schmerzgrenze vieler Bankbeschäftigten ist erreicht: ihr Gehaltsniveau liegt zudem bestenfalls im Schnitt.

Am 2. Verhandlungstag boten die Banken mit Lamento 4,2 %. — (mod)

DDR-Beschäftigungszeiten

Politische Einstellung als Vergütungskriterium?

Während der Sommermonate streikten Zehntausende von Beschäftigten in der DDR für die Anerkennung ihrer Beschäftigungszeiten. Am 12. 11. wurde die endgültige Fassung des Tarifvertrages vereinbart. Bares bringt er zwischen 50 und 150 Mark brutto im Monat.

Alle diese Beschäftigten hatten in den letzten zwölf Monaten Personalfragebögen mit Angaben zur Mitgliedschaft in der SED, FDGB, einer Blockpartei usw. auszufüllen. Daher kommt folgende Festlegung in dem Tarifvertrag einer zweiten Überprüfung gleich:

„3. Nicht als Beschäftigungszeit anerkannt werden

— Zeiten jeglicher Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit / Amt für Nationale Sicherheit (einschließlich der Verpflichtung zu informeller / inoffizieller Mitarbeit),

— Zeiten einer Tätigkeit als Angehöriger der Grenztruppen der DDR.

4. Ferner nicht als Beschäftigungszeit anerkannt werden Zeiten einer Tätigkeit, die aufgrund einer besonderen persönlichen Systemnähe übertragen worden war. Die Übertragung der Tätigkeit aufgrund einer besonderen persönlichen Systemnähe wird insbesondere vermutet, wenn der Arbeitnehmer

tigkeit eine hauptamtliche oder hervor gehobene ehrenamtliche Funktion in der SED, dem FDGB, der FDJ oder einer vergleichbar systemunterstützenden Partei oder Organisation innehatte.

bb) als mittlere oder obere Führungskraft in zentralen Staatsorganen, als obere Führungskraft des Rates eines Bezirkes, als Vorsitzender des Rates eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt (Oberbürgermeister) oder in einer vergleichbaren Funktion tätig war

Die Arbeitnehmerin, der Arbeitnehmer kann die Vermutung widerlegen.“

Die ÖTV beschreitet gefährliches Neuland. Die richtige politische Gesinnung als Voraussetzung für tarifliche Leistungen? Die „Schuld“ wird vermutet. Nachweis scheint nicht mehr erforderlich, also Umkehrung der Beweislast! Statt für Rechtsstaatlichkeit einzutreten, wird so der Boden für Berufsverbote vorbereitet. Ekelhafte Scheinheiligkeit. Einer Masse von ÖTV-Mitgliedern würde umgekehrt dieselbe persönliche Systemnähe bescheinigt werden können: als Betriebs- und Personalrat, als Mitglieder von Kreis- Gemeinderäten oder auf SPD-Posten ... Gut, daß man auf der richtigen Seite steht?

Quelle: ÖTV-Tarifinformation Nr. 8/91. Hervorh. durch d. V. — (har)

Die KGT — ein weiterer Schritt in Richtung Gleichschaltung

Der Antrag auf Auflösung der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT), gestellt von der PDS-Gruppe im Bundestag, ist am 30. Oktober zur weiteren Beratung an den Innen- und den Rechtsausschuß des Bundestages überwiesen worden. Bereits nach der ersten Debatte ist klar, daß das Bündnis 90 / Grüne den Antrag unterstützt, die staatstragenden Parteien aber an ihrer Großen Koalition der Inneren Sicherheit festhalten wollen.

Die Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) ist am 3. Mai dieses Jahres auf Beschluß der Ständigen Konferenz der Innenminister und -Senatoren eingerichtet worden. Der Konferenz gehören neben den Landesvertretern auch der Bundesinnenminister an. Die KGT ist nach Mitteilung des Innenministeriums in der „Inneren Sicherheit Nr. 3/91“ eine Gruppe im Bundeskriminalamt. Dort wird sie wie folgt umschrieben: „Mitglieder der regelmäßig zusammentretenden Koordinierungsgruppe sind neben dem Bundeskriminalamt, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Generalbundesanwalt die jeweils für die Koordinationsverhältnisse zuständigen Länder — vertreten durch Polizei und Verfassungsschutz.“

Über die Aufgaben der Gruppe hatte die Innenministerkonferenz unter anderem beschlossen:

„Koordinierung, Konzentration und Bündelung der Bekämpfungsmaßnahmen in Gemeinsamkeit von Bund und Ländern sowie die konsequente bundesweite Durchführung aller Maßnahmen.“ (1) Die Aufgabenstellung dieser Gruppe ist weit gefächert. Dazu soll gehören: „Einbeziehung aller Sicherheitsbehörden sowie der Justiz ... Intensivierung des Informationsaustausches zwischen Polizei und Verfassungsschutz auf Bundes- und Landesebene unter voller Ausschöpfung des rechtlich Zulässigen ... Volle Ausschöpfung des rechtlichen Rahmens ... bei der Durchführung verdeckter und systematischer Fahndungsmaßnahmen ... sowie bei Maßnahmen zur Aufklärung des weiteren terroristischen Umfeldes, auch unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel durch den Verfassungsschutz.“ (1) Die Überwachung der aufgrund des Paragraphen 129 verurteilten Gefangenen soll verschärft werden: „Dabei ist der Justiz, insbesondere den Leserichtern, bei der Überwachung der Haftlingspost die sachkundige Unterstützung der Polizei und des Verfassungsschutzes anzubieten. Die Justiz wird gebeten, sicher-

zustellen, daß sachdienliche Erkenntnisse sofort an die Polizei und Verfassungsschutzbehörden übermittelt werden.“ Außerdem soll eine „ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung“ stattfinden.

Mit der Einsetzung der KGT haben Bundes- und Länderregierungen einen weiteren Schritt getan in der Aufweichung der föderalistischen Struktur der Polizei, in der Beseitigung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten, in der langsam fortschreitenden Auflösung der Gewaltenteilung. Die seit dem 1. Januar 1991 geltenden Gesetze über BND, MAD und Verfassungsschutz und über die Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten und Polizei sowie das Gesetz zur Fortentwicklung des Datenschutzes haben die legalen Möglichkeiten verbessert, die von den Alliierten nach dem Sieg über Nazi-Deutschland festgelegten Grundsätze Stück für Stück außer Kraft zu setzen.

Die dezentrale Organisation der Polizei, die strikte Trennung von Geheimdienst und Polizei, die Trennung der Staatsgewalten in gesetzgebende, ausführende und rechtsprechende Gewalten und nicht zuletzt die Unabhängigkeit und Freiheit von Presse, Rundfunk und Fernsehen galten den Alliierten als Schutzmaßnahmen des bürgerlichen Rechts gegen die Gleichschaltung aller Organe des Staates und der Gesellschaft unter ein Kommando, gegen staatliche

Willkür und staatlichen Terror.

Die Aufgabenstellung der KGT ist eindeutig operativ — sie soll bekämpfen, d.h. sie soll die Anwendung politisch begründeter Gewalt gegen Personen und Sachen, wie sie Anhänger der RAF ausüben, verhindern und zum Ergreifen von Leuten führen, die verdächtig sind, gegen den § 129 verstoßen zu haben. Für diesen Polizei-Auftrag, nach derzeitiger Rechtslage Aufgabe des BKA, früher Aufgabe der Landespolizeien, eine Arbeitsgruppe zu bilden, in der nicht nur Polizei von Bund und Ländern, sondern auch noch alle Verfassungsschutzämter vertreten sind, hebt die Trennung von Polizei und Verfassungsschutz auf. Die Feststellung, daß Polizei und Verfassungsschutz auch verdeckt und mit nachrichtendienstlichen

Mitteln — also mit Einsatz von Spitzeln, Abhörverfahren und Postüberwachung — tätig sein dürfen, läßt die Grenzen zwischen diesen Staatsorganen vollends verschwimmen. Die Einbeziehung der Bundesanwaltschaft verwickelt Justizorgane in das Vorgehen und soll zudem möglich machen, polizeilich im Strafvollzug tätig zu werden.

Der Spiegel lancierte Mitte Mai, also nach Gründung der KGT, einen Artikel, in dem aus einem angeblich vertraulichen Papier des Verfassungsschutzes zitiert wird. Darin beschreiben die Verfasser eine Konzeption, wie sie die Innenministerkonferenz beschlossen hat. Der Verfassungsschutz erläutert, das Konzept erfordere „gegebenenfalls eine veränderte oder neue Interpretation des geltenden Rechts“. In den Bereich der

„Neuinterpretation“ gehört der Einsatz „verdeckter Ermittler“, wie ihn die Innenminister beschlossen haben. Über solchen Polizeinsatz existiert zwar eine Übereinkunft der Innenminister. Diese Übereinkunft hält aber fest, daß der Einsatz durch die Polizeigesetze der Länder geregelt werden muß, und erlaubt den Polizisten nicht, Straftaten zu begehen. Auf Bundesebene existiert nur eine gesetzliche Regelung für die Rauschgiftfahndung. Nach der bekannten Rechtsprechung ist aber nicht nur die Mitgliedschaft in der RAF weit gefaßt, auch die Unterstützung der RAF fängt mit Unterstützung des Kampfes gegen die Isolationshaft an.

Der Antrag der PDS auf Auflösung der KGT verdient Unterstützung. Anders als im Beschluß der Innenministerkonferenz festgehalten, behauptet die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der PDS, der Auftrag der KGT bestehe im Informationsaustausch, aber die KGT habe kein eigenständiges Weisungsrecht gegenüber den an ihr beteiligten Behörden, Polizeien und Nachrichtendiensten. Das muß aufgrund der Beschreibung der Innenminister bezweifelt werden — die KGT hat einen Kampfauftrag.

Quellen: (1) Beschluß der Ständigen Konferenz der Innenminister und -Senatoren, 3.5.91; Innere Sicherheit 3/91, 12.7.91; BT-Protokoll 12/52, 30.10.91; Der Spiegel, 13.5.91 — (uld)

Dokumentiert

Einstellung der Mitarbeit der Sicherheitsbehörden des Bundes aus der „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung“ (KGT) mit dem Ziel der Auflösung der KGT

Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste, Drucksache 12/1158 vom 18.9.91

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, — darauf hinzuwirken, daß die „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung“ (KGT) sofort aufgelöst wird, — zu veranlassen, daß die Sicherheitsbehörden des Bundes umgehend aus der Arbeit der KGT aussteigen.

Begründung: Die KGT verstößt

— gegen föderale Prinzipien, indem sie polizeiliche Aufgaben zentralisiert, — gegen die strikte Trennung von polizeilicher und nachrichtendienstlicher Tätigkeit, indem sie die Arbeit von Landes- und Bundespolizeien einerseits und die Arbeit von Landesämtern für Verfassungsschutz und dem Bundesamt für Verfassungsschutz andererseits zusammenfaßt — gegen die Gewaltenteilung, indem sie die Tätigkeit der Exekutive und der Justiz zusammenfaßt — gegen die Depolitisation der Exekutive, indem sie ihr den ausdrücklichen Auftrag erteilt, eine ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung zu betreiben.

Die KGT wurde

— einer parlamentarischen Kontrolle entzogen, indem ihre Einrichtung an bestehenden parlamentarischen Gremien vorbei

erfolgte und keine Offenlegung der Praxis gegenüber Abgeordneten vorgenommen wurde.

Die Einrichtung und die Tätigkeit der KGT soll dadurch gegenüber den Bundesländern und den einzelnen Sicherheits- und anderen Behörden Verbindlichkeit erhalten, weil ihre Ein- und Ausrichtung von der Innenministerkonferenz (IMK) angeblich einstimmig beschlossen worden ist. Mal abgesehen davon, wie die einzelnen Innenminister der neuen Bundesländer hier zustimmen konnten, da sie doch noch nicht einmal zu diesem Zeitpunkt eigene Polizei- und Verfassungsschutzgesetze hatten, bekommt die KGT durch diese Verbindlichkeit ihrer Ausrichtung der Arbeit eine ungeheure Machtfülle.

Über diese Machtfülle wurde die Öffentlichkeit offenbar bewußt getäuscht. In den offiziellen Erklärungen zur KGT und auch in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Tätigkeit der „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung““ (Drucksache 12/1033) ist lediglich von einer Verstärkung der bisherigen anlaßbezogenen Zusammenarbeit die Rede. Staatssekretär Neusel hebt dagegen ausdrücklich im Unterschied zu den bisherigen Formen der Zusammenarbeit die Verbindlichkeit der Umsetzung der Beschlüsse der KGT hervor.

Allein die ersten Arbeitsergebnisse der KGT bzw. der Behörden, die hier koordiniert zusammenarbeiten, zeigen, daß die KGT sofort aufgelöst werden muß.

So wurde über Wochen und Monate eine gezielte Kampagne gegen die Inhaftierten aus der RAF und ihre Anwälte über angebliche Zellensteuerung und Kurierdienste in den Medien geführt und dies, obwohl der

mittlerweile verstorbene Präsident des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz einräumen mußte, daß dem Bundesamt für Verfassungsschutz keine Hinweise für derlei Behauptungen vorliegen (TAZ, 25. Juli 1991). Ähnlich mußte sich auch „Die Welt“ vom 15. Juli 1991 äußern. Eindrücklich bestätigt dies die Nichteröffnung von Ermittlungsverfahren gegen Rechtsanwälte und im nachhinein die Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen die Rechtsanwälte der Inhaftierten aus der RAF. Trotzdem wurde in Hunderten von Meldungen in den Medien dies immer wieder behauptet. Grundlage dafür waren Informationen, die gezielt aus Unterlagen aus Ermittlungsverfahren ausgestreut worden sind.

Diese Kampagne führte dazu,

— daß Inhaftierte aus der RAF völlig grundlos verlegt und ihre Haftbedingungen verschärft worden sind — daß ebenfalls grundlos Ermittlungsverfahren gegen Rechtsanwälte der Inhaftierten eingeleitet worden sind — daß, wenn man den Beschluß der IMK vom 3. Mai 1991 ernst nimmt, Personen wiederum völlig grundlos in Dateien der KGT bzw. in Dateien der im Rahmen der KGT arbeitenden Behörden gespeichert und in Bundes- und Landeslagebildern aufgenommen worden sind.

In Anbetracht der Tatsache, daß in der KGT die Krisenstäbe der 70er Jahre langfristig institutionalisiert und damit zur Dauereinrichtung erklärt worden sind, daß damit alle Nachkriegshindernisse auf dem Weg zum modernen Polizeistaat überwunden wurden, muß die KGT sofort aufgelöst und ihre bisherigen Arbeitsergebnisse ausgelöscht werden.

druckt worden. Nach Richtigstellung durch den Verlag gab dpa in einer weiteren Meldung an, die Äußerungen stammten „aus anderer Quelle“.

... und Druck auf Quellen

Die Quelle der Falschinformationen ist in den an der KGT beteiligten Bundesbehörden zu suchen. Sie sammeln und dokumentieren die Meinungsäußerungen der Gefangenen praktisch lückenlos. Sie interpretieren sie. Sie können gegenüber den großen Presseorganen die Kompetenz beanspruchen, über wirkliche oder angebliche Äußerungen der politischen Gefangenen Auskunft geben zu können. Und sie stehen auch unter Rechtfertigungsdruck, denn für die von ihnen verbreiteten und oft bekräftigten Behauptungen, die Gefangenen steuern aus der Zelle heraus die Aktionen draußen, fehlen ihnen die Beweise.

Besonders gefährlich ist die gezielte Desinformation der Öffentlichkeit deshalb, weil dieselben Bundesbehörden gleichzeitig versuchen, die Möglichkeiten der Öffentlichkeit, sich aus authentischen Quellen zu unterrichten, zu beschränken. In der Erwartung, durch erhöhten „Ermittlungsdruck“ das Angehörigen-Info zum Schweigen zu bringen, hat die Bundesanwaltschaft seit Frühjahr '89 neun § 90a- und § 129a-Verfahren (Staatsverleumdung bzw. Werbung für eine terr. Ver.) gegen das Angehörigen-Info angestrengt, vier — eines willkürlicher als das andere — allein seit Einrichtung der KGT. — (scc)



Mit neuen § 129a-Verfahren will die BAW Kritik mundtot machen.

Als Aufgabe der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung schreibt die Innenministerkonferenz auch und nicht zuletzt eine „ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit“ fest. Damit wird, wie nach bisherigen Erfahrungen befürchtet werden muß, der Weg eingeschlagen, den im Presserecht verankerten Informationsanspruch der Presse als grundlegende Bedingung der Pressefreiheit mehr und mehr einzuschränken und durch aus dem Faschismus bekannte Methoden totalitärer Informationssteuerung und Presselenkung zu ersetzen.

Die KGT gibt eigene Presseerklärungen nicht heraus. Sie bediene sich, erklärte ein Pressereferent des BKA auf Nachfrage, der Pressebüros von Bundeskriminalamt und Landeskriminalämtern. Das BKA, so war vorläufig zu erfahren, nehme nur ausgewählte Presseorgane in seinen Verteiler auf. Die Bundesanwaltschaft, deren Medien-Verbindungen der KGT ebenfalls zur Verfügung stehen dürften, hat seit eineinhalb Jahren ihre Halbjahrespressekonferenzen eingestellt. Sie setzt, was sie in die Öffentlichkeit tragen will, vorrangig über sog. „Hintergrundgespräche“ mit ausgewählten Pressevertretern ab.

BKA und BAW pflegen solche Sorte „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ vor dem Hintergrund der Entwicklung moderner Kommunikationstechniken, die kleinen Verlagen, kleinen Publikationsorganen, kleinen Sendern die Existenz

Die KGT strebt nach Beherrschung der Informationskanäle

ermöglichen und so das Medienmonopol der großen Verleger und großen Anstalten in gewisser Weise antastbar machen. Sie bauen fest auf die bürgerliche Klassensolidarität der großen Verleger und schalten die kleinen, der bürgerlichen Herrschaft nicht so fest oder gar nicht verbundenen Medien aus. Damit verkehren sie das Moment demokratischer Kontrolle, das mit dem Informationsanspruch und dem Recht auf Gleichbehandlung der Presse verbunden ist, ins Gegenteil. Die Behörden, die ihre Tätigkeit in der KGT koordinieren, vermeiden so, sich öffentlicher Kritik zu stellen, und benutzen andererseits Presseorgane für ihre „Bekämpfungsmaßnahmen“ — gezielte Desinformation der Öffentlichkeit eingeschlossen.

Gezielte Falschinformation ...

Am 26. November veröffentlichte die Welt einen Artikel unter der Überschrift: „Was steckt hinter dem „Angehörigen-Info“?“ Durch den reißerischen Aufmacher wird als „Enthüllung“ präsentiert, was ohne weiteres durch das Impressum oder durch einen Blick ins Info zu erfahren ist: Das Info wird von Angehörigen der politischen Gefangenen herausgegeben und im GNN-Verlag

verlegt; auch Gefangene aus der RAF schreiben darin. Der Artikel versucht jedoch, eine Verbindung herzustellen zwischen im Info veröffentlichten Artikeln von Gefangenen und dem Anschlagsgeschehen in der BRD. „Mordanschläge der RAF“, so die Behauptung, gingen „scharfe Aufrufe“ von Gefangenen aus der RAF im Info voraus.

Zum Beweis zitiert die Welt aus Beiträgen von Gefangenen. Da die Beiträge nicht hergeben, was mit ihnen bewiesen werden soll, da aber sein muß, was sein soll — wird gefälscht. Aus einer „Erklärung“ Christian Klars angeblich „im Vorfeld des Anschlags auf Staatssekretär Neusel“ zitiert die Welt folgendermaßen: „Die Imperialisten setzen zu einer offen aggressiven Phase an — aber die Kugel kann die Bestie auch noch im Sprung erreichen (...) Vorstellbar ist eben auch, daß die neuen Eliten jenes Jahr (1992, Anm. der Red.) nicht mehr erreichen!“

In dem Brief äußert sich Christian Klar zum Hungerstreik spanischer politischer Gefangener und zur Lage in Spanien vor mehreren großen Prunkfeiern im Jahr 1992, u. a. den 500-Jahr-Feiern und der Weltausstellung in Sevilla. Richtig lautet der entscheidende Satz:

„Aber vorstellbar ist eben genau auch, daß die neuen Eliten jenes Jahr triumphal nicht mehr erreichen!“ (Angehörigen-Info Nr. 41, 25.5.1990)

Nur durch Weglassen des Wortes „triumphal“ erhält die aus dem Zusammenhang gerissene Äußerung den erwünschten Sinn, kann sie überhaupt in irgendeine Verbindung mit irgendeinem Anschlag gebracht werden.

Bei dem Welt-Artikel handelt es sich, auch wenn man von kleineren Fälschungen absieht, seit dem Hungerstreik im Frühjahr 1989 nicht um den ersten Versuch, Gefangene aus der RAF mittels Fälschung ihrer Äußerungen für Anschläge in Anspruch zu nehmen. Unmittelbar nach dem Herrhausen-Attentat im Winter 1989 hatte dpa eine Meldung verbreitet, die mit frei erfundenen oder grob gefälschten „Zitaten“ dem Gefangenen Helmut Pohl die politische Urheberschaft für das Attentat zuschrieb. Die Welt etwa hatte auf der Grundlage der dpa-Meldung dem Gefangenen die Äußerung in den Mund gelegt, es solle die „Initiative für weitere Aktionen der RAF an die kämpfende Ebene abgegeben werden“. Der Brief Pohls, aus dem dpa damals zitiert haben wollte, war wenige Wochen zuvor im Info abge-

Internationale Umschau



Bei den belgischen Parlamentswahlen (siehe auch die nebenstehende Meldung) hat die revolutionär-sozialistische Partei PvdA (Partei der Arbeit Belgiens) einen leichten Stimmengewinn erreicht. Landesweit erreichte die PvdA 30656 Stimmen (ca. 0,5%), etwa 1000 Stimmen mehr als bei den letzten Parlamentswahlen 1989. In Antwerpen kam die PvdA sogar auf 1,0% (6005 Stimmen). Während des Wahlkampfes hatte sich die PvdA an zahlreichen antifaschistischen Protestaktionen beteiligt (Bild: Protestaktion in Lüttich gegen die faschistische Gruppe AGIR). — (rül, Bild: Solidair)

Schweden protestiert gegen SS-Veteranentreffen im Baltikum

Der schwedische Entwicklungshelferminister, Alf Svensson, hat die Pläne für Entwicklungshilfe Schwedens an Estland, Lettland und Litauen in Frage gestellt. Anlaß waren eine Reihe von offenen Veteranentreffen ehemaliger SS-Mitglieder in den baltischen Staaten. Schweden müsse als Geberland auch deutlich seine Meinung sagen gegenüber den Versuchen, ehemalige Nazis und Kriegsverbrecher in diesen Ländern zu rehabilitieren. Nach Angaben des Schwedischen Komitees gegen den Antisemitismus fanden SS-Veteranentreffen in den estnischen Städten Paide, Tartu, Adavere und Tori Anfang November statt. Auch ein norwegischer Minister erklärte, er teile die Besorgnis des schwedischen Entwicklungshelferministers. NZZ, 27. 11. — (alk)

China gegen Einmischung in Jugoslawien

China hat sich strikt gegen jede äußere Einmischung in Jugoslawien ausgesprochen. Nach einem Treffen mit dem Chef der Sozialistischen Partei Serbiens Jovic in Beijing, sagte Ministerpräsident Li Peng, daß eine internationale Hilfe notwendig sei, diese müsse aber „strikt den Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ folgen. Gegen eine Anerkennung von Kroatien und Slowenien hat sich der griechische Ministerpräsident Mitsotakis ausgesprochen, dies könne nur das instabile Gleichgewicht auf dem Balkan zerstören. — (hav)

Proteste des Irak gegen Embargopolitik

Die westliche Presse hetzt, Saddam benutze Hunger und schlechte Gesundheitsversorgung der irakischen Bevölkerung als politische Waffe. Unumstritten ist, daß die Wirtschaftsblockade gegenüber dem Irak zunehmend Opfer fordert. Nach Angaben des irakischen Gesundheitsministeriums seien bereits 68000 Menschen, darunter viele Kleinkinder, wegen Medikamenten- und Impfstoffmangel gestorben. Die UNO-Hilfswerke erklären, die Notlage übersteige ihre Möglichkeiten, die Hilfe von Staaten, insbesondere im Süden und im kurdischen Teil des Iraks, sei erforderlich. Wer benutzt nun den Hunger als Waffe? Auf jeden Fall die westlichen Imperialisten, insbesondere die US-Regierung. Sie versuchen über die UNO die Wirtschaftsblockade gegenüber dem Irak zu verlängern. Ihr Vorschlag: unter UNO-Aufsicht solle die irakische Regierung sogenannte kontrollierte Erdölverkäufe vornehmen, um daraus die dringend benötigten Lebensmittel und Medikamente zu finanzieren. Der Irak fordert statt eines Erdölverkaufs unter UNO-Kontrolle, der den Grundprinzipien von Vertraulichkeit und Flexibilität beim Erdölhandel widerspreche, eine Aufhebung der UNO-Sanktionen. Die europäischen Staaten sollten die bei europäischen Banken eingefrorenen irakischen Gelder endlich freigeben. NZZ, 23. 11. und 28. 11. — (alk)

Belgien: Stimmengewinne für flämische Reaktionäre

Die reaktionäre bis faschistische Partei „Vlaamse Blok“, die mit rassistischer Hetze gegen Ausländer und der Propaganda eines „unabhängigen Flamen“ im Wahlkampf aufgetreten war, konnte bei den Parlamentswahlen in Belgien ihre Stimmenzahl in Flandern von 3,0 auf 10,4% mehr als verdreifachen. In Antwerpen, als zweitgrößtes Industriezentrum des Landes auch eines der Zentren der belgischen Mittelklasse, erreichte der Vlaamse Blok 25% der Stimmen. Die Grünen erreichten zwar auch Stimmengewinne. Insgesamt aber dominiert der Zugewinn der politischen Rechten. BRD-Zeitungen verbreiten sich bereits über Vorteile, die der BRD-Imperialismus aus dieser belgischen Krise ziehen könne. Ihre Spekulationen reichen von hämischen Bemerkungen über die mögliche „Unregierbarkeit“ des Landes (*Der Spiegel*) bis zu Spekulationen über eine Teilung Belgiens: „Die Einheit des Staates ... könnte bald zur Disposition stehen“, so *Die Welt* am 26. 11. Die faschistische „Deutsche Liga“ hat dem „Vlaamse Blok“ zu seinem Wahlerfolg bereits gratuliert. — (rül)

Kommunalwahl Brescia: Lega stärkste Kraft

In 22 italienischen Städten wurden am 24./25. 11. die Gemeinderäte neu gewählt. Stärkste Beachtung, auch im Hinblick auf die Parlamentswahlen 1992, fand die Provinzhauptstadt Brescia in der Lombardei, eine der reichsten Städte, Standort von Waffen-, Flugzeug- und anderer Industrie. Dort wurde mit 24,4% die Lega Lombarda, eine reaktionär-autonomistische, gegen den italienischen Süden und gegen Ausländer agitierende Kraft, vor den Christdemokraten (24,3%) stärkste Partei. Die Demokratische Partei der Linken (PDS) erhielt 9,45% (PCI 1990: 16,4%). Eine Hausfrauen- und Rentnerliga kam auf 5%. Die Grünen (1990: 4,7%) kandidierten in einem Bündnis mit Linkskatholiken und kamen bei den zwei Sitzen (4,7%) nicht mehr zum Zug. Das politische Spektrum hat sich zerfasert, das bürgerliche Lager dazugewonnen. Rifondazione Comunista (Kommunistische Neugründung) kam in Brescia auf 5,3%, in anderen Städten — soweit kandidiert wurde — auf Ergebnisse zwischen 4,2 und 12,1%. — (rok)

Siemens steigt in Škoda-Anlagenbau ein

Nach dem Verkauf der Škoda-Automobilwerke an VW wurde nun auch das größte tschechoslowakische Anlagen- und Maschinenbauunternehmen, Škoda Pilsen, einem deutschen Konzern zugesprochen. Siemens wird im Rahmen eines Joint Venture zu 66% beteiligt, ohne — was bei VW noch der Fall war — Zusagen betreffs künftiger Beschäftigtenzahlen (derzeit noch rund 7000) machen zu müssen, und setzte sich damit gegen die ebenfalls interessierten ABB und Westinghouse Electric durch. Mehrere hundert Mio. DM Investitionen sind versprochen, um den osteuropäischen Kraftwerksmarkt weitgehend zu dominieren. Die tschechische Regierung nimmt die Ängste in der Bevölkerung vor einer Hegemonie deutschen Kapitals bedrohlich wenig ernst. — (uga)



Eine gesetzliche Sicherung des Streikrechts durch das Verbot der Entlassung von Streikenden hat der US-Gewerkschaftsbund AFL-CIO auf einer Konferenz gefordert. Mehrere tausend US-Lohnabhängige sind nach den Statistiken des AFL-CIO in den letzten Jahren von US-Konzernen während Streiks gefeuert worden. Ein Gesetz des US-Kongresses soll dem, so die Forderung des AFL-CIO, jetzt einen Riegel vorschieben. Bild: Begrüßung von streikenden Stahlarbeitern des Ravenswood-Konzerns auf der AFL-CIO-Konferenz. 1700 Streikende sind seit Monaten von dem Konzern gefeuert und durch Streikbrecher ersetzt, um den Streik der Stahlarbeitergewerkschaft zu brechen. — (rül)

Pax Americana nach dem Golfkrieg

Bericht über Diskussion um die Madrider Verhandlungen

Am 19. Oktober fand im Stuttgarter DGB-Haus eine Veranstaltung des Arabischen Kulturclubs statt, auf der u. a. Said, Leiter der palästinensischen Presseagentur in der BRD, über die Nahostverhandlungen sprach.

Said analysierte die Grundlagen der Madrider Regionalkonferenz. Ausgeklammert wird das Recht der arabischen Völker auf Souveränität über ihre Reichtümer, sie werden zum Wächterdienst über die ihnen von den Kolonialisten aufgezwungenen Grenzen gezwungen. Die beherrschenden Mächte auf der Regionalkonferenz (USA, EG) negieren das Recht der PalästinenserInnen auf Souveränität und Lebensrecht in ihrer Heimat. Stichwort: keine Verhandlung mit der PLO, keine Vertreter aus Jerusalem (Altjerusalem wird noch mehrheitlich von PalästinenserInnen bewohnt), keine eigenständige Delegation, kein palästinensischer Staat, kein Rückzug der israelischen Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten, kein Stopp der zionistischen Siedlungen. Bereits die Konstruktion der Konferenz spricht dafür, daß die zentrale Palästinafrage in den Hintergrund gedrängt und es vielmehr den arabischen Regimen erleichtert werden soll, in Zukunft offen mit dem zionistischen Staat zusammenzuarbeiten, dessen Hilfe sie bei der Niederschlagung des Widerstands der eigenen Bevölkerung in der Vergangenheit öfters in Anspruch nahmen. Stichwort: bilaterale Verhandlungen mit den arabischen Staaten, die Palästinafrage wird bilateral von der jordanisch-palästinensischen Delegation mit der Vertretung des israelischen Staats verhandelt. Den Schluß des

Referats bildete der Appell Said, nicht den „abenteuerlichen Kurs Genschers, der UNO-Einsätze der Bundeswehr befürwortet, einer Organisation, die zwischen von der Nato beherrscht wird und '80 für Einsätze für Krupp und Messerschmidt tauglich geworden ist, zu unterstützen“.

In der Diskussion gefragt, sprach sich Said trotz seiner Analyse für die Beteiligung der PalästinenserInnen an der Madrider Konferenz aus. Er mußte allerdings auch zugeben, daß die palästinensische Beteiligung unter den Betroffenen auf starken Widerstand stößt: Am 23. Oktober veröffentlichten verschiedene palästinensische Organisationen in Damaskus eine Erklärung, die sich gegen die Beteiligung ausspricht: Die Unterzeichner sind PFLP, DFLP (inzwischen gespalten, unterzeichnet hat die Gruppe um Hawatmeh, As-Saika, PFLP-CG, Abu-Nidal, Hamas, Jihad Islami, Revolüt, KP Palästinas).

Anzufügen bleibt, daß auch die Bevölkerung in Westbank und Gazastreifen, die die Intifada trägt, schon mehrmals ihren Widerstand dagegen deutlich gemacht hat, daß sich die PLO durch die derzeitigen Kräfteverhältnisse zum Verzicht auf palästinensische Rechte drängen ließ: Schon während der Verhandlungen mit Baker gab es in den 1967 besetzten Gebieten entschiedene Stellungnahmen gegen eine Beteiligung, und zum Generalstreik wurde, entgegen der Darstellung einiger Zeitungen in der BRD, nicht nur von islamischen Gruppen, sondern auch von den PLO-Organisationen PFLP und DFLP aufgerufen. — (ab)

Türkei: Versuche, HEP zu spalten

In der Kurdenpolitik vorerst nur Kosmetik / Neue Massaker?

Die neue Regierung aus der „Partei des rechten Weges“ (DYP) unter Demirel und der sozialdemokratischen SHP hat in ihrer Kurdistan-Politik vorerst nur kosmetische Schritte getan. Die hungerstreikenden (sichtbar kurdischen) politischen Gefangenen in Eskisehir, die mit einem Hungerstreik gegen ihre zwangsweise Verlegung und Quälerei in den „modernen“ Isolations-Folterkammern dieses neuen Gefängnisses protestiert hatten, wurden wieder aus Eskisehir verlegt. Das nach dem Vorbild von Stammheim errichtete Gefängnis steht leer — aber es ist nicht geschlossen. Auch die gesetzlichen Bestimmungen, die die Isolation von politischen Gefangenen erlauben, sind weiter in Kraft.

Demirel hat sich mit zwei kurdischen Ministern umgeben: Der neue Außenminister, Hikmet Cetin, und der „Minister für Menschenrechte“, Mehmet

Kahraman, sind beide Kurden und Mitglieder der SHP. Gleichzeitig sind gegen Parlamentarier der HEP erste Verfahren eingeleitet. Gegen den Abgeordneten Sirri Sakik wird ermittelt, weil er gesagt hat: „Mein Bruder ist kurdischer General“. Sakiks Bruder ist ein bekannter Kommandant der Volksbefreiungsarmee ARGK. Gegen die HEP-Abgeordneten Leyla Zana und Hatip Dicle, beide aus Diyarbakir, wird wegen ihrer Reden bei der Eröffnung des Parlaments ermittelt. Ihnen wird „separatistische Propaganda“ vorgeworfen. Auf der letzten Sitzung des „Nationalen Sicherheitsrats“ der Türkei hat der neue Premier dem Militär für Kurdistan ausdrücklich freie Hand gegeben. Versuche, die HEP zu spalten, Imagepflege nach außen und Vorbereitung neuer Massaker — das ist derzeit die Kurdenpolitik der neuen Regierung. — (rül)

Weltuntergang prophezeit

USA: Streit um Zinsbeschränkung für Kreditkarten

Vor zwei Wochen brach ein gewaltiger Aufschrei aus den gequälten Hälsen der Banker und ihrer getreuen Knappen in der Kommunikationsindustrie. Ihr Aufschrei malte in entsetzlichen Farben das Ende der Welt. Was war passiert? Der US-Senat hatte am Abend zuvor in aller Unschuld ein Gesetz verabschiedet, das die Zinsen für Kreditkartenschulden auf 14% begrenzen würde. Entsetzlich, sie hatten vergessen, ihre Patenonkels bei den Banken vorher um Erlaubnis zu fragen. Und aus unerfindlichen Gründen hatten die Banker nicht mitgekriegt, was sich da Unheilvolles anbahnte. Am nächsten Tag brach erst einmal die Börse zusammen — nur um 120 Punkte, von 3060 auf 2940, weit weniger als der Anstieg in Monaten der Spekulation, aber genug, um einen gewaltigen Wirbel in der Presse zu veranstalten. Das wurde von den Bankern auf die angedrohte Profitgrenze geschoben. Dann kam es dick. „20 Millionen verlieren ihre Kreditkarten“, schrie die eine Tageszeitung. Die nächste überbot das: „60 Millionen verlieren ihre Kreditkarten“.

Die erfreuliche Aussicht, daß 60 Millionen weniger Werktätige bei den Banken immer mehr in Schulden geraten und daß den Banken die Möglichkeit genommen wird, den Leuten 18 und 20% Zinsen abzuknöpfen — 12% über der „prime rate“ — hielt natürlich nicht lange. Das Repräsentantenhaus hat gleich

gekuscht, und die demokratischen Vor-sitzenden der zuständigen Ausschüsse haben versichert, daß sie die Wirtschaft nicht mit sowas gefährden wollten. Man muß wissen, daß sie zur gleichen Zeit ein Gesetz beraten und verabschiedet haben, das 70 Milliarden Dollar in die bankrotte Versicherungskasse der Banken pumpt. Brave Buben! Die Sache hat noch einen weiteren grotesken Aspekt: Der Anstoß zu der ganzen Sache kam von — nicht zu glauben — Präsident Bush.

Bush macht manchmal Freistilbemerkungen, die nicht vorher mit seinen Kumpeln abgesprochen sind. Während einer Wahlkampfreden überkam ihn die Idee, die Banken zu bitten, mal nachzusehen, ob denn die hohen Kreditkartenzinsen bei den allgemein niedrigen Zinsen noch richtig seien. Das war doch ein klasse Zug, wo er doch immer kritisiert wird, daß er sich um die Probleme zu Hause nicht kümmert. Mit von der Partie bei der Wahlkampfreden war Senator Alfonse D'Amato von New York. Der ist mit dieser tollen Idee gleich zu seinem Senat gerannt und hat flugs ein Gesetz eingebracht, was dann auch gleich mit großer Mehrheit durchgegangen ist, weil doch alle ein Geschenkchen für Thanksgiving mit nach Hause bringen wollten. Nun lamentiert das Weiße Haus, der Kongreß habe den Präsidenten falsch verstanden. — (ger, her)

Frage: Die Berichterstattung in den Medien hier über die Entwicklung in Azania konzentriert sich auf die sogenannten „Stammeskonflikte“. Mindestens einmal pro Woche zeigt das Fernsehen Berichte über blutige Schießereien durch Unbekannte, darüber, daß Schwarze töten usw. Wer steckt wirklich hinter diesen sogenannten „Stammeskonflikten“, wer schürt sie? Die Inkatha-Bewegung Buthelezis, die rassistische Regierung, ihre Polizei, ihr Militär, faschistische Siedlergruppen?

Antwort: Der PAC ist der Ansicht, daß das kolonialistische Siedler-Apartheid-Regime Südafrika die Gewalt schürt, die unter den Unterdrückten tobt. Das rassistische Regime benutzt dafür Todeschwadronen. Askaris u.a. Das Koevoet und das Buffalo Bataillon 32 wurden bereits in Angola gegen die Befreiungskämpfer der SWAPO eingesetzt. Sie sind keine Azanier. Nachdem Namibia die Unabhängigkeit errungen hatte, bekamen die Bataillone von Koevoet und Buffalo automatisch die Staatsbürgerschaft des rassistischen Südafrika verlie-

„Die Macht muß auf die unterdrückte afrikanische Mehrheit übertragen werden“

Interview mit Patricia Delille, Sprecherin für auswärtige Angelegenheiten des PAC

Die Entwicklung des Befreiungskampfes in Azania (Südafrika) ist aus den Schlagzeilen der bürgerlichen Presse weitgehend verdrängt. Tatsächlich gewinnt der Befreiungskampf in Azania weiter an Kraft, während das rassistische Regime versucht, die Befreiungsbewegung zu spalten, um sich an der Macht zu halten. Eine Verstärkung der Unterstützung für den Befreiungskampf in Azania ist deshalb dringend. Das folgende Interview mit der Sprech-

Schritte hat es seitdem gegeben und was erwartet der PAC von dieser Einheitsfront? Wie sind zum Beispiel die Aussichten für die Bildung einer Einheitsfront in der Frage einer verfassunggebenden Versammlung? Wird es eine Einheitsfront der Jugendverbände geben, zwischen den Gewerkschaften usw.?

Frage: einfache Verlängerung der Lebensdauer des Regimes der Weißen, zusammen mit ein paar kleinen „Reformen“?

Antwort: Bei den Reformen ist unser Eindruck, daß das rassistische Regime einfach sein Leben verlängern will. Das rassistische Regime Südafrika kann dieses Land nicht länger regieren, weil das unterdrückte afrikanische Volk sich weigert, mit dieser illegalen und illegitimen Regierung zusammenzuarbeiten. Hinzu kommt, daß die Wirtschaft des Landes auseinanderbricht infolge der internationalen Sanktionen gegen das Regime. Die Arbeitslosenrate nähert sich der Zahl von 9 Millionen Arbeitslosen. Aber das rassistische Regime ist noch nicht bereit, die Macht abzugeben. Es hat beschlossen, mit finanziellen Tricks zu versuchen, sein Leben zu verlängern. Daher die sogenannten „Reformen“.

Frage: Wie ist die Situation der politi-

schen Gefangenen in Azania? Die Presse hier versucht, den Eindruck zu verbreiten, als gebe es in Azania keine politischen Gefangenen mehr. Was antwortet ihr auf solche Behauptungen?

Antwort: Es gibt weiterhin politische Gefangene. Aber das rassistische Regime will sie nicht als politische Gefangene anerkennen, weil sie den bewaffneten Kampf gegen das Regime geführt haben. Es sagt, diese Personen seien Mörder, politische Mörder.

Frage: Die größte Partei des weißen Siedlerregimes veröffentlichte vor einigen Wochen ihre Vorstellungen für eine neue Verfassung. So verlangt sie beispielsweise sogenannte „Minderheitenrechte“ für die weißen Siedler mit dem Ziel, daß diese so an der Macht bleiben können.

Was ist Euer Eindruck von diesem Verfassungsvorschlag und welche Position nimmt der PAC in der Frage der

verfassunggebenden Versammlung ein?

Antwort: In seinem Programm stellt der PAC fest: „Unser politisches Ziel ist die Regierung der Afrikaner durch die Afrikaner und für die Afrikaner, wobei wir jedermann, der Afrika gegenüber loyal ist und bereit ist, die demokratische Herrschaft einer afrikanischen Mehrheit zu akzeptieren, als Afrikaner akzeptieren. Wir garantieren keine Minderheitenrechte, weil wir für die Rechte von Individuen eintreten, nicht von Gruppen.“

Frage: Die Regierung der BRD ist eine der bedeutendsten imperialistischen Stützen des weißen Siedlerregimes. Regierungssprecher in Bonn verkündeten vor ein paar Wochen, man sei bereit, der südafrikanischen Armee dabei zu „helfen“, sich mit den militärischen Einheiten des ANC zu „vereinigen“. Was für ein Trick ist das? Einfach ein Propagandamanöver, um die militärische Unterstützung für das weiße Regime fortsetzen zu können?

Antwort: Der PAC versteht die Position der westlichen Staaten, auch wenn er sich nicht billigt. Das rassistische Südafrika ist nichts anderes als ein Außenposten der westlichen Vorherrschaft. Der Westen ist deshalb bereit, das rassistische Regime in jeder Form zu unterstützen, um seine wirtschaftlichen Interessen zu sichern. Aus diesem Grund wollen die westlichen Staaten unseren Kampf vom bewaffneten Kampf abbringen. Mit ihrem Versuch, den ANC von diesem Kampf abzubringen, versuchen sie, die Kräfte des Befreiungskampfes zu spalten. Der Kampf wird aber weitergehen, mit oder ohne den ANC.



hen, um sie vor der Empörung des namibischen Volkes zu schützen, dessen Söhne und Töchter durch die brutalen Aktivitäten dieser Todesschwadronen entweder ermordet oder verstümmelt worden waren. Die Askaris sind frühere afrikanische Guerillas, die sich, nachdem sie von den burischen Sicherheitskräften gefangen genommen wurden, entschieden, sich gegen den Befreiungskampf zu wenden. Alle diese oben genannten Todesschwadronen werden von dem rassistischen Regime eingesetzt, um Verwirrung unter unserem Volk zu schaffen, indem sie die Leute umbringen. Dabei maskieren sie sich mit dem Namen gewisser afrikanischer politischer Parteien und nutzen so die ideologische Schwäche dieser Organisationen aus.

Frage: Was kann der PAC tun, was können andere Gruppen und Organisationen des Befreiungskampfes tun, um diese sogenannten „Stammeskonflikte“ zu stoppen? Welche Politik verfolgt der PAC zu diesem Problem?

Antwort: Diese furchtbare Plage im azanischen Befreiungskampf kann gestoppt oder bekämpft werden durch die Bildung einer breiten Einheitsfront aus allen Kräften, die im Widerspruch zu dem rassistischen Regime stehen, und dadurch, daß die ideologische und politische Erziehung der unterdrückten afrikanischen Massen auf diese Weise intensiviert wird.

Frage: Vor einiger Zeit verständigten PAC und ANC sich auf die Schaffung einer „Patriotischen Front“, um die Kräfte des Befreiungskampfes gegen das Siedlerregime zu vereinen. Welche

Antwort: Vom 25. bis 27. Oktober haben sich im Hotel Malibu in Durban 92 Organisationen versammelt, um zur Bildung einer Einheitsfront, einer „Patriotischen Front“ beizutragen. Diese Patriotische Konferenz hat unter anderem beschlossen:

- a) Die Macht muß von dem weißen, rassistischen Minderheitenregime auf die unterdrückte afrikanische Mehrheit übertragen werden.
- b) Die Versammlung zur Vorbereitung der verfassunggebenden Versammlung muß ein Forum sein, um „die Modalitäten der Übergabe dieser Macht an das Volk auszuarbeiten“.
- c) Diese Modalitäten müssen sich konzentrieren auf die Errichtung einer gewählten verfassunggebenden Versammlung, die basiert auf dem Grundsatz „Ein Mensch, eine Stimme“ bei allgemeinem Wahlrecht und einem einheitlichen Staat.
- d) Die verfassunggebende Versammlung wird der Mechanismus sein, um eine neue, nicht-rassistische und demokratische Verfassung zu schaffen.
- e) In der Zwischenzeit muß eine Übergangsverwaltung errichtet werden, um die Wahlen zu überwachen.

Frage: Das weiße Siedlerregime versucht, den Eindruck zu verbreiten, als gebe es keine Apartheid mehr, als bestehe dieses System nicht mehr. Tatsächlich kontrolliert das Regime weiterhin das gesamte Land, die gesamte Industrie, alle Reichtümer Azanias, den brutalen Staatsapparat, die Sicherheitskräfte usw. All dies ist weiterhin unter der Kontrolle der weißen Siedler, der imperialistischen Konzerne in eurem Land. Was sind nach eurem Eindruck die Ziele der amtierenden weißen Regie-

Indien „am Rande des Abgrunds“?

Rigide Haushaltskürzungen bei der Lebenshaltung und der Landwirtschaft

Am 24. Juli 1991 teilte Finanzminister Singh dem indischen Parlament mit, daß Indien durch das Finanzdefizit der Regierung „am Rande des Abgrunds“ stehe. Die Schere zwischen den gesamten Staatseinnahmen und den Ausgaben habe sich von 4 % in der Mitte der siebziger zu 8 % in den späten achtziger Jahren geweitet. Im Grunde unterscheidet sich auch der Haushaltsplan 1992/93 der indischen Regierung unter Premierminister P.V. Narasimha Rao nicht von dem seines Vorgängers. Abbau von Subventionen für Nahrungsmittel, Öffnung für ausländisches Kapital, neue Schulden beim Internationalen Währungsfonds. Doch das Tempo und die Rigidität sind neu und finden den Beifall der Wirtschaftsblätter.

Die Bauern müssen für Saatgut und Dünger mit einer Preissteigerung um 40 % rechnen. Hier sind alle Subventionen entfallen. „Eine Zunahme der Öl- und Kochgaspreise um 20 % ... wird die Mittelklassen treffen“, bemerkt ein Wirtschaftsjournalist der *Far Eastern Economic Review* (8.8.1991). Allerdings, so schreibt er weiter, sei noch die alte „politische Schirmherrschaft“ spürbar, wenn sich Rao nicht traue, das System der Nahrungsmittelkarten abzuschaffen, das zur Milderung der Armut existiert. Denn es sei unbestritten, daß diese Unterstützung sogar sehr wohlhabenden Haushalten zukomme und nur in den vier größten Städten angewandt werde. Singh hat die Zuweisung für diesen Fonds um 6 % erhöht, „was beweist, daß die Regierung Rao die Möglichkeit städtischer Unruhen fürchtet“. Nach wie vor ist in Indien die starke Anbindung an die Bedingungen des IWF hart umstritten. Nichtsdestotrotz hat Rao das gesetzliche Genehmigungsverfahren *Restrictive Trade Practices Act* für Investitionen von Monopolen und Großfirmen abgeschafft. „Sprecher der indischen Industrietruks hießen die Veränderungen herzlich willkommen, und die Börsenkurse bewegten sich nach Bekanntwerden des Budgets sprunghaft nach oben.“

Offiziell streitet Singh das Nachsuchen um einen 2-Milliarden-\$-Kredit noch ab. Andererseits ist gerade dieser Haushalt Resultat der Absprachen mit dem IWF.

Warum spielen IWF und Weltbank eine so mächtige Rolle bei den Planungen der indischen Regierung? Zum Beispiel: Für Vorhaben im industriellen (Stromerzeugung) und landwirtschaftlichen Bereich (gesicherte Bewässerung) hat bereits die Regierung R. Gandhis gewaltige Staudammprojekte anvisiert,

die nur mit Hilfe entsprechender projektbezogener Vorfinanzierung realisierbar sind. Benötigt würden die Staudämme zur Regulierung und Nutzung des Himalaya- und Monsunwassers und zur Stromerzeugung für industrielle Projekte.

Sogar ein US-Experte, Thayer Scudder (Direktor des Instituts für Entwicklung und Anthropologie in den USA), der Staudammgutachten für die Weltbank erstellt, zeigt sich in einer Studie über die Folgen eines Projektes (Sardar Sarovar) für die dort ansässige Bevölkerung (hier vor allem im Unionsstaat Gujarat, Nordwestindien) entsetzt. Insbesondere sollen die zahlreichen Menschen von dort zwangsumgesiedelt werden, wobei er beschreibt, daß hier eher eine brutale Vertreibung ohne Perspektive stattfindet. „Solange die Durchführung des Projektes derart betrieben wird, werden Gesetze, Verfassung und Menschenrechte weiterhin verletzt und der Staat macht sich schuldig, weil er sich der Verantwortung für den Schutz der Stammesangehörigen ständig entzieht.“ (*Economic and Political Weekly*, 5.10.1991) Abschließend fordert er die Weltbank deshalb auch auf, sich aus dem Projekt zurückzuziehen. „Das *Narmada Tal Entwicklungsprojekt* (auch Sardar Sarovar) soll als eine Zusammenfassung von 30 großen, 135 mittleren und 3000 kleineren Dämmen des Flusses Narmada und seiner Nebenflüsse gebaut werden ... 350000 Hektar Wald und 200000 Hektar Ackerland würden überschwemmt werden ... 1,4 Millionen Menschen sollen zwangsumgesiedelt werden. Ein Teil der Menschen sind Stammesangehörige, die zu den verwundbarsten, ärmsten und ökonomisch und kulturell am äußersten Rande stehenden Teilen der indischen Gesellschaft gehören. Die Narmada Bachao Aktivisten haben die Tatsache nachgewiesen, daß in 24 der 36 von dem Projekt betroffenen Dörfern, die landbesitzenden Stammesangehörigen als ungesetzliche Landbesitzer betrachtet werden.“ (*Frontier*, 5.10.91)

Am 3. August wurden bei einer Protestkundgebung 69 Aktivisten verhaftet. Die Polizei versuchte, durch Beschlagnahme von Booten der Bewohner und bewaffnete Aufmärsche die Aktivitäten zu unterbinden. Am 4. August wurden trotzdem zu beiden Seiten des Narmada Protestkundgebungen abgehalten. 150 Abgesandte der weiter entfernt liegenden Dörfer der Stammesangehörigen erklärten den Aktivisten ihre volle Unterstützung für die Anti-Damm-Bewegung. Am 30. August wurden demon-

strierende Dorfbewohner von Polizisten angegriffen und über 80 inhaftiert. Anschließend zündeten die Polizeieinheiten Häuser an und mißhandelten Frauen.

Ein Ergebnis der Proteste ist die Einstellung einer „unabhängigen Untersuchungskommission“ durch die Weltbank. Die oben erwähnte Studie ist ebenso auf die Aktionen zurückzuführen.

Scheinbar nichts zu tun mit der „großen“ indischen Politik haben die revolutionären Gruppierungen, die in den vielfältigen kleinen Zusammenhängen vor allem unter den Stammesbewohnern zum einen den Widerstand gegen deren Ausgeliefertsein und Entrechtung führen, sich zum anderen in genossenschaftlichen Lebens- und Überlebensformen organisieren. Als die „*Peoples War Group*“ in Andhra Pradesh im Frühjahr 1991 zum Wahlboykott der Zentralwahlen aufrief, mobilisierte die Landesregierung sämtliche Polizeikräfte vor allem in den „speziellen Distrikten“, in denen die *Peoples War Group* ihre Basis hat. In Westbengalen, wo die Naxaliten ebenfalls zum Wahlboykott aufgerufen hatten, geschah von seiten der Administration nichts.

Warum die Aufregung? „Im Tullur- und Gunturdistrikt leben 110 Familien, die Stammesangehörige und Harijans (Unberührbare) sind. Der größte Teil der Gemeinschaft lebt von Schweineherden. In diesem Gebiet und den nahegelegenen Gebieten von Tenali, hatten sie, hauptsächlich unter der Führung der Frauen eine lange Zeit gegen zehn Großgrundbesitzer für soziale Gerechtigkeit gekämpft. In diesem Gebiet wird die Gemeinde ‚Erukola‘ genannt. Am 28. März verbrannten die Landlords Sambhaiya und Mellerampa von den Erukola bei lebendigem Leibe ... Daraufhin entschied die Gemeinschaft, nicht mehr für die Landlords zu arbeiten. Die Guerillas töteten zwei der Landlords.“ Dies geschah, nachdem die Polizei über Monate auch nach massiven Protesten der Bevölkerung nichts unternahm.

Die Klassenauseinandersetzungen hier sind brutal und tödlich. Häufig ließen die Behörden sich zu Zugeständnissen gegenüber den Stammesangehörigen nur durch die Entführung von Beamten zwingen. Diese Auseinandersetzungen werden nach der Durchsetzung des neuen Regierungsprogramms an Härte eher noch zunehmen.

Quellen: *Frontier*, Kalkutta, 14.9. und 5.10.91; *Economic and Political Weekly*, Bombay, 5.10.91; *Far Eastern Economic Review*, 8.8.91 — (cog)

Ein willkürlicher Ausriß von Meldungen der letzten Zeit verdeutlicht das. Nach Untersuchungen der IG Metall Hannover hat die hannoversche Metallwirtschaft seit 1980 8,9 % oder rund 7000 Beschäftigte verloren. Im für Hannover wichtigen Maschinenbau betrug der Arbeitsplatzverlust 17 %, im Straßenfahrzeugbau 12 %.

Eine von der IG Chemie in Auftrag gegebene Studie über die Zukunft der Reifenindustrie — die Continental AG beschäftigt allein in den hannoverschen Werken etwa 9000 Menschen — prognostiziert in den nächsten zwei Jahren einen Rückgang der Arbeitsplätze von derzeit 38000 auf ca. 30000. In 15 bis 20 Jahren sei es denkbar, daß die Reifenerstellung in Deutschland ganz aufgegeben werde.

Die Continental AG plant gegenwärtig den Verkauf eines Teils des Werkes Limmer (Hannover). Bei einer ähnlichen Aktion vor einigen Jahren im Werk Vahrenwald (Hannover) wurden 600 Arbeitsplätze gestrichen. Welche Ergebnisse die immer noch laufenden Kooperationsverhandlungen mit dem italienischen Pirelli-Konzern haben werden, ist offen.

Die Wolff-Walsrode AG, zum Bayer-Konzern gehörig und mit 3200 Arbeitsplätzen größtes Unternehmen im Regierungsbezirk Lüneburg, stellt zum 30.4.92 den Zellglasbetrieb ein. Betroffen davon sind 220 Beschäftigte, die möglichst über Vorrühestandsverträge gehen sollen.

In Hildesheim plant der Bosch-Konzern bei Blaupunkt 1700 Entlassungen von den 6500 Beschäftigten und Verlagerung der Produktion ins Ausland. Durch Fusion mit Varta auf dem Gebiet der Starterbatterien wird Bosch diese Fertigung in Hannover schließen und bei Varta in Hannover herstellen lassen, betroffen: 300 von 3000 Beschäftigten.

Der Daimler-Benz-Konzern wird das

Konzerne gewährleisten nicht gleiche und einheitliche Lebensverhältnisse

Soziale Verwerfungen in Niedersachsen nehmen erheblich zu

Gegenwärtig scheint sich die niedersächsische Wirtschaftslandschaft in einer merkwürdigen Situation zu befinden. Einerseits signalisieren die Konjunkturdaten brillantes Geschäft, andererseits gibt es kaum einen Betrieb, aus dem

nicht über Personalabbau, Rationalisierungen größeren Stills mit Standortverlagerungen oder Komplettschließungen berichtet wird. Unter der Tünche „Sonderkonjunktur Ost“ zeichnen sich brutale Umbrüche ab.

AEG-Olympia-Werk Roffhausen bei Wilhelmshaven bis zum 31.12.92 dichtmachen. Die 2700 Beschäftigten sollen bis dahin schubweise entlassen werden. Vorstandsvorsitzender Reuter erwartet von der Landesregierung Mittel für eine „sozialverträgliche Lösung“ der Massenentlassungen. Vorschläge der Landesregierung für Möglichkeiten der Weiterführung des Unternehmens waren von Daimler-Benz abgelehnt worden. Der ehemalige AEG-Vorstandsvorsitzende Dürr hatte 1988 öffentlich eine Bestandsgarantie für das Werk gegeben. Die Arbeitslosenquote der Stadt Wilhelmshaven würde bei der Schließung von 15 auf 28 % erhöht.

Die Betriebsräte des VW-Konzerns sind bereits seit längerem besorgt über die weitere Entwicklung. So forderte der Wolfsburger Betriebsratsvorsitzende Volkers auf der Betriebsversammlung Mitte des Jahres „volle Flexibilität für zwei unterschiedliche Fahrzeugtypen“. Das größte VW-Werk bräuchte zwei echte Standbeine, um die Arbeitsplätze längerfristig zu sichern. Er kritisierte einen vom Vorstand vorgelegten Plan, der unter anderem die Steigerung der Produktivität durch Reduzierung des Personals im Angestellten- und Zeitlohnbereich auf 50000 in der VW AG vorsieht, 9000 bis 15000 „überflüssi-

ge“ Stellen. Im VW-Werk Hannover-Stöcken sollen bis 1995 von den heute 18000 Arbeitsplätzen 2000 abgebaut sein. VW-Vorstandsvorsitzender Hahn betonte kürzlich, daß die Bedeutung von VW für Niedersachsen angesichts der japanischen Konkurrenz zurückgehen könnte.

Die Ergänzungsliste aus der Textilindustrie, den Werften, der Ernährungs-wirtschaft usw. wäre noch lang. Der Blick in die Tageszeitung genügt zur Fortschreibung. Interessant wäre jetzt, ob sich die abzeichnende krisenhafte Situation für Belegschaften, für Kommunen und Regionen, die ja weitgehend mit äußerst profitablen Ergebnissen für die Konzerne einhergeht, rasch auflösen wird? Vermutlich nicht.

Die Konzerne verfügen anscheinend über Produktivkräfte der Art, die größere Absatzmengen mit relativ kleiner Aufwandsteigerung herstellen lassen. Im Zuge des EG-Binnenmarktes prallen wahrscheinlich große Überkapazitäten aufeinander, Kapitalvernichtung wird die Folge sein.

Die Mikroelektronik hat sowohl die Produkte wie die Produktion und die Verwaltung grundlegend verändert und tut das noch. Die Wandlung von der mechanischen zur vollelektronischen Schreibmaschine heißt: weniger Ar-

beitsplätze, mehr Produkte, geringere Herstellfläche. . .

Die Grenzen der großindustriellen Produktion (Energieverbrauch, Abfall) werden zunehmend handfester. Ein Gang der Dinge, daß jedes Jahr Millionen Autos wieder und wieder produziert werden und bei vollen Straßen nur der Export in den Osten klappen muß, stößt auf naturgesetzliche Schranken. Die Automobilkonzerne selber suchen nach Alternativen. Und werden dabei keine Rücksicht auf ihre Belegschaften nehmen.

Bereits jetzt hintertreiben privat gefaßte Konzernbeschlüsse die Ansprüche nach sozialen Mindestbedingungen und einheitlichen Lebensverhältnissen für die Bevölkerung dramatisch. Der Vorstandsbeschluß von Daimler-Benz, das Wilhelmshavener Werk zu schließen, vergrößert die Armut in der Region schlagartig. Die stattfindende Ansiedlung von Verwaltungsetagen in Hannover schließt mehr und mehr den Wohnungsmarkt der Stadt für weniger Verdienende ab. Die Ausbildungsmöglichkeiten, besonders die Berufsausbildung, hängen ab von den Anforderungen der jeweils ansässigen Konzerne. Nicht zuletzt müssen die Hersteller von Produkten selten deren Folgen, zum Beispiel die Verschrottung, tragen.

Die bekannten Mittel öffentlicher Politik — mehr Gewerbefläche fordert zum Beispiel Hannovers Wirtschaftsdezernent Kruse, um Zulieferer für die Automobilindustrie ansiedeln zu können, die Wirtschaftsförderung mit beschäftigungspolitischen Auflagen verbinden fordert der DGB-Hannover — versagen zunehmend. Stattdessen sind soziale Grundrechte, Mindestanforderungen an gleiche und einheitliche Lebensbedingungen auszuformulieren. Recht auf Arbeit, Demokratisierung und Humanisierung des Arbeitslebens, Gleichstellung der Geschlechter und Erziehung der Kinder, Recht auf Aus- und Weiterbildung, Recht auf gesundheitliche Betreuung, Fürsorge der Gesellschaft für ältere Bürger, soziale Integration von Behinderten und Rehabilitanten, Recht auf Wohnen und Recht auf ein soziales Versicherungssystem sind solche Anforderungen aus der Sozialcharta der DDR-Volkskammer vom März 1990. Um diese Grundrechte zu erfüllen, wäre dann eine öffentliche Nachfrage für sozial nützliche Produkte und Dienstleistungen zu schaffen. Die Linke Liste Hannover schreibt in ihrem Programm: „Der öffentliche Bereich ist auszubauen. Die Kommunen brauchen das Recht, eigene wirtschaftliche Unternehmen zu betreiben. Das bestehende Wirtschaftsverbot für Kommunen (das heißt in Konkurrenz zu privaten Betrieben zu treten) muß fallen.“ Und: „Öffentliche Beschäftigungs- und Entwicklungsgesellschaften. Erschließung gesellschaftlich nützlicher Produktbereiche und Konzepte zur ökologischen Stadtentwicklung. Finanzierung durch hannoversche Unternehmen, Landes- und Bundesmittel. Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften.“ In diesem Zusammenhang müßten auch Möglichkeiten von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Förderung der selbstverwalteten Alter nativwirtschaft erörtert werden. — (gka)

DISKUSSION, DOKUMENTATION

Ergebnisse der AG Politische Berichte

Die Tagung der Arbeitsgemeinschaft fand am 10.11.1991 statt. Ihre Ergebnisse:

1. Als Termin des nächsten AG-Treffens wurde der 10. Mai 1992, als Ort Köln (Jugendgästehaus) vereinbart.

2. Über die Entwicklung der Politischen Berichte und Änderungen und Anpassungen lag ein Vortrag vor, auf dessen Grundlage diskutiert wurde. Vereinbarung wurde:

— **Auflage/Preis:** Der bisher geltende Preis für die Politischen Berichte (1,50 DM Einzelpreis, Halbjahresabo 26,— DM) wird trotz Kostensteigerung für 1992 grundsätzlich beibehalten. Es wird jedoch die Möglichkeit eines Förderabos zum Halbjahrespreis von 39,— DM geschaffen und dafür geworben, daß möglichst viele Leser die Möglichkeit der Förderung wahrnehmen. Für neue Abonnenten aus den neuen Bundesländern gilt 1992 — analog zu den Einkommensdifferenzen — ein Sonderpreis in Höhe von zwei Dritteln des Preises, d.h.: 1,— DM Einzelpreis, —,30 DM Portopauschale, Halbjahresabo 16,90 DM).

Als allgemeine Werbemaßnahme soll a) rechtzeitig vor den Rechnungen eine Antwortkarte beigelegt werden, mit der Abonnenten mitteilen können, daß sie das Förderabo nehmen; b) ein Werbeblatt beigelegt werden, das über die Ziele der Politischen Berichte, die Möglichkeiten, in den Politischen Berichten zu schreiben, und die Bezugsbedingungen informiert.

In den neuen Bundesländern soll, da Partner aus dem Osten sich an den Politischen Berichten beteiligen, für die Politischen Berichte geworben werden.

— **Mitarbeit:** Die AG Berichte aus Ostdeutschland und Osteuropa tritt der Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte bei. Werner Thümler, zu erreichen über GNN Westberlin, wird neuer Mitherausgeber. Herbert Stascheit bleibt Herausgeber und wird Redakteur für die beiden Seiten (die Produktion verbleibt zunächst in Hamburg).

— **Gliederung und Redakteure:** Die Änderung der Gliederung der Politischen Berichte ist nötig, dem folgenden Vorschlag wurde zugestimmt:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 1-3), verantwortl. Redakteur: Rüdiger Lötzer. Auslandsberichterstattung (S. 4/5), verantwortlicher Redakteur: Alfred Küstler. Reportagen und Berichte regional (S. 6/7), verantwortlicher Redakteur: Günter Baumann.

Dokumentation und Diskussion (S. 8/9), Aus Kultur und Wissenschaft (S. 12), verantwortliche Redakteure für die drei Seiten im Wechsel: Angela Lux und Ulrike Detjen. Aus Ostdeutschland und Osteuropa einschließlich Westberlin (S. 10/11), verantwortlicher Redakteur: Herbert Stascheit.

Die Kürzung des Regionalteils von vier auf zwei Seiten ergibt sich im wesentlichen aus

der Entwicklung der Lokalpublizistik. Auf den Seiten Dokumentation und Diskussion können und sollen Diskussionen, die sich aus lokalen oder regionalen Zusammenhängen ergeben, Platz finden. Dort sollen ebenfalls Beiträge, die von Organisationen der Ausländerbevölkerung in der BRD kommen, ihren Platz haben. Schließlich soll auf den Seiten 8/9 Platz sein für Auseinandersetzung und Zuschriften, wobei Übereinstimmung bestand, daß eine „Leserbriefseite“ im bekannten Stil nicht gemeint und erwünscht ist und der Gefahr, daß dort ein Kraut- und Rüben-Garten entsteht, entgegengearbeitet werden muß. Die Redigierung der S. 8/9 steht in engem Zusammenhang mit der Kulturseite (deshalb auch die Redakteursregelung), und sie muß in enger Abstimmung sowohl mit den beiden Regionalseiten wie mit den beiden Ostseiten erfolgen, die beide auf diese Seiten zugreifen können.

Über die Reduzierung des Regionalteils auf zwei Seiten gab es eine längere Diskussion. Es wurde der Verdacht geäußert, daß die Reduzierung nicht klappt (zu Verlusten von Projekten führt) und daß Diskussion und Dokumentation auch auf der Seite 12 abgewickelt werden kann. Auf der nächsten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft soll die neue Gliederung deshalb überprüft werden.

— **Konzeption:** Verschiedene Maßnahmen der Ökonomisierung der Arbeit sowie das Hinzutreten neuer Kräfte setzen (bei den im GNN-Verlag beschäftigten Mitarbeitern) Zeit frei, die in die Verbesserung der Politischen Berichte gesteckt werden kann. Vor allem die laufende Beobachtung der Herrschaftstätigkeit muß verbessert werden. Da umfassende Beobachtung unmöglich ist, wurde vereinbart, daß die an der Herausgabe beteiligten Gruppen sich äußern sollen, was ihnen unter „laufende Beobachtung“ wichtig ist.

— **Gestaltung:** Einige neugestaltete Seiten lagen zur Begutachtung vor. Die Neugestaltung — Prinzip: Überschriften linksbündig, größer, jeder Artikel soll die Aufmerksamkeit des Lesers auf sich ziehen — wird noch in diesem Jahr durchgezogen.

— **Geschäftsordnung:** Hier wird bis zur nächsten Versammlung im Mai nichts geändert. Die im Frühjahr vereinbarten Arbeiten über die Fragen Arbeitsweise und Beitrag werden auf die nächste Versammlung verschoben.

3. Seit einiger Zeit ist keine „Beilage“ mehr erschienen, die Situation ist vor allem aufgrund der Haltung der VSP zur „Beilage“ ungeklärt. Die Redaktion der „Beilage“ wird aufgefordert, die Klärung herbeizuführen, ob die SoZ die „Beilage“ noch will und einen Redakteur benennt, der ansprechbar ist. *Protokoll: scc*

Ergebnisse der 4. GNN-Arbeitstagung

Anfang November tagten Belegschaft, Geschäftsführung und Beirat des GNN-Verla-

ges. Büros der GNN-Landesgesellschaften gibt es in Hamburg, Hannover, Berlin, Köln, Stuttgart, München und in Schkeuditz (bei Leipzig). Jedes halbe Jahr findet eine Arbeitstagung statt, um die anstehenden Aufgaben, Investitionen und Projekte zwischen Belegschaft, Geschäftsführung und den am Verlag beteiligten Organisationen und Gruppen, aber auch mit den nicht am Kapital des GNN-Verlags beteiligten organisierten Nutzern abzustimmen. Dies war die vierte Arbeitstagung.

Anfang 1990 wurde ein Betriebsrat gewählt; zu Beginn d. J. wurden mittels einer Betriebsvereinbarung Festlegungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung über ein betriebliches Tarifsystem getroffen; und auf dieser Tagung wurden schließlich auch schriftliche Arbeitsverträge unterzeichnet. Neben den üblichen Arbeitsvertragsinhalten wie Vergütung und Arbeitszeiten verpflichten sich die Beschäftigten zur Anerkennung des GNN-Statuts als Grundlage ihrer Tätigkeit.

Zur Ordnung der Lohnzahlungen wurde ein interner „GNN-Lohnfonds“ beschlossen, der vom GNN-Beirat verwaltet wird mit der Absicht, eine pünktliche Lohnzahlung auch bei schwieriger Geschäftslage zu sichern.

Die GNN-Versammlung verabschiedete nach Diskussion die nebenstehende Geschäftsordnung des Verlages. Insbesondere wurde dabei über die Frage des „Konsensprinzips“ gesprochen. Man war sich darin einig, daß, wenn es zu Konflikten kommt, diese nur zwischen den vorhandenen Kräften (z. B. zwischen Belegschaft und Beirat) ausgetragen werden können. Einstimmig vereinbart wurde deshalb folgendes: „Über Festlegungen wird ein Meinungsbild hergestellt. Festlegungen gegen eine Mehrheit der Belegschaft, des Beirates oder der Geschäftsführung sind nicht zulässig.“ In Zukunft soll in den Politischen Berichten und einer Zeitung der Volksfront (evtl. dem „Volks-echo“) über die Ergebnisse der GNN-Arbeitstagung berichtet werden. Darüber hinaus sollen die Ergebnisse den anderen Anteilseignern sowie den Redaktionen der im GNN-Verlag erscheinenden Periodika zur Verfügung gestellt werden.

Der Arbeitstagung wurde ein Haushaltsbericht vorgelegt. Preisänderungen wurden einstimmig gebilligt. Die Versammlung beschloß nach Rücksprache mit den Herausgebern der Antifaschistischen Nachrichten, des Angehörigen-Infos und der Politischen Berichte ab sofort ein Förderabonnement für diese Zeitschriften einzurichten. Für die Bezieher der Politischen Berichte wurde auf Wunsch der „Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte aus Ostdeutschland und Osteuropa“ in den fünf neuen Ländern (DDR) ein ermäßigtes Abonnement von 65 % des Westpreises eingeführt.

Vereinbart wurde darüberhinaus: — Da die Programme für den Fotosatz weitgehend abgeschlossen sind, muß jetzt als

nächstes ein Handbuch für die Benutzer gemacht werden.

— Da nicht mehr für alle Nutzer der GNN-Programme der Beitritt zum „Reparaturfonds“ sinnvoll ist, soll als Alternative in Zukunft der Verkauf der GNN-Programme an den Verkauf des Benutzerhandbuches gekoppelt werden.

— Die Programmarbeiten für den Tintenstrahldrucker mit eigenen Schriften sollen fortgeführt werden.

— Gegen die Anschaffung eines Kleindruckgerätes für das Büro Köln werden keine Einwände erhoben.

— Um die Regionalisierung der GNN-Verlage zu ermöglichen, soll versucht werden, den Entwurf eines Kooperationsvertrages bis zum Volksfront-Bundeskongreß zu erstellen.

— Die nächste Tagung findet am 9. Mai 1992 in Köln statt.

*

In gesonderten Tagungen befaßte sich:

— Die *GNN-Belegschaft* mit der Arbeitsorganisation und mit den Zeiten für immer wiederkehrende Arbeiten. Letztere müssen nochmals überprüft werden. Es wurden neue Betriebsobleute gewählt, da zwei der bisherigen ausgeschieden waren.

— Der *GNN-Beirat* legte fest, daß seine Sprecher rotieren und benannte eine Person als neuen Sprecher. Zwei Vertreter für die Verwaltung des Lohnfonds werden bald bestimmt. *Berichterstattung: har. jod*

GNN-Geschäftsordnung (Auszüge)

Die Tätigkeit des GNN-Verlags wird auf Grundlage der „Zweckbestimmung der GNN“ in halbjährlichen Arbeitstagungen besprochen und festgelegt. Über Festlegungen wird ein Meinungsbild hergestellt. Festlegungen gegen die Mehrheit der Belegschaft, den Beirat oder die Geschäftsführung sind nicht zulässig.

An diesen Arbeitstagungen nehmen teil.

— die Belegschaft

— der Beirat.

Ferner werden die im GmbH-Vertrag definierten organisierten Benutzergruppen mit Tagesordnung eingeladen.

Die Arbeitstagungen werden grundsätzlich gemeinsam durchgeführt. Auf Wunsch beraten sich Beirat und/oder Belegschaft zu bestimmten Tagesordnungspunkten getrennt. Dies gilt immer bei einem TOP „Wahlen“ bzw. bei Angelegenheiten, die die Geschäftsanteile betreffen.

Die Arbeitstagungen beraten grundsätzlich in folgenden Arbeitsgruppen:

— Finanzen, Vertrieb

— Verlagsprogramm/Technische Einrichtungen, Arbeitsorganisation.

Die Arbeitsgruppen fertigen Protokolle an. Strittige Themen sowie Themen von grund-

sätzlicher Bedeutung werden im Plenum beraten.

Personelle Kontinuität in den Arbeitsgruppen wird befürwortet.

Über die Arbeitstagungen werden Protokolle angefertigt. Die Anteilseigner, die Benutzergruppen und die Abonnenten der *Periodika* werden in geeigneter Form öffentlich über die Ergebnisse unterrichtet.

Durch Satzung und GO sind bestimmt.

Beirat:

Der Beirat vertritt die Anteilseigner. Er entscheidet über die Änderung der Geschäftsanteile.

Der Beirat nimmt die Berichte der Geschäftsführung entgegen.

Belegschaft:

Zur Belegschaft zählen die unbefristet beschäftigten Angestellten, die Umschüler, Auszubildende und ggfs. Honorarkräfte. Die Belegschaft wählt sich einen Betriebsrat. Die Tätigkeiten werden nicht aufgrund von Weisungen, sondern aufgrund von Vereinbarungen geregelt.

Für die Tätigkeit der Belegschaftsmitglieder gilt das Prinzip „Jeder macht alles“. Angestrebt wird, daß möglichst viele Beschäftigte einen möglichst großen Teil der notwendigen Tätigkeiten ausüben kann, was einen Anspruch auf entsprechende Ausbildung beinhaltet. Aus diesem Anspruch leitet sich die Entlohnung nach einheitlicher Tarifgruppe ab.

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung wird von den Anteilseignern gewählt.

Die Führung der Geschäfte wird für die Dauer eines Jahres übertragen. Der Beirat stellt fest, wer sich für diese Aufgabe bewirbt und leitet — falls dies nötig ist — Wahlen nach dem GmbH-Recht ein.

Die Geschäftsführung besteht aus den Bereichen für

— Finanzen

— Personal

— Verlagsprogramm/Technik.

Die Geschäftsführung soll von drei, mindestens jedoch von zwei Personen gebildet werden. Für die Geschäftsführung kann nur benannt werden, wer seit mindestens zwei Jahren der GNN oder dem Beirat angehört. Es wird angestrebt, daß das Mitglied der Geschäftsführung für Personalangelegenheiten dem Beirat, die Mitglieder für Finanzen bzw. Verlagsprogramm, Technik der Belegschaft angehören sollen.

Die Geschäftsführung legt den Arbeitstagungen halbjährlich jährlich Berichte zur Geschäftsführungstätigkeit vor, insbesondere zu

— Haushalt/Kasse

— Entwicklung der Auflagen

— Verlagsprogramm.

Die Geschäftsführung ist für die Umsetzung der Beschlüsse der Arbeitskonferenz verantwortlich. Sie kann gegen diese Einspruch erheben, wenn sie gegen gesetzliche Pflichten verstößt.

Hilfe für Asylbewerber

Jungheinrich-Kollegen gegen Rechtsradikalismus

Norderstedt. Auf dem diesjährigen Fest des Vertrauensleutkörpers der Industriegewerkschaft Metall bei der Firma Jungheinrich in Norderstedt am 11. Oktober wurde dieses Mal nicht nur gefeiert, sondern mit Hilfe einer amerikanischen Versteigerung 80.— DM erstanden. Sie stellten das Geld den in Norderstedt lebenden Flüchtlingen am Buchenweg und in der Ulzburger Straße zur Verfügung. Doch dabei blieb es nicht.

Am 21. Oktober gründete der Vertrauensleutkörper eine Ausländergruppe, um über finanzielle Unterstützung hinaus etwas gegen Neofaschismus und Fremdenhaß zu tun. Sie trifft sich seither einmal wöchentlich.

Ein erster wichtiger Schritt der IGM Kolleginnen und Kollegen war die Kontaktaufnahme mit bereits in Norderstedt bestehenden Unterstützergruppen, so z.B. mit der Schalom-Kirchengemeinde, der Paul-Gerhard-Kirchengemeinde, der Antifa-Gruppe und den Flüchtlingen selbst. Am Sonntag, 1. Dezember, findet z.B. wieder ein solches Treffen mit den Helfern der Paul-Gerhard-Gemeinde und dem Vertrauensleutkörper statt, um für die Flüchtlinge Patenschaften zu organisieren.

Danach haben sich die Vertrauensleute in vielfältiger Weise in die praktische Tätigkeit zur Verbesserung der Lage der Flüchtlinge gestürzt. Bisher wurden bei den Kolleginnen und Kollegen in Gewerkschaft und Betrieb insgesamt 308.— DM gesammelt. Ein PKW voller Sachspenden ging am 18. 11. an die im Schalom untergebrachten Asylbewerber. Mit dem Wohnraumbeschaffer der Stadt Norderstedt wird ständiger Kontakt gehalten, um die Lage der am Buchenweg und an der Ulzburger Straße Wohnenden zu verbessern. Schließlich gibt es hier immer noch kein gangbares Telefon, obwohl die Stadtvertretung und allen voran Herr Bischof aufgrund der öffentlichen Befragung auf der Sitzung am 8. 10. (vor mehr als sechs Wochen!) versprochen hatten, dies so schnell wie möglich installieren zu lassen.

Auch aus diesem Grunde machten sich in der Nacht vom 8./9. November und vom 9./10. November ca. 35 Jungheinrich-Kollegen auf den Weg, um am Buchenweg und in der Ulzburger Straße Nachtwache gegen faschistische Übergriffe zu schieben. Mit Empörung mußten sie erfahren, in welch schlimmem und gefährlichem Zustand Menschen tagtäglich zu leben gezwungen sind. Das überzeugte sie mehr als alles andere, daß auch politisch einiges getan werden mußte, um so etwas grundlegend zu ändern. So verfaßten sie nach ausführlicher Information und Diskussion am 7. 11. im Vertrauensleutkörper der IG Metall eine Resolution gegen Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit, in der

es unter anderem heißt:

„Gewalttätige Ausschreitungen gegen Asylbewerber, offen zutage getretener Fremdenhaß, aber auch stillschweigende Zustimmung zu diesen beschämenden Ereignissen geben uns Anlaß zu großer Sorge... Wir schätzen sie (die Ausländer) als Freunde, Nachbarn und Berufskollegen. Wir werden nicht hinnehmen, daß sie schikaniert, verfolgt, geprügelt oder an ihrem Leben bedroht werden.“

Am 18. 11. hat schließlich der Vertrauensleutkörper zusammen mit dem Betriebsrat der Jungheinrich AG aufgrund der sich zuspitzenden Lage der Flüchtlinge in der Schalomgemeinde, die immer noch massiv bedroht werden, daß man sie nach Mecklenburg-Vorpommern zurücktransportieren will, eine Presseerklärung herausgegeben, in der sich beide Gremien an die Schleswig-Holsteinische Landesregierung wenden, die bisherige Entscheidung zurückzunehmen und die aus Greifswald geflüchteten Asylbewerber in Schleswig-Holstein aufzunehmen. Auf der Betriebsversammlung in Norderstedt am 19. November zeigten Kolleginnen und Kollegen in einem Rollenspiel Szenen gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß und entkräfteten dreiste Argumente, z.B. daß „das Boot voll sei“, durch Daten und Fakten. Die Geschäftsführung sah sich daraufhin ebenfalls gezwungen, etwas Nützliches zu tun, und sagte zu, daß sie in Zukunft gegen rassistische und faschistische Schmierereien im Betrieb vorgehen werde.

In der verabschiedeten Resolution heißt es unter anderem: „Wir fürchten um Leib und Leben dieser Asylbewerber, ganz abgesehen von den seelischen Schäden, die ihnen und besonders ihren Kindern entstehen können... Zum Schluß wünschen wir Ihnen eine feste Hand gegen den Rechtsradikalismus und eine glückliche Hand bei der Hilfe unserer zukünftigen Mitbürger, den Asylbewerber.“ Die Resolution wird der IG Metall Hamburg, ihrer Vertreterversammlung, der IG-Metall-Jugend Hamburg, dem DGB-Ortskartell Norderstedt, der Schalom-Gemeinde, der Norderstedter Zeitung und dem Vorstand der Jungheinrich AG zur Kenntnisnahme übergeben und zur Unterstützung empfohlen.

Inzwischen haben sich am 1. 12. die Kolleginnen und Kollegen mit der Paul-Gerhard-Kirchengemeinde und ca. 9-10 Familien, bzw. etwa 50 Flüchtlingen, aus den Sammelagern am Buchenweg und in der Ulzburger Straße in Norderstedt getroffen. Letztere berichteten von den vielfältigen Schwierigkeiten, die sie z.B. bei Behördengängen und bei Bewerbungen haben. Ihnen soll konkret geholfen werden. — (edl)

Demonstration in Bruchsal für die Zusammenlegung

Karlsruhe. Am 7. Dezember findet in Bruchsal ab 13 Uhr (Marktplatz) eine Demonstration zum Gefängnis gegen die physische und psychische Zerstörung der politischen Gefangenen durch die Isolationshaft statt. In Bruchsal sind Günter Sonnenberg, Christian Klar und Carlos Grosser inhaftiert. Günter Sonnenberg, seit fast 15 Jahren im Gefängnis, ist seit seiner Festnahme schwer verletzt, er ist haftunfähig. Mehr als 20 Gruppen und Organisationen rufen auf unter den Forderungen: Zusammenlegung aller Gefangenen aus RAF und Widerstand in eine oder zwei große Gruppen, Freilassung von Bernd Röchner, Günter Sonnenberg, Claudia Wannerndorfer, Isabel Jacob, Ali Jansen und aller anderen haftunfähigen Gefangenen, für freie politische Information und Kommunikation der Gefangenen mit allen gesellschaftlichen Gruppen. — (rub)

Fachaufsichtsbeschwerde gegen Ausländeramt

Goslar. Der „Runde Tisch Asyl“ erhob am 28. 10. 91 eine Fachaufsichtsbeschwerde gegen das Ausländeramt des Landkreises Goslar wegen Nichtbeachtung eines Erlasses des nds. Innenministeriums vom 17. 6. 91, der besagt, daß vor der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber durch Anhörungen im Einzelfall geprüft werden soll, ob Abschiebehindernisse rechtlicher oder tatsächlicher Art gem. § 53 AuslG vorliegen. Rowoldt vom Ausländeramt, der nicht zum ersten Mal unangenehm auffiel, vertrat die Auffassung, daß der Erlaß laut § 56.6 AuslG rechtswidrig und im übrigen aufgehoben sei, was nicht stimmt. Die Fachaufsichtsbeschwerde ging an das betroffene Ausländeramt, den Oberkreisdirektor, die Bezirksregierung Braunschweig, die nds. Ausländerbeauftragte, amnesty, nds. Flüchtlingsrat. Inzwischen ordnete die Bezirksregierung an, daß das Ausländeramt anhören muß. Die Kreisverwaltung will dagegen nicht vorgehen. — (suo)

3000 demonstrieren gegen Nordhorner Schießplatz

Nordhorn. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatten die „Notgemeinschaft Nordhorn-Range“ und die Bürgerinitiative gegen Fluglärm. Vor 20 Jahren wurde der Schießplatz, der von der britischen Luftwaffe betrieben wird, von Demonstranten besetzt. Für den Fall, daß die Briten abziehen, hat Verteidigungsminister Stoltenberg bereits bekanntgegeben, daß der Platz für Piloten der Luftwaffe für unverzichtbar hält. Ministerpräsident Schröder will den sieben Städten und Gemeinden, die gegen die Bundesrepublik auf Schließung des Platzes klagen, juristische Unterstützung geben, indem das Land eine sog. „notwendige Beiladung“ beim Verwaltungsgericht beantragt. — (rec)

DVU kandidiert, bei den REP entscheidet die Parteispitze

Rendsburg. Am 10. November 1991 beschlossen die schleswig-holsteinischen „Republikaner“ auf ihrem Landesparteitag in Schwesing bei Husum mit 26 von 39 Stimmen einen Antrag auf Teilnahme an den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein. Das Bundespräsidium der Partei hat darüber noch zu entscheiden. Kandidaten konnten deshalb noch nicht gewählt werden. Die Sitzung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Der neu gewählte Landesvorsitzende heißt Peter-Michael Jensen. 4500 Unterstützerunterschriften müssen im Falle einer Kandidatur außerdem gesammelt werden. Ein Spitzenkandidat soll auf dem Parteitag am 1. 12. gewählt werden. Am 9. November 1991 führte die Deutsche Volksunion (DVU) in Hohn in der Gaststätte „Doppelche“ in aller Heimlichkeit und unter Polizeischutz eine Versammlung durch. Die Kandidatenkur der DVU fiel nicht zufällig auf den 9. November. Gleichzeitig fand nämlich in Kiel eine landesweite Demonstration gegen Rassismus und Faschismus statt. Die befürchteten Demonstrationen in Hohn blieben aus. Etwa 100 Mitglieder wählten unter Anwesenheit des Bundesvorsitzenden Frey die Kandidaten zur Landtagswahl. Beim Wirt der Kneipe war die Versammlung telefonisch angemeldet worden und auch gleich bezahlt worden. Er fühlte sich nachträglich überrumpelt. Am 31. Oktober 1991 hat Landesinnenminister Bull aufgefordert, nicht vor den Versammlungen der Faschisten zu demonstrieren. Andernfalls müsse die Landesregierung die Versammlungen schützen lassen, anstatt sie zu verbieten.

Quellen: Landeszeitung, 1. 11. und 11. 11. 91 — (lus)

NPD-Deckert geht auf Gegner los

Ulm. Etwa 800 besuchten die OB-Kandidatenvorstellung im überfüllten Kornhaus. Schlierer (Rep) und Deckert (NPD) hetzten gegen Asylbewerber und Ausländer. Dagegen gab es Proteste von Antifaschisten. OB-Kandidat Nägele, Kandidat der Autonomen, versuchte, Deckert durch Zwischenrufe zu stören, als dieser sagte, daß er eben ein Faschist sei, wenn es als faschistisch gelte, „Ausländer raus“ zu sagen. Deckert reagierte und stürzte sich auf Nägele. Jugendliche kamen Nägele zu Hilfe und drängten Deckert ab. Daraufhin stürmte Polizei in den Saal und nahm zwei Jugendliche vorläufig fest. Tags darauf demonstrierten über 100 gegen eine Veranstaltung von Dr. Schlierer, die sich 40 unter Polizeischutz anhörten. Bei den Wahlen am 1. 12. erhielt Schlierer 3,4 % und Deckert 0,2 %. — (frm)

Höhere Feuerversicherung bei Flüchtlingen im Haus

Kiel. Die Provinzial Versicherung wollte einem Kieler Hausbesitzer die Verneinung seiner Feuerversicherungsprämie für eines seiner Mietshäuser mit dem Argument erhöhen, daß darin Flüchtlinge untergebracht sind. Dabei gehe es ihnen nicht um die zunehmende Gefahr von Brandanschlägen, sondern um die „von Asylbewerbern selbst ausgehenden Gefahren.“ Nachdem die Stadt und der Mieterverein Gegenmaßnahmen ankündigten, teilte die Provinzial mit, daß es entsprechende Prämien-erhöhungen schon seit fünf Jahren gäbe, daß diese aber nun „in dieser Form“ zurückgenommen würden. Stattdessen soll jetzt „jeder Einzelfall“ geprüft werden. — (uga, Antifaschistische Nachrichten)



Frankfurt. Demonstranten empfangen die 800 IG Farben i.A.-Aktionäre am Tagungs-ort. Die Liquidationsgesellschaft solle sofort diese Institution des Faschismus, die nun Ansprüche auf viele Grundstücke der Ex-DDR erhebt, auflösen. Der DGB-Frankfurt appelliert an die IHK, sich dafür einzusetzen. VVN, die GRÜNEN, ein Teil der evangelischen Kirche und Antifa-Gruppen bilden das „Bündnis gegen IG Farben“. — (rst)

Krupp Widia: Gegen Ausländerfeindlichkeit

Erklärung des Betriebsrates von Krupp Widia / Gewerkschaftliche Diskussion

Essen. Als Reaktion auf die Überfälle auf Flüchtlingsheime entwickelt sich auch in den Gewerkschaften und Betrieben die Diskussion von Positionen gegen Ausländerhetze und für das Asylrecht. Die folgende Stellungnahme des Betriebsrates von Krupp Widia — mit 2200 Beschäftigten der größte Metall-Betrieb in Essen — wurde am 18. 10. 1991 einstimmig verabschiedet. Inzwischen fand auch eine IG

Metall-Mitgliederversammlung zu Thema statt. Sie war zwar schlecht besucht, es fand aber eine rege Diskussion statt. Die Vertrauenskörperleitung will sich wegen faschistischer Schmierereien an Krupp Wohnungsbau wenden und den Besuch eines Flüchtlingsheims organisieren. Aktivitäten in dieser Richtung hat inzwischen auch die IG Metall-Vertreterversammlung beschlossen. — (kw)

In den letzten Wochen fanden zahlreiche Überfälle auf Übergangsheime für Flüchtlinge und auf ausländische Einwohner der Bundesrepublik statt. Der Betriebsrat der Krupp Widia GmbH verurteilt diese Gewalttaten entschieden. Sie sind umso schlimmer, als sie sich gegen Menschen richten, die sich ohnehin kaum wehren können. Deswegen erfüllt es uns auch mit Abscheu, wenn Teile der Bevölkerung den Schlägertrupps Beifall klatschen.

Die Überfälle sind nicht nur das Ergebnis der „Ausländer raus“-Hetze faschistischer Organisationen, die auch staatlich jahrelang geduldet wurde. Die seit Monaten von verantwortlichen Politikern geschürte, demagogische Diskussion um das Asylrecht hat die Brandstifter aus einschlägigen Gruppierungen ebenfalls ermutigt.

Pogrome entstehen zuerst in den Köpfen der Menschen. Die Diskussion um das Asylrecht wird von manchen benutzt, gezielt Angst vor „Überfremdung“ zu schüren. Damit soll von wach-

senden sozialen Problemen und wachsender Perspektivlosigkeit — gerade bei Jugendlichen — abgelenkt werden.

Wir stellen fest: Gewalt ist keine Lösung für bestehende Probleme, sie schafft nur neue Probleme. Wir wenden uns entschieden gegen jede Form von Ausländerfeindlichkeit. Jeder Mensch, egal welcher Nationalität, hat ein Recht auf menschenwürdige Behandlung. Dazu gehört auch die rechtsstaatliche Prüfung eines Anspruchs auf Asyl, wenn von einem Flüchtling ein entsprechender Antrag gestellt wird.

Das Asylrecht ist aufgrund der leidvollen Erfahrungen mit der Schreckensherrschaft der Nazis ins Grundgesetz aufgenommen worden. Es darf nicht weiter ausgehöhlt oder gar beseitigt werden.

Gerade im Ruhrgebiet hat es seit der Industrialisierung immer wieder Zuwanderungsbewegungen von Leuten aus anderen Ländern gegeben. Seit Anfang der

60er Jahre wurden verstärkte Arbeitskräfte im Ausland angeworben.

Die Gewerkschaften haben einen wichtigen Beitrag zur Integration dieser Menschen geleistet, in dem sie weitgehend verhindert, daß sie als Konkurrenz und Lohndrücker eingesetzt werden können. Sie haben erreicht, daß wenigstens auf der betrieblichen Ebene gleiche Rechte für ausländische Kolleginnen und Kollegen gelten.

Auch in der Widia arbeiten deutsche und ausländische Kolleginnen und Kollegen solidarisch zusammen.

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz ist der Betriebsrat verpflichtet, gegen die Diskriminierung von Betriebsangehörigen vorzugehen. Dieser Aufgabe werden wir weiter nachkommen. Wir fordern alle Kolleginnen und Kollegen auf, dies ebenfalls zu tun, und zwar auch außerhalb des Betriebes.

Vorhandene Zweifel und Befürchtungen sollten offen diskutiert werden. Stimmungsmachern sollte jeder jedoch eine deutliche Abfuhr erteilen.

Prozeß gegen Ernst Zündel

Fred Leuchter als Sachverständiger für Geschichtsfälschung?

München. Am 5. November begann vor dem Amtsgericht München der Prozeß gegen den deutschstämmigen Kanadier Ernst Zündel, der als Hauptorganisator der sogenannten Revisionismus-Kampagne gilt. Die Massenvernichtung des NS-Faschismus durch Gaskammern und andere Tötungsinstrumente wird von den Betreibern dieser Kampagne bestritten. Die Existenz von KZs nicht. Dadurch wollen die „Revisionisten“ die Verbrechen des NS-Systems aus der Geschichtsschreibung löschen. Weil Zündel diese Propaganda auf Bild- und Tonträgern verbreitet hat, ist er angeklagt wegen: Volksverhetzung, Beleidigung, der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und der Aufstachelung zum Rassenhaß.

Bei dem Prozeß, zu dem die Neonazis bundesweit mobilisieren, wurden u.a. C. Worch (NL Hamburg), Küssel (Kühnen-Nachfolger aus Österreich) und E. Althans (AVÖ München) gesichtet. Verteidigt wird Zündel von den beiden altbekannten Nazi-Anwälten J. Rieger, Hamburg, und K. Goebel, München. Eine für den ersten Prozeßtag geplante „Befreit Zündel“-Demonstration wurde vom KVR verboten und daraufhin auch nicht durchgeführt.

Eine der Hauptaussagen des Prozesses ist die Zulassung des „Hinrichtungsexperten“ Fred Leuchter

als Zeuge bzw. Sachverständiger. Leuchter, der seit 25 Jahren in den USA elektrische Stühle konstruiert, hat 1988 das von Zündel in Auftrag gegebene „Leuchter-Gutachten“ erstellt, mit dem die Revisionismus-Kampagne „wissenschaftlich“ untermauert werden soll.

Die faschistische Propaganda gegen diesen Prozeß wird vom Münchner „Zündel-Büro“ aus organisiert. Dieses Büro firmiert unter dem Namen AVÖ (Althans Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit) Public Relations. E. Althans war führender Aktivist der „freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ FAP und ist Vorsitzender des faschistischen „Deutschen Jugendbildungswerkes“ DJBW. In der letzten Zeit konzentriert sich Althans u.a. auf die Verbreitung der „Revisionismus-Kampagne“. So organisierte er den sogenannten „Leuchter-Kongress“, der am 23. 3. 91 in München stattfand. Als Redner traten dort u.a. David Irving, Robert Faurisson, Fred Leuchter und auch Ernst Zündel in Erscheinung.

Organisiert hat die AVÖ in diesem Jahr aber auch die Busfahrt nach Wunsiedel/Bayreuth anläßlich des Hess-Todestages. Am 9. 11. mobilisierte sie nach Halle, wo eine von der NPD organisierte Demonstration stattfand, auf der u.a. David Irving sprach. — (ror)

Der EG-Binnenmarkt lockt!

Statt 36,74 DM pro Arbeitsstunde in Portugal nur 7,14 DM

Elmshorn. Der Schuhfabrikant Gabor GmbH & Co mit Firmensitz in Rosenheim und Werken in Barmstedt, Österreich (3) und Portugal (2) produziert mit 3000 Lohnabhängigen über 25000 Paar Schuhe pro Tag und hatte 1990 einen Gesamtumsatz von 365 Mio. DM. Nun soll die Produktionsstätte in Barmstedt zum 31. 1. 92 geschlossen werden. Die Lohnkosten mit einem Durchschnittseinkommen von 2600 DM brutto sind dem Kapitalisten zu hoch. Die Barmstedter Linke Liste schreibt dazu in ihrer Sonderausgabe der „Ball Zeitung Extra“: „Wie Gabor das Barmstedter Werk mit rund 180 Beschäftigten abstoßen will, ergibt geradezu ein weiteres Lehrstück über das wahre Wesen des Kapitalismus ... 180 Beschäftigte, darunter mehr als 2/3 Frauen, sollen rausfliegen, damit Gabors Profite weiterstimmen. Das vielgepriesene Unternehmerrisiko: Die Arbeiter/innen und Angestellten baden es aus. Besonders hart: Ein Teil der KollegInnen steht kurz vor der Rente, andere stehen mitten in der Ausbildung ... Das Perverse: Weil die Kapitalisten — hier Gabor — durch extreme Ausbeutung in unterentwickelten Ländern noch höhere Profite machen können, wird die Produktion dorthin verlagert. Diejenigen, die durch ihre jahrzehntelange Arbeit — oftmals teuer bezahlt mit der eigenen Gesundheit —

den Reichtum von Gabor erarbeitet haben, mit dem die Werke in den anderen Ländern aufgebaut wurden, sie fliegen jetzt auf die Straße. Gabors Computer haben errechnet, daß er nicht mehr genügend aus ihnen herausholen kann. Vergessen sind die Zeiten, als langjährig verdiente Mitarbeiter/innen Treugeschenke bekamen und sich mit Gabor in der „Barmstedter Zeitung“ ablichten lassen durften.

Die Steigerung: Als „Abfindung“ bietet Gabor auch noch Knochen an. 740,- DM pro Beschäftigungsjahr will er nur zahlen ... Den Kolleginnen und Kollegen bleibt nur die Möglichkeit der entschiedenen Gegenwehr: Kein Eingehen auf den hingeworfenen 740,— Knochen! Die jetzige Blitzkriegsstrategie Gabors gegen die Belegschaft muß durchkreuzt werden! Zusammen mit der Gewerkschaft muß eine Kampfstrategie entwickelt werden! Gabor muß seine tatsächliche Finanzsituation in seinem Konzern offenlegen. Es muß geprüft werden, welche Möglichkeiten der Erhaltung der Arbeitsplätze, zumindest eines großen Teils, bestehen. Unter Umständen muß durch staatliche Hilfsmaßnahmen durch das Land eine Lösung gefunden werden. Alle Kündigungen müssen arbeitsrechtlich geprüft werden. Rechtzeitig sind Widersprüche zu formulieren ...“ — (sip)

Warnstreik in Behindertenwerkstätten

Wilhelmshaven. Die 100 Gruppenleiter in den Behinderten-Werkstätten Ede- wecht, Jever, Varel und Wilhelmshaven der Gemeinnützigen Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit führten am 10. 11. einen zweistündigen Warnstreik durch. Seit mehreren Monaten wird über einen Haustarif verhandelt, der sich am öffentlichen Dienst orientieren soll. Streik- anlaß war die Eingruppierung von Facharbeitern mit pädagogischer Zusatzausbildung, die trotz ihrer Gruppenleiter-Tätigkeit schlechter als Erzieher und Meister eingestuft werden sollen. Außerdem war beabsichtigt, allen Gruppenleitern eine Zulage von 60 DM zu streichen. Der Protest richtete sich vor allem gegen das nds. Finanzministerium, das der GPS eine Zurückerstattung der Zulage über die Pflegesätze für die 650 beschäftigten Behinderten verweigert. — (jot)

Schörling: Betriebsvereinbarung Gefahrsstoffe

Hannover. Der Betriebsrat von Schörling Kommunalfahrzeuge hat eine Betriebsvereinbarung zur Umsetzung der Gefahrsstoffverordnung abgeschlossen. Ein Arbeitskreis (Geschäftsleitungsvertreter, BR-Vertreter, ein Chemiker, Betriebsarzt und Arbeitssicherheits-Fachkraft) ist für eine Bestandsaufnahme der Gefahrsstoffe und später für Neueinführungen zuständig. Die Gefahrsstoffe sollen jeweils in den Werkhallen als Aushang aufgelistet werden. Die benutzten Gefahrsstoffe sind auf unbedenklichere Alternativen zu überprüfen. Den Arbeitnehmern ist auf Wunsch zu bestätigen, welchen Gefahrsstoffen sie ausgesetzt sind. Weiter werden Messungen, Betriebsanweisungen geregelt. — (gka)



Saarlouis. Gegen die Massenentlassungen von 673 Beschäftigten bei der Elektrofirma Kautt & Bux demonstrierten Mitte November über 800 Beschäftigte in Saarloris. Die Zeitung „Metall“ meldet, daß die meisten dieser Arbeitsplätze zur Firma Kolektor in Idria (Slowenien) verlagert werden, die der Firma neuerdings zu 51 Prozent gehört. — (jöd)

Wichtiges Urteil des Arbeitsgerichts

Volle Mitbestimmung des Betriebsrats bei Kündigung von Betriebsrenten

Hamburg. Das Hamburger Arbeitsgericht hat jetzt die Auffassung des Betriebsrats der Hamburger Aluminium Werke (HAW) bestätigt, wonach die 1988 gekündigte Betriebsvereinbarung über die Zahlung einer Betriebsrente

nachwirkt. Die Ansprüche der Beschäftigten bleiben erhalten. Das Arbeitsgericht richtet sich gegen Auffassungen des Bundesarbeitsgerichts, das die Mitbestimmung des Betriebsrats in Sachen Betriebsrente fast beseitigt hat.

Im September 1988 kündigt die Geschäftsführung der Hamburger Aluminium Werke (HAW) die bestehende Betriebsvereinbarung über die Zahlung einer Betriebsrente. Die Rentenansprüche sollen gekürzt und vor allem ein sogenannter versicherungsmathematischer Abschlag bei vorzeitigem Rentenbeginn (vor dem 65sten Lebensjahr) eingeführt werden. Der Betriebsrat lehnt die Kürzungen als unbegründet ab. Die Geschäftsführung ruft daraufhin eine betriebliche Einigungsstelle an, die laut Betriebsverfassungsgesetz in diesen Fällen zuständig ist. In der Einigungsstelle begründet die Geschäftsführung die Kürzungsabsicht lediglich damit, daß in einem der bei HAW beteiligten Konzerne (Vereinigte Aluminium Werke, VAW) die Betriebsrenten aus gekürzt worden seien. Aus „Harmonisierungsgründen“ im Konzern müsse man auch bei HAW dieselben Maßnahmen durchführen. Die Einigungsstelle verlangt weitere Begründungen. An Kürzungsabsichten bei Betriebsrenten würden strengere Maßstäbe gelegt als lediglich „Harmonisierungsbestrebungen“ eines Konzerns. Die wirtschaftliche La-

ge müsse dargelegt werden, und zwar aller bei HAW beteiligten Konzerne (beteiligt sind drei Konzerne zu je 33 %). Auch andere Fragen, die in der Rechtsprechung bei Kürzungen von Betriebsrenten von Bedeutung sind, waren nicht befriedigend beantwortet. HAW lehnt weitere Begründungen ab, woraufhin die Einigungsstelle mit der Stimme des Vorsitzenden (Richter am Landesarbeitsgericht Hamburg) den Antrag auf Kürzung der Betriebsrente ablehnt.

Nachdem HAW auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Weg gescheitert war und die Ansprüche der Beschäftigten nicht gekürzt werden konnten, setzt es auf Machtpolitik. Durch Aushang wird bekanntgemacht, daß mit der Kündigung der Betriebsvereinbarung zum September 1988 die Betriebsrentenkasse vollständig geschlossen sei und keine weiteren Ansprüche entstehen würden. Wer zum Zeitpunkt der Kündigung noch keinen unverfallbaren Anspruch auf Betriebsrente hatte (Voraussetzung ist eine zehnjährige Betriebszugehörigkeit), hätte jetzt jeglichen Anspruch verloren. Aber man zeigt sich gnädig: Der Betriebsrat könne ja die Kürzungen unter-

schreiben, dann wären die Ansprüche wieder da. HAW beruft sich auf Urteile des Bundesarbeitsgerichts, wonach bei sogenannten „teilmitbestimmten Betriebsvereinbarungen“ nach Kündigung der Vereinbarung keine Nachwirkung entstünde (Nachwirkung bedeutet, daß die Regelungen aus einer Betriebsvereinbarung bei ihrer Kündigung solange bestehen bleiben, bis eine neue Vereinbarung abgeschlossen ist). Nachwirkung akzeptieren die Kapitalisten z. B. bei Arbeitszeitregelungen, nicht jedoch bei freiwilligen Zahlungen — wie z. B. einer Betriebsrente. Kürzungen von sozialen Ansprüchen sollen ihrer alleinigen Entscheidung vorbehalten bleiben.

Der Betriebsrat ruft das Arbeitsgericht an, das nun in erster Instanz entschieden hat. Die Vereinbarung wirkt nach, die Ansprüche bleiben für alle Beschäftigten, die zum Zeitpunkt der Kündigung bei HAW ein Arbeitsverhältnis hatten, bestehen. Der Rechtsstreit wird fortgesetzt werden. HAW hat schon Rechtsbeschwerde eingelegt. Die Arbeitgeber wollen die Mitbestimmung der Betriebsräte in Sachen Betriebsrente beseitigen. — (güt)

IBM: Betriebsvereinbarung über „Pflegepause“ abgeschlossen

Heidelberg. Beschäftigte der IBM-Deutschland können per Betriebsvereinbarung bis zu drei Jahren von der Arbeit „Pause“ machen, um schwer pflegebedürftige Angehörige zu versorgen. Berücksichtigt werden müssen die betrieblichen Belange, und die Inanspruchnahme geht nur bei fünfjähriger Betriebszugehörigkeit. Teilzeitregelungen sind möglich. Nach Ablauf der „Pflegepause“ haben die Beschäftigten Anspruch auf einen ihrem früheren vergleichbaren Arbeitsplatz. Sozialministerin Schäfer bemerkte, daß mit der Sicherung des Arbeitsplatzes erstmals ein Unternehmen es seinen Beschäftigten ermöglichen, die vom Gesetzgeber erwünschte Versorgung eines Pflegebedürftigen zu Hause zu übernehmen. Sie sieht darin einen „innovativen Schritt, Familien- und Berufspflichten besser in Einklang zu bringen.“ *RN*, 23./24. 11. 91 — (anf)

„Tatort Betrieb“ — Kühlschmierstoffe

Stuttgart. Zur Zwischenbilanz der Aktion am 21. November in Leinfelden-Echterdingen kamen mehr als 400. Die Auswertung von 450 betrieblichen Fragebögen zeigte: Noch immer sind gefährliche Substanzen im Einsatz, noch immer entstehen krebserzeugende Nitrosamine. In etwa 50 % der erfaßten Betriebe wurden seinerzeit keine einschlägigen Messungen durchgeführt, in 80 % gab es keine Betriebsanweisungen für den Umgang mit KSS. Im Lauf der Kampagne wurden in zahlreichen Betrieben Messungen und Verbesserungen bei Einsatz und Wartung der KSS eingeführt. Ein weiteres Ergebnis: Der Entwurf der neuen Gefahrsstoffverordnung enthält jetzt ein zusätzliches Kapitel zu KSS, das den gewerkschaftlichen Forderungen entgegenkommt. Die IGM hat eine zweite Broschüre herausgegeben: „Gebrauchte Kühlschmierstoffe vermeiden — verwerten — entsorgen“. Quelle: IGM-Bezirksleitung Baden-Württemberg, Hölzelweg 2, 7000 Stuttgart 1 — (rok)

Proteste bei Skoda-Automobil

Hannover. Mit Protestaktionen und einer Kundgebung vor der Werksverwaltung haben mehrere tausend Beschäftigte der zum VW-Konzern gehörenden Skoda-Werke in Mlada Boleslav in der CSFR eine Aufstockung ihrer Löhne gefordert. Auf der von den Gewerkschaften getragenen Aktion wurde dem Unternehmen vorgeworfen, Versprechen über einen Lohnausgleich für den Kaufkraftverlust aufgrund Inflation nicht eingehalten zu haben. VW-Vorstandsvorsitzender Hahn hatte unlängst den Einstieg des Konzerns bei Skoda so gerechtfertigt: „Warum soll ich nach Mexiko gehen, wenn im Herzen Europas die Lohnkosten nur halb so hoch sind?“ — (gka)

4-Tagewoche bei BMW

Diese enorme Leistungsverdichtung muß bekämpft werden

München. Im Münchner BMW-Werk ist ab November eine Betriebsvereinbarung gültig, die Verlängerung der Schichten um 35 Minuten und der Betriebsnutzungsum 70 Minuten vorsieht. Individuell soll in der Woche regulär 4 Schichten gearbeitet werden. Dies entspricht fast der 4-Tage-Woche, wenn die für 1995 vereinbarte 35-Stunden-Woche in Kraft tritt. Selbst dann müssen aber 3 Ausgleichsschichten für zu wenig geleistete Arbeit gemacht werden, jetzt sind es über 14. Der Urlaub wird ab sofort auf 24 Tage verkürzt (= 6 Wochen Urlaub bei 4-Tage-Woche). Die langen Schichten gefährden die Gesundheit und durchlöchern das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen.

Die Betriebszeitung „Stoßstange“, „von Kollegen für Kollegen der BMW“ (Oktober 1991) schreibt dazu: „Über die 4-Tage-Woche heißt es im Bayernmotor-Kommentar: ‚Richten wir also besser den Blick vorwärts und vor allem darauf, wie wir mit unserer Flexibilität Beitrag zum Unternehmenserfolg leisten können.‘ Es geht also nicht um einen Fortschritt für uns, sondern nur um den Profit. Das spürt jeder Betroffene jetzt schon. Selbst die „Freizeitblöcke“, wie im Bayernmotor groß herausgestellt, sind nicht sicher. Viele Kollegen sollen Ausgleichsschichten an ihren langen Wochenenden nehmen. Das widerspricht der Betriebsvereinbarung und darf nicht durchgelassen werden ...“

Der Betriebsrat ging davon aus, daß durch diese 4-Tage-Woche ca. 850 Arbeitsplätze geschaffen werden. Obwohl BMW mehr Autos bauen will, wird versucht, durch diese Arbeitszeitregelung die Belegschaft nicht aufzustocken. Alle paar Wochen werden die Akkorde neu abgestimmt, um auch die letzte freie Sekunde noch mit Arbeit zu belegen. Diese enorme Leistungsverdichtung muß bekämpft werden. Die 35-Stunden-Woche kann deshalb am besten durch eine tägliche Arbeitszeitverkürzung oder dadurch, daß die Spätschichtwoche für alle donnerstags endet, verwirklicht werden. So werden auch die meisten neuen Arbeitsplätze geschaffen, weil dann BMW gezwungen wäre, durch zusätzliche Investitionen wieder auf die alten Stückzahlen zu kommen ...

Eine Abstimmung steht noch aus: Laut Abendzeitung vom 19. 9. lehnten 180 Kollegen in einer Unterschriftensammlung diese 4-Tage-Woche ab. In den nächsten Wochen wird jeder überprüfen können, wie diese 4-Tage-Woche ist. Dann gibt es noch eine bessere Grundlage für eine Abstimmung ...

Im Bereich der Fahrzeugentwicklung (ET) von BMW gibt es eine neue Gleitzeitregelung. Der Betriebsrat veröffentlicht folgende Informationen: „Es wurde vereinbart, im Bereich ET befristet für ein Jahr vom 1. 1. 1992 bis 31. 12.

1992 das neue Gleitzeitmodell einzuführen und zu testen. Basis dieser Vereinbarung ist die Gleitzeitregelung vom 9. 7. 1985 mit folgenden abweichenden Regelungen.

Rahmenarbeitszeit: 6.30 — 19.00 Uhr (bisher 7.00 — 18.00 Uhr)

Kernarbeitszeit: 8.30 — 14.30 Uhr (wie bisher)

Ausgleichszeitraum: 6 Monate. 1. Halbjahr: Januar — Juni; 2. Halbjahr Juli — Dezember (bisher 1 Monat)

Übertragbarkeit von Gleitzeitguthaben am Ende des Ausgleichszeitraumes: +/- 40 Stunden (bisher +/- 8 Stunden)

Gleittage im Ausgleichszeitraum: unbegrenzt, ganze Gleittage oder einzelne Stunden der Kernarbeitszeit (bisher 1 ganzer Tag oder 2 halbe Tage)

Vergütung des Gleitzeitguthabens: 50 % Zuschlag ab der 41. Stunde nach dem Ausgleichszeitraum, falls kein zeitlicher Ausgleich möglich

Vergütung von Mehrarbeit: grundsätzlich keine Mehrarbeit — Mehrarbeit als Ausnahme nur bei außergewöhnlichem Engpaß in Abstimmung mit Personalreferat und Betriebsrat, monatliche Vergütung (bisher nach Anordnung des Vorgesetzten in Abstimmung mit dem Betriebsrat, monatliche Vergütung)

Mitarbeitern und Führungskräften ist es gleichermaßen übertragen, die eigenen Wünsche und die betrieblichen Belange in Einklang zu bringen ... Sollte sich diese neue Gleitzeitregelung bewähren, wird der Geltungsbereich ... auf alle Arbeitnehmer in Gemeinkostenbereichen ausgedehnt ...

Werden sich die in die neue Regelung gesetzten Erwartungen erfüllen? Die Befristung der Vereinbarung zeigt, daß der Betriebsrat Zweifel hat trotz überwiegend positiver Kommentare aus der Belegschaft.

Im Bereich der Datenverarbeitung hat es schon ein derartiges Pilotprojekt gegeben. Dort wurde der Versuch nach kurzer Zeit abgebrochen, weil die Kollegen die ganze Rahmenarbeitszeit (6.30 — 19.00 Uhr) durchgearbeitet haben.

Im Entwicklungsbereich gibt es viele extrem teure CAD-Arbeitsplätze. BMW spekuliert darauf, dort stillschweigend Arbeit in zwei Schichten durchzusetzen.

Freizeitausgleich für zuviel geleistete Arbeit ist auch mit dem gültigen Manteltarifvertrag möglich. Nur sind es dann Überstunden mit Zuschlägen, die jetzt entfallen. Bisher hat BMW jedoch meist erfolgreich Freizeitausgleich für Überstunden verhindert und so den Manteltarifvertrag unterlaufen.

Die Möglichkeiten der Firma, gegenüber den Beschäftigten „betriebliche Belange“ durchzusetzen, sind groß. Die neue Gleitzeitvereinbarung ändert daran nichts. Damit steht aber die angestrebte und von vielen gewünschte Zeitsouveränität auf wackeligen Füßen. — (mu)



Köln. Gegen den von der SPD und CDU eingebrachten Stadthaushalt und gegen die Stellenstreichungen in der Stadtverwaltung protestierten am 28. November 400 Leute. Die ÖTV und ein Aktionsbündnis hatten mobilisiert. Auf der Kundgebung vor dem Rathaus sprach u.a. die Vorsitzende der ÖTV Dr. Monika Wulf-Mathies. — (jöd)

Aus Ländern und Gemeinden

Brauerei - Tarifabschluß mit acht Prozent mehr Lohn

Karlsruhe. Am 30. 11. einigten sich die Brauereiunternehmen und die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) auf Tarifierhöhungen von 7,03 % vom 1. 10. bis 31. 12. 1991 und 8 % ab 1. 1. 1992. In einer Urabstimmung muß das Ergebnis bestätigt werden. Die NGG hatte elf Prozent gefordert. Vorausgegangen waren drei Verhandlungsrunden, wo die Unternehmen 7 % angeboten hatten. Nach der dritten Verhandlung in Karlsruhe am 18. 11. hatte die Tarifkommission die Verhandlungen für die rund 6 800 Brauereibeschäftigten einstimmig für gescheitert erklärt und die Urabstimmung für Streik beschlossen. Die Verhandlung war von Warnstreiks begleitet. U.a. demonstrierten 150 Beschäftigte der Karlsruher Brauereien Hoepfner und Moninger am 18. 11. vor dem Verhandlungsort. Nach der Urabstimmung begann am 29. 11. der Streik bei den Stuttgarter Brauereien Dinkelacker, Hofbräu und Schwabenbräu sowie der Mannheimer Eichbaum-Brauerei. Mit Beginn der Frühschicht streikten rund 1 000 Beschäftigte. Die Produktion und die Auslieferung wurden lahmgelegt. — (rub)

Grüne für Integration behinderter Schüler

Stuttgart. Die baden-württembergische Landtagsfraktion der Grünen fordert in einem neuen Gesetzesentwurf den gemeinsamen Schulunterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern. Die Eltern sollen entscheiden können, ob ihr Kind eine Regelschule besuchen kann oder in einer Sonderschule betreut werden soll. Bisher werden solche Bestrebungen nach Integration vom Kultusministerium behindert. Wegen einer vom Sozialamt finanzierten stundenweisen Betreuungskraft, die in der Klasse unterstützen soll, darf ein behindertes Kind, das dazu in der Lage wäre, nicht in der Regelschule verbleiben. Der Grund: Wenn eine solche Betreuung nötig sei, dann sei das Kind in der Sonderschule besser aufgehoben. — (unb)

Drei Tornado-Abstürze in drei Wochen, drei Tote

Schleswig. Anfang November sind zwei Tornado des MFG1 bei einem Routine-Nachtflug im norwegischen Luftraum abgestürzt. Drei Piloten konnten sich im Notschlauchboot retten. Einer konnte zwei Stunden später aus dem Wasser geborgen werden. Er verstarb kurz darauf in einem dänischen Krankenhaus an Unterkühlung. Die Leine zum Rettungsschlauchboot war gerissen. Sie soll 1,5 Tonnen plus 200 % Sicherheit haben. Außerdem waren in allen vier Überlebensanzügen Wasser. Das Material soll eigentlich im Wasser aufquellen und somit das Wassereindringen verhindern. Nach bisherigen Erkenntnissen der dänischen Rettungsmannschaft waren Schlauchbootleine wie Überlebensanzüge nicht funktionsfähig. Offensichtlich wird das Material nach einiger Zeit spröde und brüchig. Knapp drei Wochen später stürzte eine Maschine vom Jabo-Geschwader 63 die Nordsee ab. Luft-Boden-Übungsschießen wurde veranstaltet. Vom Kampfbomber sind Notsignale aufgefangen, die Schleudersitze funktionierten aber nicht. Beide Piloten kamen ums Leben. Bisher sind 15 Tornado abgestürzt. — (ale)

Aktionen zum Welt-Aids-Tag 1991

Stuttgart. Gut 50 Leute protestierten am 28. 11. mit Fackeln und Transparenten gegen die Finanzkürzungen im Aidsbereich, die zu wachsender Isolation und Diskriminierung von Menschen mit HIV und Aids, zum Zusammenbruch der häuslichen Versorgung der Erkrankten, zum Wegfall der Aids-Beratungsstelle und ihrer Angebote führen werden. Mit dieser Aktion, Infoständen und einem Fest wider Aids sollten „Schwule, HIV-Positive, Aids-Kranke und alle solidarischen Mitmenschen“ ermutigt und die Forderung nach Sicherung der beiden Stellen der Stuttgarter Aidshilfe und auch z.B. nach Beratung an den Schulen durch die Aidshilfe bekräftigt werden. Bis Weihnachten sind dazu jeden Samstag Informationsstände in der Innenstadt geplant. — (evc)

Rassistische „Wissenschaft“ an der Uni Vechta

Vechta. Erneut hat sich die Universität Osnabrück von dem am Standort Vechta lehrenden Soziologen Prof. Dr. Robert Hepp distanziert. Hepp prognostiziert eine Krise des Parlamentarismus, wenn sich keine Mehrheit für die Änderung von Art. 16 GG finde. Die SPD agiere in dieser Frage wie eine „Ausländerpartei“. Diese öffentlichen Äußerungen Hepps hatten zur zweiten Distanzierung der Hochschule seit 1985 geführt. Hepp bietet im WS 1992/1993 Veranstaltungen zu den Themen „Sozialparasitismus“ und „Die Lehre vom gerechten Krieg und die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff“ an. — (jot)

Truppenübungsplatz soll erweitert werden

Soltau. Seit Jahren wehren sich Einwohner des Ortes Breloh, der zur Stadt Munster gehört, gegen die Erweiterung des Truppenübungsplatzes. Mit dieser Erweiterung werden Freizeitmöglichkeiten in der umgebenden Natur für die Breloher noch mehr eingeschränkt. Die Lärmbelastung, so fürchtet Gerhard Kram von der Bürgerinitiative Breloh (BIB), die wegen der beabsichtigten Erweiterung 1986 gegründet wurde, „wächst weiter“. Nachdem der von der CDU mit absoluter Mehrheit beherrschte Stadtrat der teilweisen Nutzung der Flächen durch die Bundeswehr zugestimmt hatte, rief die BIB den Petitionsausschuß des Bundestages an, um die Vereinbarung zu verhindern. Der Petitionsausschuß hielt die Erweiterung der militärischen Übungsfläche „... nicht (für) notwendig und zeitgemäß ...“ und erklärte, daß mit einer solchen Maßnahme „... mit einer weiteren Belastung der Bevölkerung durch militärischen Lärm zu rechnen“ sei. Über diese Petition setzte sich das Bundesverteidigungsministerium jetzt einfach hinweg. „Nachdem nun feststehe, daß die Kampftruppenschule 2 und die Truppenteile der Panzerlehrbrigade 9 in Munster erhalten bleiben, würden diese Flächen ... für die infanteristische Ausbildung benötigt“. Die Oberfinanzdirektion sei bereits „angewiesen, mit der Stadt Munster die Nutzungsvereinbarung über die Fläche 11c abzuschließen ...“. Die BIB, deren Vorsitzender Kram Eigentümer von der Bundeswehr beanspruchter Gebiete ist, sowie die SPD Munsters haben bereits ihren weiteren Widerstand angekündigt. — (hei)

Breite Ablehnung der Deregulierung

DGB Freiburg / Emmendingen und Ortenau veranstalten Diskussion mit CDU-MdB Haungs

Emmendingen. Der Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Emmendingen/Ortenau/Breisgau-Hochschwarzwald, Rainer Haungs (CDU), hatte auf Anfrage des DGB, Kreis Freiburg/Emmendingen, bereits am 30. 8. 1991 in einem Schreiben an den Kreisvorsitzenden, Peter Dreßen, unverblümt seine Befürwortung zentraler Forderungen der Deregulierungskommission zum Ausdruck gebracht:

„Sehr geehrter Herr Dreßen, im Gegensatz zu Ihren Vorstellungen halte ich die meisten Vorschläge der Deregulierungskommission für geeignet, die Dynamik in einer sozialen Marktwirtschaft zum Vorteil aller Beteiligten zu verstärken.“

Die Beschränkung des Wettbewerbs am Arbeitsmarkt durch Tarifautonomie, Bestandsschutz der Arbeitsverhältnisse und Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit ist zu weitgehend und mitverantwortlich für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit der letzten Jahre.

Eine verstärkte Dynamisierung gilt sicherlich auch für Abweichungen vom Tarifvertrag in Notfällen und die Zulassung befristeter Arbeitsverträge. Auch die gewerksmäßige, legale Arbeitnehmerüberlassung sehe ich als in unserer Wirtschaftsordnung passend und keineswegs „sozialschädlich“ an.

Das Vermittlungsmonopol der Arbeitsämter ist — wie jedes andere Monopol — nicht das Optimum bei der Organisation des Arbeitsmarktes. Ich sehe in den Vorschlägen der Kommission eine Verbesserung, ähnlich wie bei den Vorschlägen der Arbeitszeitordnung.

Die Handwerksordnung in der heutigen Form ist auch in meinen Augen reformbedürftig. Da ich, wie Sie wissen, beruflich aus dem Handwerk stamme, habe ich genaue Vorschläge hierzu, die sich zum Teil mit denen der Kommission und zum Teil auch mit denen des DGB decken.“

Am 4. 11. 91 hatten nun die DGB-Kreisvorstände Freiburg/Emmendingen und Ortenau nach Herbolzheim sowohl Herrn Haungs als auch Funktionäre aller Einzelgewerkschaften eingeladen, der Saal platzte mit an die 150 Teilnehmern aus allen Nähten.

Angesichts der eindeutigen Frontstellung: Haungs gegen den Rest der Versammlung, versuchte der CDUler seine arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Auslassungen als Wolf im Schafspelz zu präsentieren: Er sei schon immer ein „Befürworter der Gewerkschaften und der Tarifautonomie“ und ein „Vertreter von Arbeitnehmerinteressen“ gewesen, allerdings sei letzteres „interpretierbar“.

Was dann von Haungs kam, waren nüchtern und offen ausschließlich Kapitalinteressen: Kurz zusammengefaßt, Deregulierung sei notwendig, um „denjenigen Vorteile zu verschaffen, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden“. Deshalb müßten Betriebe in „Notfällen“ unter Tarif einstellen, deshalb müßte die befristete Zulassung von Ar-

beitsverträgen auf 36 Monate ausgedehnt werden, deshalb müßten vom Konkurs bedrohte Belegschaften „z.B. mal auf Weihnachts-, Urlaubsgeld oder Lohnerhöhung verzichten“. Das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit müsse einer gewissen Konkurrenz privater Arbeitsvermittler ausgesetzt werden, schließlich „sei der Arbeitsmarkt zwar ein besonderer Markt, weil es um Menschen gehe, aber letztlich dennoch auch ein Markt“!

Die Empörung und Ablehnung im Saal machte sich in sehr vielen verschiedenen Redebeiträgen aus ganz verschiedenen Branchen und Erfahrungsbereichen Luft. Vor allem Kollegen, die bereits die Haungs'schen „Notfälle“ am eigenen Leib erfahren hatten, wie z.B. von Rothhändler Lahr oder Bauknecht Calw, schilderten eindringlich, daß Verzicht von Belegschaftsseite sich in keinem Falle auszahlt, im Gegenteil trotzdem Entlassungen, Verlagerungen oder Stilllegungen und oft genug satte Gewinntransfers auf Schweizer Konten seitens der Geschäftsführung stattgefunden hätten.

Die Betriebsräte von Rothhändler waren besonders wütend auf den „Volksvertreter“ Haungs: Sie hatten in einem Brief an ihn gegen seine Position zur Deregulierung Stellung genommen. Daraufhin entblödete sich Haungs nicht, sich bei der Rothhändler-Geschäftsleitung über den Betriebsrat zu beschweren! Was zu verschiedenen Schikaneversuchen der Geschäftsleitung gegenüber dem Betriebsrat führte — offener geht die Kumpanei wohl kaum noch!

Aus den zahlreichen Beiträgen, die die Vorschläge der Deregulierungskommission als Generalangriff auf Rechte der Gewerkschaften, Betriebsräte, ja der Lohnabhängigen überhaupt angriffen, noch einige Beispiele:

Der IG-Metall-Bevollmächtigte von Freiburg, Spieß, erklärte, keine müde Lohnmark habe je einen Arbeitsplatz im Konkursfall gesichert. Nicht die „hohen Löhne“ seien Schuld am Konkurs, sondern unternehmerisches Fehlverhalten. Wenn die Deregulierungsmaßnahmen Gesetz würden, werde die tägliche Erpressung im Betrieb: „Wenn's Dir nicht paßt, draußen stehen genügend Arbeitslose!“ legalisiert. Spieß wies darauf hin, daß der Zweck dieses Abends nicht sei, Herrn Haungs abzufragen, sondern Maßnahmen zur Verhinderung von Gesetzesmaßnahmen, mittels derer die Deregulierung durchgesetzt werden sollen, einzuleiten.

Mehrere Kollegen betonten, daß man auf Verhältnisse wie z.B. in England, wo die ersten beiden Monatslöhne nach Wiedereinstellung erstmalig an den privaten Arbeitsvermittler gehen müßten, verzichten könne! Durch Leiharbeit und Arbeitsförderungsrecht sei das Monopol der staatlichen Arbeitsvermittlung ja bereits aufgeweicht. Die beabsichtigte Verlängerung der befristeten Arbeitsverträge werde zu nichts anderem führen, als daß die betroffenen Kollegen

und Kolleginnen 36 Monate lang „die Schnauze halten müßten“.

Ein Personalrat aus dem öffentlichen Dienst zeigte anhand der bereits stattfindenden und durch Änderung der Gemeindeordnung in Baden-Württemberg verschärft geplanten Privatisierung auf, daß die sogenannte „Sicherheit der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst“ schon lange nicht mehr wahr ist: Fremdfirmen kämen zunehmend zum Einsatz, in denen ohne jegliche Tarifverträge beschäftigt würde.

Ein Betriebsrat der IG Medien von Göppert, Waldkirch, machte deutlich, daß das einzige Mittel, wodurch beim Göppert Einstellungen erzwungen worden seien, die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit gewesen sei. 90 % der Arbeit der Personal- und Betriebsräte bestände doch schon heute darin, die ständigen Verstöße gegen Gesetze und Tarife von Kapitalseite zu bekämpfen. Dagegen bestände „Regulierungsbedarf“, nicht jedoch auf Seiten der Arbeitnehmerrechte! Was die Arbeitsplätze gefährde, seien gerade die Konkurrenzbetriebe, in denen unter Tarif bezahlt werde, in denen es nicht einmal Betriebsräte gebe!

Fazit: Es mangelt nicht an Klarheit über die weitreichenden Absichten und Auswirkungen der Deregulierungsvorschläge auf Seiten der Gewerkschafter, es mangelt eher an einer erfolgversprechenden Strategie zur Verhinderung der drohenden Gesetzesmaßnahmen. Die mehrfach geäußerte Drohung, „seine Befürworterposition werde Herrn Haungs die über 50 Prozent im Wahlkreis kosten“ wirkte etwas hilflos. Woraufhin Haungs auch zwei Tage nach der Veranstaltung ziemlich frech in der *Badischen Zeitung* verkündete, „daß diese Thematik nicht einmal mit einem Prozentpunkt die Wahl beeinflussen werde“. Wirksamer wird schon sein, die Widerstandspositionen in den Betrieben öffentlich zu verbreitern und die Angriffe z.B. auf die Karenztage im Krankheitsfall umzudrehen in Angriffe auf die krankmachenden Arbeitsbedingungen, wie es die IG Metall vorgeschlagen hat.

Spannend ist aber auch die Frage, ob der gewerkschaftliche Druck ausreichen wird, um eine parlamentarische Opposition in eindeutige Frontstellung gegen geplante Deregulierungsgesetze zu bringen. Denn die SPD hätte über ihre Bundesratsmehrheit sehr wohl die Möglichkeit, die dann notwendig werdenden Gesetzesänderungen zu blockieren. Von einem etwaigen Deregulierungsgesetz wären auf jeden Fall das Tarifvertrags-, Beschäftigungsförderungs-, Kündigungsschutz-, Schwerbehinderten-, Betriebsverfassungs-, Arbeitnehmerüberlassungs-, Arbeitsförderungs-, Arbeitszeit-, Ladenschlußgesetz sowie das Bürgerliche Gesetzbuch und die Gewerbeordnung betroffen. Es ist anzunehmen, daß in einer Reihe von Fällen Zustimmungspflicht des Bundesrates besteht. — (mab)

„Interessantes soziales Experiment“

Grüne schließen im Landkreis Ludwigshafen eine Koalition mit CDU und FDP

Landkreis Ludwigshafen. Im Kreistag Ludwigshafen hat die Fraktion der Grünen eine schriftliche Koalitionsvereinbarung mit CDU und FDP geschlossen. Mit den Stimmen dieser drei Fraktionen wurde am 18. 11. 91 gegen den Kandidaten von SPD und FWG der CDU-Kandidat Bartholomä zum Landrat auf zehn Jahre gewählt; je ein Beigeordneterposten wird durch Grüne (stv. Landrat), CDU und FDP besetzt. Die Wahl des Landrats durch den Kreistag war durch Bartholomä selbst eingeleitet worden. Er hatte als bisheriger Landrat den Status eines Landesbeamten; durch seinen Rücktritt hatte er die Wahl eines Landrats als kommunaler Beamter erst ermöglicht. Seine Wiederwahl war der CDU immerhin auch eine Koalition mit den Grünen wert.

In der Koalitionsvereinbarung der drei Fraktionen findet sich einleitend der Satz: „In den Grundfragen der Kommunalpolitik besteht Übereinstimmung“. Eine weitreichende Feststellung, zumal sich Bartholomä unmittelbar nach seiner Vereidigung ausdrücklich dafür aussprach, die Ebene Landkreis „weiterhin

als untere staatliche Behörde“ zu verstehen und den „kommunalen Aspekt nicht zu sehr in den Vordergrund“ zu rücken. Schon diese grundsätzliche Feststellung steht im Gegensatz zu den vielfältigen Bemühungen der Partei der Grünen um mehr kommunale Rechte gegenüber zentralstaatlicher Macht.

Die Kreistagsfraktion der Grünen hatte zuvor ihre Koalition mit SPD und freien Wählern wegen eines Streits um Zahl, Besetzung und Ausstattung der Beigeordnetenstellen verlassen. Im Verlauf des Koalitionswechsels war es zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Kreisverbandes der Grünen gekommen. Der Mißbilligungsantrag eines Ortsverbandes wurde auf der Kreismitgliederversammlung mehrheitlich abgelehnt. Ein Mitglied der Kreistagsfraktion wollte das neue Bündnis nicht mittragen, trat aus der Fraktion aus und führte im Vorfeld der Landratswahl Gespräche mit der SPD; gegen ihn hat sein Ortsverband ein Parteiausschlußverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens angekündigt, der SPD wird in diesem Zusammenhang „klare Beste-

chung“ vorgeworfen. Mit letztendlich doch großer Einmütigkeit hat eine Kreismitgliederversammlung dann aber mit Willi Tatge (ex-MdB) mit 28 Stimmen der 35 Anwesenden einen Kandidaten für die Wahl zum Beigeordneten nominiert und damit auch die personellen Voraussetzungen für die Koalition geschaffen. Diese bezeichnet Tatge als „interessantes soziales Experiment“. Denn die „alte Beton-Chemie-Riege“ der SPD — „die muß weg“. Gemeint ist die enge Verflechtung zwischen der IG Chemie Ludwigshafen und Partei SPD sowie der von dieser gestellten Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Ludwigshafen und Umland. An Verflechtungen mangelt es der CDU denn nun allerdings auch nicht. So verlor der mit den Stimmen der Grünen gewählte CDU-Landrat gerade in diesen Tagen seinen bisherigen persönlichen Referenten an die BASF. Er wird dort tätig, wo seine Kenntnisse und Verbindungen dem Konzern am meisten Nutzen bringen: in der Abteilung Behördenverkehr.

Quellen: *Tagespost Speyer*, div. Ausgaben — (sth)

Der Artikel in der Ausgabe 35/91 — „Es geht um unsere Ehre“ — bezieht sich im großen und ganzen allein auf die Aussage des an der Charité beschäftigten Anästhesisten Dr. Krausch. Nach ihm sind im Jahre 1988 vier schwerkranke Patienten kurz nach ihrer Verlegung in die Charité gestorben. Die Verlegung sei nur deswegen erfolgt, damit die Patienten unmittelbar nach ihrem Tod als Organspender zur Verfügung stehen sollten.

Diese Behauptungen prüfte der Spiegel anscheinend nicht nach, sondern nahm sie zum Anlaß, eine Hetzkampagne gegen die Charité anzuzetteln: „Die Anstaltsmediziner beteiligten sich gegen jede Ständesregel auch an Menschenversuchen und gingen leichtfertig mit dem Leben von Patienten um ... Weil sie Organspender brauchten, nahmen Ärzte der Charité den Tod von Schwerkranken in Kauf, die aus allen Teilen der Republik in das Universitätsklinikum gebracht wurden ...“

Diese Vorwürfe, verbunden mit kritikloser Aufzählung von angeblichen Sachverhalten, führten zu einer beispiellosen diffamierenden Pressekampagne gegen ein Gesamtklinikum. Es folgten weitere Anschuldigungen (siehe Dokumentation), die mit der Kriminalisierung der Charité bzw. der ganzen Ost-Medizin ihren Höhepunkt erreichten.

Bild-Berlin hetzte unter dem Titel „Charité — die Horror-Klinik“ und behauptete, Charité-Ärzte hätten gemordet. Karsten Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer, erklärte, daß bei der Ärzteschaft „in Analogie zur Entnazifizierung eine Entsozifizierung“ in Ostdeutschland nötig sei. (Süddeutsche Zeitung, 29.8.91) Ellis Huber, Präsident der Berliner Ärztekammer, sprach von „der Spitze eines Eisberges“ und scheute sich nicht, Vergleiche zur Nazi-Zeit zu ziehen. (Süddeutsche Zeitung, 29.8.91)

Erst Anfang des Jahres hatte der Spiegel unter anderem die Charité der Arzneimittelversuche an ahnungslosen Patienten bezichtigt. Zu Unrecht, wie die Vorsitzende der zur Prüfung dieser Behauptung eingesetzten Kommission am 11. September 1991 mitteilen konnte (siehe Dokumentation).

Es steht außer Frage, daß Aussagen wie die von Dr. Krausch unbedingt auf

Charité: Zerstörung des DDR-Gesundheitswesens

Zum zweiten Mal in diesem Jahr hat das Nachrichtenmagazin Der Spiegel schwere Anschuldigungen in bezug auf die Patientenversorgung gegen das Klinikum der Humboldt-Universität, die Charité in Ost-Berlin, erhoben. Parallel hierzu werden laufend Presseberichte über „Stasi-Enttarnungen“ unter dem leitenden ärztlichen Personal veröffentlicht, dem in der Folge meist auch gekündigt wird. Systematisch wird der Ruf der Charité ruiniert. Bleiben die Patienten aus, läßt es sich leichter Betten abbauen.

ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft werden müssen. Aber angesichts der diffamierenden Vorgehensweise gegen das größte Universitätsklinikum der ehemaligen DDR stellt sich die Frage, ob hier das Interesse an Aufklärung von Einzelfällen im Vordergrund steht, oder ob nicht vielmehr versucht wird, in der Öffentlichkeit gezielt eine Akzeptanz für die Zerschlagung von Strukturen des Ost-Gesundheitswesens zu schaffen.

Nachdem die Abwicklung des ambulanten Bereichs, nämlich der Polikliniken, sichergestellt ist, wendet man sich nun dem stationären Sektor zu.

Gegenwärtig gibt es in Berlin drei Universitätskliniken: Steglitz und das Klinikum Rudolf Virchow (UKRV) der Freien Universität (FU) im Westteil Berlins und die Charité der Humboldt-Universität im Ostteil.

Ende August nun beschloß die Berliner Regierung, von der Senatsverwaltung für Gesundheit prüfen zu lassen, ob in Zukunft nicht auf eine der drei Universitätskliniken verzichtet werden könne. Die Maßnahme eines solchen Prüfungsauftrages wurde mit der zu teuren Sanierung aller drei Krankenhäuser begründet. Daß jede der Universitätskliniken unterschiedliche Schwerpunkte in der Medizin aufweist, daß der Bedarf an Betten der fast Vier-Millionen-Stadt Berlin nicht gesunken ist, steht hierbei, wenn überhaupt, nur sekundär zur Diskussion. Fest stand, daß jeder Universität ein Klinikum erhalten bleiben sollte. Die Frage war nur noch, welche Klinik

abbauen muß? Grundsätzlich sprach Senator Erhardt von mehreren Möglichkeiten: Entweder müßten zwei Kliniken zusammengelegt werden, oder eine würde in ein städtisches Krankenhaus zurückgestuft. Dies sollte bis zum 8. Oktober entschieden werden.

Doch schon am 10. September konnte die Finanzverwaltung des Berliner Senats einen Vorschlag zur konkreten Verfahrensweise vorlegen. In einem vertraulichen Schreiben des CDU-Finanzsekretärs Strauch an den Sekretär des Gesundheitswesens im Senat wird die Charité zur Disposition gestellt. So soll Steglitz das Universitätsklinikum der FU bleiben, und der Humboldt-Universi-

sität wird das UKRV mit neuem Namen, Charité-Rudolf-Virchow, angegliedert. Da verwundert es nicht, daß die Stellungnahmen der Direktoren von Steglitz und UKRV und der Vorschlag des SPD-Sprechers Roß erstaunliche Parallelen mit dem Schreiben von Strauch aufweisen (siehe Dokumentation). Nur Dr. Mau, Dekan der Charité, sprach sich kompromißlos für den Erhalt der drei Universitätskliniken aus.

Warum die Charité? Sie genießt internationales Ansehen in der medizinischen Forschung und Lehre und ist unumstritten eine Bereicherung für die Berliner Hochschullandschaft, so der Wissenschaftsrat. (Berliner Zeitung,

25.9.91) Die Charité ist nicht nur eine der beiden größten Kliniken in Berlin, sondern von ihrer inneren Struktur diejenige, die den höchsten Standard in Bezug auf das Verhältnis von Patienten zu Ärzten und von Patienten zur Anzahl der Betten aufzuweisen hat. Diese Tatsache steht stellvertretend für den sozialen, humanistischen und nicht kommerziellen Charakter der Medizin in der DDR.

Der Vorschlag, die Charité zur Disposition zu stellen, führte zu Diskussionen in der Presse und zu heftigen Protesten der Beschäftigten der Charité.

Ende September distanzierte sich die SPD von ihren Fusionsplänen von UKRV und Charité (Völkischblatt Berlin, 27.9.91). Somit gab es für die Zusammenlegung keine Mehrheit mehr im Berliner Parlament. Am 8. Oktober fällt der Senat folgenden Beschluß: In der Stadt Berlin bleiben die drei Universitätskliniken erhalten, aber allen werden Sparmaßnahmen auferlegt. Obwohl der Wissenschaftsrat empfahl, zumindest bei der Charité ca. 1.600 Betten zu erhalten, beschloß der Senat eine Normgröße zwischen 1.300 und 1.400 Betten für jede der Kliniken. Hierbei hätte die Charité mit am meisten zu streichen, und somit wäre ihr früherer Standard vermutlich zerstört. Der Kampf wird also weitergehen. — (bmb, irs)

(Mit Genehmigung der Autorinnen leicht verändert und gekürzt Beitrag aus dem Informationsdienst Gesundheitspolitik Nr. 25/91 — har)

Dokumentation: Die Pressekampagne

März 1991:

Das Nachrichtenmagazin Der Spiegel behauptet, Ärzte der Charité hätten Medikamentenversuche an „ahnungslosen“ Patienten vorgenommen.

Gegendarstellung:

Am 11. September kann Ruth Mattheis, Vorsitzende der Überprüfungskommission, folgendes Ergebnis mitteilen: „Wir haben keinen Anhalt gefunden, daß grundlegend andere Maßstäbe oder Vorgehensweisen als in der alten Bundesrepublik zur Anwendung kamen. Im Gegenteil, in der ehemaligen DDR hätte ein strengeres Gesetz gegolten, das beispielsweise keine Tests an Ausländern zulasse oder Kinder und Jugendliche von den ersten Prüfphasen ausschließe.“ (Berliner Zeitung, 12.9.91).

August 1991:

Der Spiegel erhebt erneute Anschuldigungen gegen die Charité. „Weil“ sie Organspender brauchten, nahmen Ärzte der Charité den Tod von Schwerkranken in Kauf ...“ Der Dekan der Charité soll behauptet haben: „... hat die Stasi ... die gesamte Nierentransplantation gesteuert, finanziert und organisiert ...“ Prof. Althaus, seit 1989 Chef der Urologischen Abteilung, wurde aufgrund der angeblichen Stasi-Mitarbeit am 22. Juli 1991 fristlos entlassen.

Gegendarstellung:

Am 5. September erklärt die Thüringer Ärztekammer, der Transport des Schwerkranken aus Suhl im Dezember 1988 sei vertretbar und zumutbar gewesen. Das Geraer Klinikum hat Beweise dafür, daß der Tod der Patientin schon vor ihrem Transport in die Charité eingetreten war. (Tagesspiegel, 4.9.91) Professor Mebel, bis Ende 1988 Chef der Urologischen Abteilung in der Charité, weist die Vorwürfe entschieden zurück, auch für die Zeit seines Nachfolgers Althaus (Neues Deutschland,

28.8.91). „Der Vorwurf der Stasi-Mitarbeit gegen ... Prof. Althaus ... ist ... offensichtlich auf eine Fälschung zurückzuführen. Die Anwälte des Mediziners legten dem Berliner Arbeitsgericht gestern ein psychologisches Schriftgutachten über Althaus' Unterschrift unter eine maschinenschriftliche Verpflichtungserklärung des MfS vor. In dem Gutachten heißt es, daß die fotokopierte Unterschrift deutlich auf eine Fälschung hinweise.“ (Tagesspiegel, 22.9.91)

Die Herzchirurgen geben folgende Stellungnahme ab: „Die Hirntoderklärung erfolgte entsprechend internationalen Regeln durch Ärzte, die nicht zum Transplantations-Team gehörten.“ (Tagesspiegel, 28.8.91) Ingrid Reisinger, Ärztliche Direktorin der Charité, erklärte, die Behauptung von Dr. Flemming sei falsch: „Flemming sei zwar von einem Operateur gedrängt worden, die nötigen Untersuchungen zur Hirntodbestimmung bereits als gemacht zu betrachten, habe dem aber nie nachgegeben.“ (faz, 29.8.91)

Bettenabbau in Berlin

August 1991:

„Der Berliner Senat erwägt, eines der drei Universitätsklinikum der Stadt zu schließen ... Begründung: Für die Sanierung der drei Häuser seien in den nächsten zehn Jahren 2,4 Milliarden Mark nötig.“ (Berliner Zeitung, 28.8.91)

September 1991:

Der CDU-Finanzsekretär Strauch stellt die Charité zur Disposition (Neues Deutschland, 25.9.91). Vorschlag des SPD-Sprechers R. Roß: „1. Reduzierung der Bettenanzahl an der Charité von jetzt rund 2000 auf 600, also um 70%. 2. Zuordnung der am Virchow-Krankenhaus fehlenden Grundlagenmedizin der Charité an das UKRV. 3. Abgabe der unprofitablen Psychiatrie des UKRV an die restliche Zwerg-Charité.“ (Neues Deutschland, 25.9.91)

Stellungnahmen der Chefs der Universitätskliniken:

Constantin Orfanos (UK Steglitz): „... vergleichbare Städte in Deutschland hätten drei oder mehr Universitätskliniken ... Sollte dennoch eine Reduzierung auf zwei Kliniken unumgänglich werden, ... nur eine Lösung mit einem Schwerpunkt Süd und einem in Mitte vorstellen. Ein ... Zentrum Süd könnte neben dem Klinikum Steglitz ... die Zahnklinik ... das Oskar-Helene-Heim ... zusammenführen.“ (Berliner Morgenpost, 15.9.91)

Bernhard Motzkus (UKRV): „Wenn Berlin jetzt sparen müsse, habe er Verständnis, daß vorübergehend nur zwei Universitätskliniken bestehen bleiben. Deshalb wäre eine Fusionierung mit der Charité denkbar ...“ (Berliner Morgenpost, 15.9.91)

Harald Mau (Charité): „Eine ... Stadt wie Berlin ... braucht drei Universitätskliniken ... könne er sich vorstellen ... einen Teil der 19 Kliniken und Institute ... umwandeln. Doch grundsätzlich dürfe die Existenz der Charité nicht in Frage gestellt werden ...“ (Berliner Morgenpost, 15.9.91)

„Drastischer Bettenabbau in Ost-Kliniken ... Von den nach der Wende vorhandenen 163.000 Betten in den Ost-Krankenhäusern sollen ... etwa 24.500 ausgedünnt werden. 33.000 wurden schon eingespart ... Der Ärzte-Verband Marburger Bund befürchtet ... ein Absinken auf weniger als 90 Betten pro 10.000 Einwohner.“ (Berliner Morgenpost, 25.9.91)

Ende September:

Die Beschäftigten der Charité führen drei Tage lang Protestaktionen durch. Am 27.9. eine Menschenkette um die Charité und am 30.9. einen Protestmarsch zum Roten Rathaus.

Oktober 1991:

Die SPD-Fraktion zieht ihre Fusionspläne zurück. Der Senatsbeschluß zur Bettenreduktion wird bekanntgegeben.



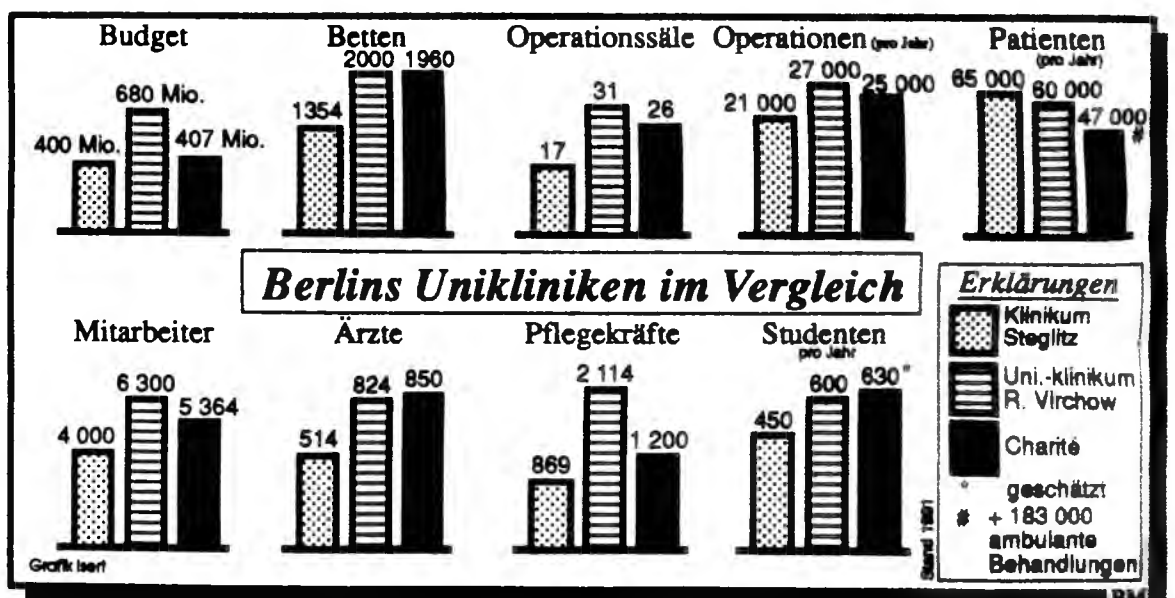
Kommentiert

Gibt es in Zukunft noch eine politische Kraft, die die DDR-Bürger in der Bundesrepublik Deutschland vertreten kann? Wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, offensichtlich nicht. Die durch sie eingesetzte sogenannte unabhängige Kommission zur Überprüfung der Parteivermögen der in der DDR agierenden politischen Parteien entwickelt eine eigenartige, mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht zu vereinbarende Logik. Die Kommission unterstellt, daß alle Mitglieder der SED zwangsrekrutiert wurden, ihre Mitgliedschaft und damit ihre Parteibeiträge erzwungen wurden. Entsprechend diese Argumentation den Tatsachen, dann müßte festgestellt werden, daß sich die Bundesrepublik Deutschland die Beiträge von Mitgliedern aneignen will, die von ihnen nicht freiwillig bezahlt wurden. Stünde die Bundesregierung wirklich auf dem Standpunkt, daß es sich um eine zwangsweise, d. h. widerrechtliche Maßnahme handelt, dann müßte sie, ihrer eigenen Logik folgend, das zu Unrecht erworbene Eigentum jedem

Mitglied zurückgeben. Der Ordnung halber könnte dasselbe Verfahren gelten, das für die Rückforderung von Eigentum in der ehemaligen DDR gilt.

Wenn es um die PDS geht, die als einzige politische Kraft der Gegenwart den Interessen der ehemaligen DDR-Bürger Gehör verschaffen kann, dann will die Bundesregierung mit einem Verwaltungsakt die PDS zum Aufgabenfeld zwingen, weil dieses Ziel mit politischen Mitteln wahrscheinlich nicht zu erreichen ist. Umgekehrt verhält es sich, wenn es darum geht, ehemaligen Mitgliedern der SED die Möglichkeit zu verweigern, im öffentlichen Dienst zu arbeiten. In diesem Fall geht die Bundesregierung nicht von einer Zwangsmitgliedschaft aus, sondern von der Freiwilligkeit. Zwangsmitgliedschaft würde bedeuten, daß es keine Rechtfertigung für die Verweigerung der Arbeit für SED-Mitglieder im öffentlichen Dienst gibt.

Der vielgepriesene Rechtsstaat hat offensichtlich im Umgang mit seinen eigenen Rechtsnormen nicht nur Probleme, es drängt sich auch der Verdacht auf, daß in diesem Staat nicht das geschriebene Recht gilt, sondern das, was die Bundesregierung für Recht hält. — (W., W.)



Die Enteignung der PDS droht

Unliebsame Opposition soll auf dem Verwaltungswege eliminiert werden

Auf kaltem Wege soll die PDS von der Bundesregierung ausgeschaltet werden, indem sie ihr ungeheure Schulden aufbürden will. Angesichts der tiefen Krise des Anschlußkurses und der Vorbereitung einer neuen deutschen Großmachtspolitik soll politischer Widerstand beseitigt werden. Was hat die Parteienkommission vor?

Nach der Sperrung aller Konten der PDS zum 1. September 1991, auch der Gelder aus Mitgliedsbeiträgen und Wahlkampfkostenrückerstattung ab 1990, soll nun die Vernichtung einer in freien Wahlen legitimierten Partei auf dem Verwaltungswege vollendet werden. Dazu wurden von der dem Bundesinnenministerium unterstehenden sogenannten Unabhängigen Parteienkommission Kriterien beschlossen, die Grundlage ihrer weiteren Arbeit sein werden.

Danach sollen alle Vermögenswerte eingezogen werden, die durch Zuweisungen der sowjetischen Besatzungsmacht, durch „Verletzung der Freiheits- und Eigentumsrechte Dritter“, unter „Ausnutzung der Führungsrolle der SED“ sowie der „Gewalt- und Will-

kürherrschaft“ in der DDR erworben wurden.

Gleiches soll für sämtliche Gewinne von Parteibetrieben sowie dem Großteil der Mitgliedsbeiträge gelten. Der „materiell-rechtsstaatliche Erwerb“ von Vermögen wird damit willkürlich definiert. Die Auswirkungen dieser Kriterien machte Gregor Gysi folgendermaßen deutlich: „Die Treuhand überweist bestimmte Beträge nur noch unter Vorbehalt. Dabei geht es ausschließlich um sogenannte Altpflichten, die aus Altvermögen zu bezahlen sind. Gemeint sind hier die Stipendien für ausländische Studentinnen und Studenten aus der Dritten Welt, die noch auf Einladung des ZK der SED in den neuen Bundesländern studieren, Löhne und Gehälter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die noch vor dem 7. Oktober 1989 eingestellt wurden oder in so wichtigen Bereichen wie dem Parteiarchiv und der Bibliothek tätig sind, die Rentenzahlungen, zu denen wir aufgrund der Versicherungsbeiträge ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Partei verpflichtet sind, und andere Kosten.“

In all diesen Fällen erklärt nun die

Treuhandanstalt, daß die Auszahlung unter dem Vorbehalt erfolgt, daß später eine Verrechnung mit jenem Vermögen stattfindet, das uns zurückgegeben werden muß, weil es materiell-rechtsstaatlich erworben ist. Mit Ausnahme der Stipendien wird darüber hinaus der Vorbehalt erklärt, daß dann, wenn das materiell-rechtsstaatlich erworbene Vermögen nicht ausreicht, der darüber hinausgehende Betrag gegen das Neuvermögen der Partei vollstreckt wird.

Nach den Kriterien der „Unabhängigen“ Parteienkommission ergibt sich, daß der PDS kaum Vermögen zurückgegeben werden würde. Eine Ausnahme könnten Immobilien bilden, die die KPD vor 1933 besaß und die ihr nach 1945 zurückgegeben wurden und dann in das Eigentum der SED eingingen. Der oben dargelegte Vorbehalt führt also dazu, daß diese wenigen Immobilien nach Freigabe zwangsversteigert werden, um aus dem Erlös die inzwischen angestiegenen Forderungen der Treuhandanstalt gegenüber der PDS zu befriedigen. Demzufolge würde dann zwingend z. B. das Karl-Liebknecht-Haus der PDS zwangsversteigert, ein Haus, in dem der Bundesvorstand der PDS sitzt und das die Nazis 1933 enteignet hatten. Außerdem steht schon jetzt fest, daß die Erlöse aus den Zwangsverkäufen dieser wenigen Immobilien niemals genügen, die ständig steigenden Forderungen der Treuhandanstalt zu erfüllen. Daraus wiederum ergäbe sich, daß die PDS mit dem Neuvermögen haftet und sofort vollständig überschuldet wäre.

Außerdem sollen diese Verrechnungen rückwirkend für alle wesentlichen Ausgaben seit dem 1.6.1990 angewendet werden. Das wäre auf Jahre und Jahrzehnte nicht bezahlbar.“

Die endgültige Entscheidung zu den Verrechnungsmodalitäten soll am 19. Dezember fallen.

Die Mitglieder und Freunde der PDS nehmen diese Angriffe nicht widerstandslos hin. Dabei geht es nicht vordergründig um die PDS, sondern um Auflehnung gegen den in diesem Land wuchernden Demokratieabbau, gegen die Versuche, linke Bewegungen auszuschalten. Widerstand und Solidarität sind dringend erforderlich.

Wolfgang Dennecke



21. November: Über 1000 demonstrierten vor dem Sitz der Parteienkommission gegen die Willkür von Kommission und Treuhand.

Politische Aufarbeitung oder Tribunal?

Auch unter diesem Motto hätte die wissenschaftlich-historische Konferenz der PDS zum Thema: „Die Sicherheitspolitik der DDR — zur Verantwortung der SED und zur Tätigkeit des MfS“ am 19. und 20. Oktober 1991 in Kleinmachnow bei Berlin stehen können.

Mit zwei Einführungsreferaten durch Mitglieder des Parteivorstandes der PDS (Prof. Michael Schumann und Prof. Jens-Uwe Heuer), sechs Beiträgen im Plenum, Diskussionen in Arbeitskreisen und Schlußbemerkungen des Vorsitzenden der PDS, Gregor Gysi, absolvierten die Teilnehmer ein inhalts- und arbeitsreiches Wochenende.

Unter verschiedenen Aspekten wurde dabei die Forderung politischer Kräfte, wie F. Schorlemmer oder Dr. W. Ullmann, nach einem „Politischen Tribunal“ zur Verurteilung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) bzw. der ganzen ehemaligen DDR als verbrecherische Einrichtungen beleuchtet.

Es herrschte Übereinstimmung, daß jede Form einer juristischen Bewältigung dieser geschichtlichen Epoche, ob als Tribunal oder in Form einzelner Gerichtsprozesse, nicht dazu beitragen wird, die historische Wahrheit für alle Beteiligten (in ihrer simplifizierten Form als „Opfer und Täter“) umfassend begreifbar zu machen.

Ob Tribunal oder Gerichtshof — das Recht würde auch weiterhin nur dem Rachefeldzug der Sieger unter Berufung auf den von Politikern und den Medien immer wieder angeheizten „Volkszorn“ dienen. Nur wenn die Betroffenen und die Beteiligten als aktive und gleichberechtigte Partner in politischen Veranstaltungen eine objektive Aufarbeitung dieser Epoche deutscher Geschich-

te vornehmen können, sind tragfähige Schlußfolgerungen für die zukünftige Gestaltung von Politik und Demokratie in diesem neuen Deutschland möglich.

Die Schwäche der Konferenz bestand darin, daß ein solches Forum nicht erreicht werden konnte und auch keine Konzeption erkennbar war, wie die PDS zukünftig diesem Anspruch gerecht werden will.

Referate und Diskussionen gaben viele Anregungen zur Untersuchung der historischen Wurzeln der stalinistischen und poststalinistischen Entwicklung der ehemaligen DDR. Die nach dem sowjetischen Modell geprägte fatalistische Geschichtsauffassung als gesetzmäßiger Sieger der Geschichte und die damit begründete Haltung zur Macht als von oben bestimmtes Mittel für die Durchsetzung angeblicher Klasseninteressen waren Kernpunkte der Auseinandersetzung mit der Sicherheitspolitik der SED und den darauf beruhenden Aktivitäten des MfS.

Neu und nicht für jeden sofort nachvollziehbar waren Argumente zu den psychologischen Wurzeln der Haltung führender Politiker des Realsozialismus, die, durch Verfolgung und Terror in der Zeit des Faschismus geprägt, daraus resultierende Verformungen ihrer Persönlichkeit vielleicht nie ganz überwinden konnten.

Unter verschiedenen Aspekten diskutierten die Teilnehmer das Problem des Rechtsstaates. Es bestand Übereinstimmung, daß rechtsstaatliche Grundprinzipien Errungenschaften der Zivilisation und damit unteilbar sind. Jeder in Vergangenheit und Gegenwart erkennbare Versuch ihrer Umdeutung, der Eingrenzung aus politischen Interessen, der Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung aus den Grundrechten muß histo-

risch verurteilt und praktisch abgewehrt werden.

Im Kernbereich des Rechtes hatte die DDR erhebliche Defizite, so daß sie nicht als Rechtsstaat bewertet werden kann. Aber sie deshalb pauschal als Unrechtsstaat zu kriminalisieren, wurde von den Teilnehmern ebenso abgelehnt.

An vielen Beispielen konnten auch die Defizite in der Rechtspraxis der Bundesrepublik nachgewiesen werden.

Nicht zuletzt die laufenden oder vorbereiteten Prozesse gegen ehemalige Mitarbeiter des MfS wegen ihrer nachrichtendienstlichen Tätigkeit für die DDR, die täglichen Praktiken der Geheimdienste der alten Bundesrepublik im Umgang mit ehemaligen Mitarbeitern des MfS, die massenhaften Berufsverbote gegen Bürger wegen ihrer Tätigkeit für die DDR sind ernstzunehmende Signale für alle, die an der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Demokratie in Deutschland interessiert sind.

Mit dieser Konferenz unternahm die PDS einen weiteren Schritt zur Bewältigung der von ihr angenommenen Aufgabe, eine politische Aufarbeitung der Geschichte der DDR zu erreichen. Sie muß es tun, da bisher nur sie als politische Kraft bereit und in der Lage ist, zu einem objektiven Bild auch zur Problematik SED und MfS beizutragen.

Weder die boulevardmäßige und kommerzialisierte Form der Aufarbeitung durch die Medien noch das von Siegermentalität geprägte Herangehen der Politiker in den alten und neuen Bundesländern tragen dazu bei, ein objektives Bild zu schaffen, wahre Schuldige an dieser Entwicklung zu finden und allen Beteiligten (in Ost und West!) ihre individuelle politisch-moralische Verantwortung klarzumachen. — (A.K.)

Kurz berichtet

Berufsverbote!

Gegenwärtig erhält eine größere Zahl von Lehrern in Sachsen ein Schreiben, das mit folgenden Worten beginnt:

„Sehr geehrte(r) Frau/Herr ... nach Anl. I Kap. XIX, Sachgebiet A, Abschnitt III Nr. 1 Absatz 4 Nr. 1 und 2 des Einigungsvertrages vom 31.8.1990 (BGBl 1990 II, S. 885) ist eine ordentliche Kündigung eines Arbeitsverhältnisses in der öffentlichen Verwaltung u. a. dann zulässig, wenn der Arbeitnehmer wegen mangelnder fachlicher Qualifikation oder persönlicher Eignung den Anforderungen nicht entspricht.“ Dann folgt nach dem Hinweis auf den Kündigungsstermin die folgende Begründung: „Sie waren von 19... bis 19... und von 19... bis 19... an der Schule in ... als ehrenamtlicher Parteisekretär tätig. Voraussetzung für diese Tätigkeit war, daß Sie sich in besonderem Maße aktiv für die Politik der SED eingesetzt haben. Aus diesem Grunde bestehen erhebliche Zweifel, ob Sie die Anforderungen zur Erziehung junger Menschen im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung glaubwürdig erfüllen können.“ — (sta)

PDS-Mitgliedschaft mit Richteramt unvereinbar?

Obwohl der Richterwahlausschuß für die Übernahme der Richterin Cathrin Junge aus Hohenschönhausen mehrheitlich votiert hat, wollen Dieppen und mit ihm die CDU-Senatoren sie nicht berufen. Die SPD-Justizsenatorin Limbach hatte im Richterwahlausschuß für die Bestellung gestimmt und wird von den anderen Berliner SPD-Senatoren unterstützt. Die Richterin hatte in der DDR vorwiegend im Familienrecht geurteilt und abweichend von der üblichen Praxis Frauen, die bereits Ausreisearträge gestellt hatten, das Sorgerecht für Kinder zugesprochen. Auch daß sie nach der Wende gegen die Wahl eines Richters, der gegenüber der Staats- und Parteiführung als loyal galt, in den Vorstand des DDR-Richterbundes protestiert hatte, wäre einer Berufung eher förderlich. Einzig die PDS-Mitgliedschaft der Richterin ist für Dieppen Hinderungsgrund. Das Vorgehen der CDU würde die PDS zur verfassungsfeindlichen Partei stempeln. Frau Junge will eine Untätigkeitsklage einreichen, insbesondere weil sie durch das Verhalten des Senats das Prinzip der Gewaltenteilung und der

Unabhängigkeit der Justiz verletzt sieht. — (chk)

Wissenschaftslandschaft neugestaltet: Entlassung

Das Amtsblatt Berlin Nr. 52 vom 8. November meldet: „Aufgrund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates werden die in der Vorlage an das Abgeordnetenhaus aufgeführten und in Berlin gelegenen Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR nicht über den 31. Dezember hinaus fortgeführt werden.“ Es folgen die Namen von 35 Instituten. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates beinhalteten etwas anderes. Detailliert hat er für alle Akademie-Institute Vorschläge zur Weiterführung, Übernahme an eine Universität, Aufnahme in die „Blaue Liste“ usw. unterbreitet. Für immerhin rund 4000 der derzeit noch knapp 8000 Beschäftigten hätte dies eine Perspektive bedeutet. Geschehen ist fast gar nichts. Wenn überhaupt, so haben Beschäftigte ABM-Verträge erhalten. Am 10.12. findet in Karlsruhe die Verhandlung über mehrere Klagen gegen Artikel 38 des Einigungsvertrages statt. Viele erhoffen vom Urteil ein Weiterbestehen ihrer Arbeitsverhältnisse. Das Arbeitsamt wird sich mit einem mobilen Büro zu den Akademie-Instituten begeben. — (har)

Personalabbau in der Kali-Industrie

Die seit März unter nds. Federführung tagende Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Neuordnung der deutschen Kali-Industrie sieht konzeptionell vor, die Zahl der Beschäftigten in Sachsen-Anhalt und Thüringen, wo Anfang 1991 noch 24000 Menschen in Kaliunternehmen arbeiteten, bis 1993 von derzeit rund 12000 auf 8500 zu senken. Im gleichen Zeitraum sollen in Niedersachsen und Hessen 1400 von 7400 Arbeitsplätzen beseitigt werden. Für dies Konzept votierten die beteiligten Kapitalvertreter der Kali und Salz AG (K + S) in Kassel, die Mitteldeutsche Kali AG (MdK) in Sondershausen und die Treuhandgesellschaft. Treuhandanstalt und IG Bergbau und Energie einigten sich auf einen Sozialplan mit einem Volumen von 260 Mio. DM für die MdK, K + S berappt rund 50 Mio. DM für den westdeutschen Sozialplan. Für 1400 Arbeitsplätze in Westdeutschland werden durchschnittlich 35700 DM Entschädigungsgelder aufgebracht, in der Ex-DDR sind für die insgesamt 15500 Entlassungen nur jeweils 16800 DM vorgesehen. — (mal)



Wegen angeblicher Stasi-Mitarbeit seit 1969 wurde der Rektor der Humboldt-Universität (HUB), Heinrich Fink, am 27.11. fristlos entlassen. Er erfuhr dies aus der Presse. Am 29.11. wurden die gegen ihn erhobenen Vorwürfe mit seinem Einverständnis in einer öffentlichen Veranstaltung von einem Vertreter der Gauck-Behörde vorgetragen. Es handelt sich um im wesentlichen aus verschiedenen Karteien und -karten rekonstruierte Behauptungen; die eigentliche Akte, die ihm zugeordnet wird (Deckname „Heiner“), ist leer. Fink hat sich beim Wissenschaftssenator unbeliebt gemacht, weil er sich gegen dessen ständige Einmischungen wehrte, teils gerichtlich, wie z. B. gegen die Abwicklung politisch mißliebiger Fachbereiche. Fink tritt für eine Erneuerung der Hochschule mit dem vorhandenen Personal ein, während der Wissenschaftssenator das Konzept befolgt: erst mal alle entlassen und die Stellen neu ausgeschrieben. Zur Humboldt-Universität gehört auch die Charité, die ebenfalls permanenten Angriffen ausgesetzt ist. Darüber hinaus kommt die Kündigung drei Wochen vor den Gremienwahlen und wird von vielen als Versuch angesehen, die Wiederwahl Finks zu verhindern. Fink erhält von vielen Seiten Unterstützung. Mit großer Mehrheit hat sich der Akademische Senat der HUB hinter Fink gestellt. Mehrere tausend Studenten und Beschäftigte zogen noch am selben Tag nach einer gut besuchten Vollversammlung vor die Gauck-Behörde. Weitere Kundgebungen fanden am 28.11. (siehe Bild) vor dem Rathaus Schöneberg und am 2.12. statt. Die Vollversammlung beschloß einen Warnstreik ab 28.11. Die PDS-Fraktion brachte einen Mißtrauensantrag gegen Wissenschaftssenator Erhardt im Abgeordnetenhaus ein. Fink betrachtet sich nach wie vor als Rektor der HUB im Amt, er wird gegen seine Entlassung als Hochschullehrer klagen. — (har)

Eine Hand voller Sterne

Rafik Schami, ein syrischer Schriftsteller, der seit 1965 in der BRD alte und moderne Märchen und Fabeln mit sozialkritischem Hintergrund verlegt, hat hier im Tagebuchstil einen lesenswerten Roman geschrieben.

Das Leben des 14jährigen Jungen in Damaskus wird vor allem bestimmt durch die Menschen, die in dieser Stadt der ständigen Putsche leben. Vor allem der alte Mann Salim, der seine Lebensweisheiten und Erfahrungen in Märchen vermittelt, spielt nicht nur in diesem Buch eine entscheidende Rolle. Auch durch seine in humorvolle Erzählungen verschlüsselten Ratschläge findet der Junge seinen Lebensweg.

Um diesen Lebensweg zu finden, dazu gehört die Auseinandersetzung mit der verhassten Arbeit in des Vaters Bäckerei ebenso wie das Leben auf der Straße, die den Kindern gehört, und das Leben in den Innenhöfen, in denen sich die Erwachsenenwelt abspielt. In diesen Vierteln scheint es nichts Verborgenes zu geben, denn hier kann kaum etwas verheimlicht bleiben. Und doch, das Tagebuch, das der Junge beschließt zu führen, weil er „ein Gedächtnis wie ein Sieb hat“, beweist, daß es hier doch Geheimnisse gibt. Der Junge entdeckt sein Geschick fürs Schreiben, und mit Freunden wird eine Zeitung erstellt, die Geschichten, Gedichte und Aufklärung gegen die Militärregierung mitteilen will. Probleme in der Erstellung und vor allem der Verteilung, erwischte werden bedeutet Gefängnis, werden gemeistert. Die Kinder, die das Leben der Straße kennen, kommen auf die geniale Idee, Socken zu verkaufen, in denen die Zeitungen stecken. Aber ungefährlich ist dies natürlich auch nicht, immer wieder sind neue Ideen gefragt. Der Stoff für die Zeitung geht nicht aus, die Kinder entdecken sie als gutes Mittel gegen die Militärregierung und geben trotz vieler Probleme nicht auf.

Rafik Schami, Eine Hand voller Sterne, Beltz-Verlag, ab 12 Jahre. — (unb)

Wird Feuer ausbrechen?

Dieses Buch von Hans-Martin Große-Oetringhaus über Südafrika und die Unterdrückung der schwarzen Menschen, die Apartheid, ist ein sehr spannendes Buch. Dieses Buch ist Dokumentation und Roman zugleich. Es handelt von Schulkindern, die gegen Afrikaans als offizielle Schulsprache demonstrieren. Die Kinder demonstrieren deswegen gegen Afrikaans, weil es die Sprache der Weißen und der Polizei ist, außerdem ist es ein weiteres Zeichen der Unterdrückung, weil die Kinder durch die neue Sprache noch weniger Chancen in der Schule haben und die Prüfungen nicht bestehen können. Auch die Eltern setzen

Geschichte des 20. Jahrhunderts im Kinder- und Jugendbuch



Zu diesem Thema erstellte die Staatliche Bücherei Rheinhausen-Pfalz eine Buchausstellung und einen Katalog. Schon allein wegen der Seltenheit des Themas verdient diese Ausstellung Beachtung. Allerdings wurde sie eher im Hintergrund, z.B. in der Bücherei in Schifferstadt in einem Nebenzimmer und kaum angekündigt, ausgestellt und fand so leider wenig Beachtung. Nach fünf Punkten war die Ausstellung gegliedert: Gesamtdarstellungen, Jahrhundertbeginn und Erster Weltkrieg, die Zeit zwischen den Kriegen, Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg und die Zeit nach 1945. Eindeutiger Schwerpunkt bildete der Abschnitt: Nationalsozialismus, 2. Weltkrieg und 1. Weltkrieg und die Zeit nach 1945 mit rund 120 Buchtiteln. Dagegen fiel die Zeit vor und während des 1. Weltkrieges mit nur 18 Titeln etwas spärlich aus. Wenige der Bücher erscheinen lesenswert. Ausgehend von Einzelschicksalen werden die Personen hauptsächlich leidend dargestellt, egal ob unter Hitler, den russischen Soldaten, unter den Auswirkungen in Hiroshima oder in der neueren Zeit unter den Soldaten der Roten Khmer. Lesenswerte Bücher, die auch über die Seite des kollektiven Widerstandes berichten, sind nur zum Teil im Katalog vertreten und in unseren Buchbeschreibungen ergänzt.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts im Kinder- und Jugendbuch, Literaturverzeichnis, Staatliche Bücherei Rheinhausen-Pfalz, Hans-Geiger-Straße, 6730 Neustadt/W. — (tis, unb)

sich für die Kinder ein. Bei den Schulkindern demonstrieren auch die Freunde: Shanti, Tiba, Nora und Ben. Ben ist mit einer „Weißen“ aus der Stadt befreundet. Sie hilft den Freunden, ihren Flugblattentwurf abzuziehen. Die Flugblätter müssen an die Arbeiter, die von ihrer Arbeit bei den Weißen zurückkommen, verteilt werden. Aber für die Freunde und für die anderen schwarzen Menschen stellen sich noch viele lebensgefährliche Aufgaben.

Bei Demonstrationen wurden viele Schüler erschossen oder schwer verletzt. Es gab ein schlimmes Massaker. Die Demonstrationen haben wenig genutzt. Immer noch herrscht in Südafrika die Unterdrückung, die Apartheid. Ich persönlich fand das Buch sehr gut, nur finde ich es unwahrscheinlich, daß ein Schwarzer wie Ben eine weiße Freundin hat.

Hans-Martin Große-Oetringhaus, Wird Feuer ausbrechen? Rotfuchs-Taschenbuch, 7,80 DM. Das Buch ist ab 12 Jahre. — (A.B.)

Der Streik der Dienstmädchen

Auf rund 160 Seiten wird in diesem Roman der Streik der Dienstmädchen in einem kleinen südamerikanischen Städtchen sehr plastisch geschildert. „Weil sie Doña Natalia um Lohn bittet, wird die junge Marta auf die Straße gejagt. Da erfährt sie unerwartet Unterstützung ...“ Wie in einem Lauffeuer ist die Nachricht von Martas Rauschmiß unter den Dienstmädchen der Stadt bis zum Abend bekannt. „Nur 81 von rund 1000 Haushalten in Santa Monica konnten sich ein Dienstmädchen

leisten ...“ Umgehend wird eine Versammlung mit beinahe allen Dienstmädchen durchgeführt. Der Kampf beginnt! Die Mädchen, jedes in seiner Art, haben von Beginn an die Sympathie des Lesers. Die jüngsten der Mädchen sind 13 bzw. 14 Jahre alt, kommen z.T. aus sehr weit gelegenen Dörfern und, wenn sie überhaupt Lohn erhalten, ist dieser eine wesentliche Lebensgrundlage für die zahlreichen Familienmitglieder. Dank der Kenntnisse eines Dienstmädchens in einem fortschrittlichen Haushalt erhält der bunte fröhliche Haufen eine Hilfe, die aber im Verlauf der Auseinandersetzung überflüssig wird. Am ersten Streikmorgen: „Ich werde noch wahnsinnig!“ klagte Doña Rosalia. „Wenn ich nur wüßte, wo das Schuhputzzeug ist. Und wer soll jetzt Milch holen? ... Ramona, du mußt fort, in zehn Minuten fängt die Schule an, nein, es ist keine Zeit mehr zu frühstücken ...“

Die Sache wird sehr ernst. Die Stadtspitze ergreift Maßnahmen. Die Mädchen ihrerseits haben die ganze Stadt auf ihrer Seite: „Toll!“ rief Nanas Freund, der Ladengehilfe, über die Mauer und winkte Nana zu. „Daß ihr euch das getraut habt!“ ... Zum entscheidenden Zeitpunkt ist die ganze Stadt auf den Beinen, die Dienstmädchen demonstrieren ins Viertel der Reichen.

Dieses Buch ist für Jüngere (ab 10 Jahre) und Jugendliche spannend zu lesen, weil die Darstellung auf vielen lebendigen Beobachtungen beruht, aber die Zusammenhänge — notwendige Kenntnisse, Triebfeder des Kampfes, Seite der Herrschenden, Änderung der Lage — auch aufgenommen sind.

Gudrun Pausewang, Der Streik der Dienstmädchen, Ravensburger Taschenbuch, ca. 10 DM. — (tis)

Die rote Zora

Die Geschichte, die sich in Jugoslawien zugetragen hat, ist so spannend, lustig und traurig geschrieben, daß man sie bestimmt gerne und oft liest. Die rote Zora ist die Anführerin der Bande, die aus vier, später dann aus fünf Mitgliedern besteht. Diese Bande nennt sich „Uskokens“. Die Uskokens waren die Vorahren des kleinen Dorfes, das sich Senj nennt. Die Bande hat sich deswegen nach ihnen benannt, weil sie genauso tapfer und stark sein wollen.

Alles fing mit Branko an, einem großen, starken Jungen, dessen Mutter gestorben ist. Branko kommt ins Gefängnis, weil er einen Fisch vom Boden aufgehoben hatte und wegen seines Hungers essen wollte. Zora befreit ihn und nach einer wilden Flucht und einer Mutprobe gehört Branko zur Bande, genauso wie Nicola, Pavle, Duro und natürlich Zora. Zusammen erleben sie viele Abenteuer, die auch meist nicht ungefährlich sind. Am Ende des Buches wird die Bande aufgeteilt und es hat ein Ende mit dem ewigen Hungerleiden. Sie werden an Leute gegeben, die bei ihrer Arbeit Hilfe brauchen. Die Freunde beschließen, immer Uskokens zu bleiben und sich immer zu besuchen.

Meine persönliche Meinung ist, daß man dieses Buch unbedingt einmal gelesen haben muß. Kurt Held, Die rote Zora, Sauerländer-AG, ab 11 Jahren. — (A.B.)

Rosa Weiss

Das Mädchen Rosa erlebt den Kriegsbeginn und den Hitlerfaschismus. Sie beobachtet den

Fluchtversuch eines Jungen aus einem Armeewagen, der mit Hilfe des Bürgermeisters wieder eingefangen und wegtransportiert wird. Rosa verfolgt die Spuren des Wagens bis hin zu einem Konzentrationslager im Wald. Den hungernden Menschen bringt sie von da an Lebensmittel. Am Ende des Krieges wird sie von Soldaten, die sie für den Feind halten, beim leeren und zerstörten KZ erschossen.

Der Text des Bilderbuches ist kurz gehalten, Ausdruck und Sprache sind verständlich für jüngere Kinder. Der Schwerpunkt liegt eindeutig bei den Bildern, sie zeigen Stimmungen, wie sie Kinder erleben und wahrnehmen. Das Stadtbild ist geprägt von Soldaten und Kriegsmaschinerie, zuerst freudig und positiv begrüßt, dann aber zunehmend triste und leere Straßen. Später dann verwundete und erschütterte Soldaten, zuletzt fliehende Menschen, u.a. der Bürgermeister, der einzige im vollbeladenen Auto.

Erklärungen zu Sinn und Zweck des Krieges oder warum die Menschen eingesperrt wurden, gibt es im Text nicht. Lediglich die Geschichte der Rosa wird zu den Bildern begleitend erzählt. Genauso wie Kinder zu Rosas Zeit vieles nicht verstanden haben, ergeht es den Kindern bei der ersten Buchbetrachtung. Das Warum und Wieso tritt erst einmal in den Hintergrund, logisch und selbstverständlich ist aber, daß Rosa den hungernden und eingesperrten Menschen hilft. Im Gegensatz zu Kindern zu Rosas Zeit können Kinder heute nachfragen und können auch Antworten bekommen.

Rosa Weiss, Roberto Innocenti, Alibabab-Verlag Frankfurt, für Kinder ab 6 Jahren — (unb)

Die roten Matrosen

Klaus Kordon, wohl einer der besten Kinder- und Jugendbuchautoren der BRD, vermittelt Geschichte lebensnah. In seinem ersten Buch einer Geschichtstriologie des 20. Jahrhunderts erzählt er über das Leben und die Ereignisse in Berlin vom November 1918 bis zum Ende der Revolution im Winter 1919. Die Familie, die K. Kordon erfunden hat, erlebt für den Leser die Ereignisse dieses Jahres, sie können wirklich existiert haben. Dieses Gerüst aus verschiedensten Charakteren dieser Zeit spiegelt das wirkliche Leben der Arbeiter in Berlin wider und gibt ein Bild über die geschichtlichen Daten, an die sich der Autor streng hält.

Durch eine zufällige Freundschaft wird der Junge Helle in die Revolutionsereignisse hineingezogen. In Auseinandersetzung mit den Standpunkten der vielen Menschen, mit denen er

zusammenkommt. Eltern, Freunden, Lehrern. Mitbewohnern und den roten Matrosen bildet er sich seine eigenen Auffassungen. Seine aktive Beteiligung an der Revolution wird auch verständlich durch den täglichen Kampf ums Überleben. Arbeitslosigkeit, Hunger und Krankheit bestimmen dieses Leben.

Die Revolution wurde blutig niedergeschlagen. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, von deren Reden auch Helle beeindruckt war, wurden ebenso ermordet wie einige Feinde. Auch damit müssen sich Helle und seine Genossen auseinandersetzen, sie nehmen sich vor, aus den Erfahrungen zu lernen und nicht aufzugeben.

Neben einer Geschichtstafel befinden sich eindrucksvolle Bilder der Zeitgeschichte im Buch.

Klaus Kordon, Die roten Matrosen, für Kinder ab 12 Jahren. Beltz-Verlag. — (unb)

Mit dem Rücken zur Wand

So charakterisiert Klaus Kordon die Situation der Antifaschisten am Ende der Weimarer Republik. Der 15jährige Hans, der in Berlin im vierten Hinterhof lebt und das „Glück“ hatte, bei der AEG Arbeit zu finden, erlebt die immer schärferen Auseinandersetzungen mit den Nazis im Betrieb, in der Familie und auf der Straße sehr hautnah und muß schwere Entscheidungen treffen: Hat der Vater recht, der nicht mehr in der KPD, aber noch Kommunist ist, oder die Mutter und der Bruder Helle, die trotz ihrer Kritik in der Partei geblieben sind? Wie steht er zu dem Freund, der SPD-Plakate überklebt und nur noch mit der Pistole auf die Straße geht oder zum Meister, der in der SPD ist und auch auf seiner Seite steht? Kann er mit der Schwester, die einen von der SA heiratet und sich so ein besseres Leben erhofft, noch reden? Soll er die jüdische Freundin zur Emigration überreden? Soll er das Angebot zu einer Ausbildung in der Sowjetunion annehmen? Das Buch handelt von der Spaltung der antifaschistischen Kräfte, die ein wirksames Bündnis gegen die Faschisten 1932/33 unmöglich gemacht hat. Dabei steht Kordons Kritik an der KPD-Führung im Mittelpunkt.

Sehr eindringlich wird die von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot beherrschte Situation geschildert und gezeigt, warum Widerstand auf jeden Fall sein muß und nur kollektiv sein kann. Manches gelingt so auch in den schwierigsten Situationen. Das wird ebenso realistisch wie spannend entwickelt und bringt vieles, was im Geschichtsunterricht nie auch nur erwähnt wird. Zum Glück werden Nachwörter oft nicht gelesen, die dort noch schnell aufgestellte Gleichung Hitler — Stalin, die im Geschichtsunterricht immer kommt, hätte wirklich nicht sein müssen.

Klaus Kordon, Mit dem Rücken zur Wand, Beltz-Verlag, ab 12 Jahren, 26 DM — (evc)



Leben im Hinterhof. Aus: Klaus Kordon. Mit dem Rücken zur Wand.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Tel. 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celibi (über Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochter (über GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümler (über GNN, Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax 0221/21 53 73. Konten: Postgromt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonne-

ment Politische Berichte 52,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM, das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lotzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Kusler; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland und Osteuropa: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront AGMe, des NH Chemische Industrie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrich-

ten der Volksfront VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czerninskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5

für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz